







**Geschichte**  
des  
**Bundes der Sachsenstädte**  
bis zum Ende des Mittelalters

mit Rücksicht auf die Territorien zwischen Weiser und Elbe.

Von

**Dr. W. J. L. Bode,**  
weiland Stadtdirector in Braunschweig.

Besonderer Abdruck

aus den

**Forschungen zur Deutschen Geschichte,**  
herausgegeben auf Veranlassung  
**Seiner Majestät des Königs von Bayern Maximilian II.**  
von der  
historischen Commission  
bei der R. B. Akademie der Wissenschaften.

---

**Göttingen,**  
Verlag der Dieterichschen Buchhandlung.  
1861.



## Vorwort.

---

Der am 20. April 1854 verstorbene frühere Stadtdirector Dr. Bode zu Braunschweig hat sich während eines langen verdienstvollen Lebens auf das eifrigste und eingehendste auch mit der Geschichte Niedersachsens, namentlich Braunschweigs und der benachbarten Städte und Lande, beschäftigt, und davon auch bei seinen Lebzeiten mehreres veröffentlicht, worunter das bedeutendste ist: „Das ältere Münzwesen der Staaten und Städte Niedersachsens. Braunschweig 1847. 8.“ Der Verfasser erwähnt hier in der Vorrede der reichen Urkunden des Braunschweiger Stadtarchivs zur Geschichte der Stadt und ihrer Verbindung mit andern Städten, die als Bund der Sächsischen Städte eine nicht geringe Bedeutung in der Geschichte des Deutschen Städtewesens erlangt hat. Es scheint längere Zeit hindurch seine Absicht gewesen zu sein, eine vollständige Geschichte dieses Bundes mit dem dazu gehörigen urkundlichen Material auszuarbeiten und zu veröffentlichen; und die reichen Sammlungen, die er für diesen Zweck angelegt hatte, habe ich selber bei ihm früher einzusehen Gelegenheit gehabt. Doch hat er dann jenen Plan später wesentlich erweitert und ein umfassenderes Werk unternommen, dem er den Titel gab: „Geschichte der Entwicklung des Staatslebens zwischen Weser und Elbe, unter dem Einflusse der zur Selbstständigkeit emporgewachsenen Städte, wie der Fortbildung desselben in den welfischen, besonders den jetzt das Herzogthum Braunschweig bildenden Landen. Nach größtentheils dem Archiv der Stadt Braunschweig entlehnten Urkunden“.

Der Text desselben ist von dem Verfasser im wesentlichen vollendet worden und zerfällt in acht Bücher, von denen das erste die

ältere Zeit bis zum Jahre 1384 umfaßt, das zweite bis zum Anfang des 16. Jahrhunderts geht, das dritte bis 1613, das vierte bis 1666, das fünfte bis 1735, das sechste bis 1806, das siebente bis 1823, das achte bis 1831. Daneben geht eine Eintheilung in Abschnitte her, deren bald mehr bald weniger auf ein Buch gerechnet werden: zusammen sind es 21.

Schon diese Uebersicht läßt erkennen, daß die Bearbeitung eine ziemlich ungleiche ist: auch die Bedeutung der einzelnen Theile muß es nothwendig sein. Während in den letzten Büchern der Verfasser als Augenzeuge, ja als mithandelnde Person berichtet und ohne Zweifel wichtige Beiträge zur Zeitgeschichte liefert, haben wir es in früheren mit den Resultaten urkundlicher Forschungen, in den ersten mehr nur mit einer Uebersicht der älteren Geschichte, ohne theilweise wenigstens recht speciell eigene Studien, zu thun.

Ganz vollendet ist die Arbeit übrigens nicht. In den Theilen, die mir vorgelegen, fehlen die ohne Zweifel beabsichtigten Quellenachweise und andere Anmerkungen — für die in dem Manuscript überall besondere Blätter eingeklebt sind — so gut wie ganz; eine Anzahl von Urkundenabschriften war wohl dem Text der ersten Bücher beigelegt, aber ohne jeden näheren Zusammenhang mit denselben; dagegen die hier berührten meistens fehlten. Auch Karten und andere Beilagen, die für das erste Buch bestimmt waren, sind zu keinem rechten Abschluß gebracht.

Einer Veröffentlichung des Ganzen haben sich verschiedenartige Hindernisse in den Weg gestellt. Dem Unterzeichneten wurden von den Erben die beiden ersten Bücher mitgetheilt zur Prüfung, inwiefern sie zur Aufnahme in die Forschungen geeignet erschienen.

Von Interesse zeigt sich besonders das zweite Buch (dessen Titel in der Handschrift lautet<sup>1</sup>: „Allgemeiner Kampf der Territorialherren,

<sup>1</sup> Auch die einzelnen hier mitgetheilten Abschnitte (IV—VII des ganzen Werks) haben im Manuscript oder in einer beiliegenden Uebersicht des Werks besondere Ueberschriften, die ich hier angebe:

der freien Stände, besonders auch der selbstständig gewordenen Städte und des Bundes der Sassenstädte gegen wechselseitige Uebergriffe und zur Sicherstellung erkaufter und angemessener, der Ordnung der Staaten entgegenstehender Hindernisse. Seit der letzten Hälfte des 14. bis zum Anfange des 16. Jahrhunderts“), das sich fast ganz mit der Geschichte jenes Bundes der Sachsenstädte (oder Sassenstädte, wie der Verfasser schreibt), von der Vode überhaupt bei seiner Arbeit ausgegangen ist und für die er ein sehr reiches, bisher unbekanntes urkundliches Material benutzen konnte, beschäftigt. Dies war in jeder Weise, auch ohne die näheren Nachweise und urkundlichen Beilagen, der Veröffentlichung werth. Wenn einiges über die Geschichte der benachbarten Territorien oder andere Städtevereinigungen oder des Reiches eingeschoben ist, das nur das sonst Bekannte wiederholt, so schien die Achtung vor der Integrität der Arbeit, die so vorliegt, die Beibehaltung desselben zu fordern oder doch zu rechtfertigen. Auch sonst ist so gut wie nichts an dem Text geändert, nur die Berechnung der alten Data, die der Verfasser zu geben verabsäumt hatte, beigelegt, auch zu Anfang einiges über die ersten Anfänge der Vereinigung der Sächsischen Städte aus dem ersten Buche aufgenommen. Aus demselben ist als Anhang eine Schilderung der innern Verhältnisse der Städte hinzugefügt, die in mancher Beziehung mit der Geschichte in Zusammenhang steht, und in der ebenfalls auf ungedrucktes Material Rücksicht genommen wird.

IV. Errichtung und Fortbildung des Bundes der Sassenstädte bis zum Jahre 1432. Verhältnisse, unter welchen derselbe zu einer vorherrschenden Macht sich erhob.

V. Der Bund der Sassenstädte in der Mitte des 15. Jahrhunderts, der Zeit seines größten Umfanges, auch Einflusses auf ökonomische Verhältnisse zwischen Weser und Elbe.

VI. Steigende Macht einzelner deutscher Fürstenhäuser gegen das Ende des 15. Jahrhunderts und Trennung mehrerer, besonders geistlichen Territorien angehöriger Städte aus dem Bund der Sassenstädte.

VII. Vorgänge besonders zwischen Weser und Elbe von 1490 bis zum Absterben des kriegslustigen Herzogs Heinrich des Ältern von Braunschweig 1514.



Der Bund der Sachsenstädte dauerte auch noch im 16. Jahrhundert fort, und das dritte Buch kommt mehrmals auf denselben zurück. Doch seine Bedeutung war nun eine wesentlich andere, in der Hauptsache sehr geminderte, und so konnte diese Darstellung passend da abgebrochen werden wo der Verfasser selbst den Abschnitt gemacht hat. Sie ist so ein gewiß vielen willkommenes Seitenstück zu der in eben diesem Bande veröffentlichten Geschichte des Schwäbischen Städtebundes von Vischer.

G. W.

## I.

1. In dem letzten Viertel des vierzehnten Jahrhunderts häuften sich alle die Kalamitäten, welche in dem Zerfalle des Reichs sich vorbereitet hatten. Die kaiserlichen Gebote zur Herstellung und Erhaltung des Landfriedens zeigten sich unwirksam, wie die zu diesem Zwecke errichteten Vereine. Die heimlichen westphälischen Gerichte erstreckten ihren Arm in die entferntesten Gegenden des Reichs, und geistliche Gerichtsbehörden belästigten durch eigenmüßige Eingriffe in die weltliche Macht. Aufrührer in den Städten wie Ranbrüder und Schnapphähne an den Landstraßen suchten die allgemeine Verwirrung zu benutzen; Felsenmeister reihten sich an Felsenmeister. Die durch Theilung ihres Besitzthums geschwächten Fürsten konnten mit dem besten Willen nicht helfen, und wo sie angeblich zur Hülfe in Vereine zusammentraten, da äußerte sich ihre vereinte Macht in der Unterdrückung und planlosen Behandlung freier Territorialgenossen. Kein Stand durfte dem andern trauen, und tiefes Mißtrauen leuchtete aus allen Unternehmungen hervor. Im Herzen Sachsens kämpften weltliche Herren gegen einander und mit auswärtigen Prätendenten, zogen die größeren Städte in ihr Interesse und stellten auch diese einander feindselig gegenüber. Man suchte schützende Auswege nach allen Seiten hin: bald durch Versuche den Landfrieden zu begründen, dann wieder durch Schutz- und Trugbindnisse; Heil war aber weder in der einen noch der anderen Weise dauernd zu finden. Die Städte zogen sich hinter ihre Wälle und Mauern, verstärkten ihre Festungswerke und Vertheidigungsmittel und schlossen festere Verbindungen unter einander zur gemeinsamen Bekämpfung aller der Gebrechen, welche die Zeit herbeigeführt hatte. Es war diese die Zeit des Entstehens auch eines Bundes der Fassenstädte, für welchen ich diese Benennung beibehalte, weil sie in den betreffenden Urkunden gebraucht ist und damit nur die Städte angedeutet werden, welche dem Bunde urkundlich beitraten.

2. Die ersten Anfänge städtischer Bünde in Sachsen gehen in eine frühere Zeit zurück. [Die meisten schlossen sich der Vereinigung

<sup>1</sup> Die hier in Klammern eingefügte Stelle ist aus dem 3. Abschnitte des ersten Buchs herübergenommen.

der Hanse an. Magdeburg und Braunschweig wurden der Mittelpunkt engerer Verbände. Es bildeten sich in dem südlichen Theil des alten Sachsens zwei Städtegruppen, Magdeburg mit Halberstadt, Alfersleben, Quedlinburg, Halle; Braunschweig mit Goslar, Hildesheim, Hannover, Göttingen, Einbeck u. s. w., zu welchen in der Folge noch mehrere näher und ferner belegene Städte, selbst außerhalb der angedeuteten Grenzen, sich schlugen. Die Gelegenheit zu festem Zusammenwirken gab Helmstedt. Da die Herzoge von Braunschweig im Besiz der Schutzherrlichkeit über die Stadt waren, die Äbte von Werden Hoheitsrechte in Anspruch nahmen, die Herzoge aber ihrer Berechtigung eine in landesherrliche Befugnisse ausgedehnte Auslegung gaben, so wurden von beiden Seiten her die Rechte mit Eifersucht gewahrt. Jede Veranlassung wurde benutzt, um den Herrscher über Helmstedt geltend zu machen. Der Magistrat der Stadt wurde 1340 in Aufruhr vertrieben. Herzog Magnus I. von Braunschweig nahm sich als Schutzherr desselben an, und da die Aufwiegler droheten, sich einen andern Schutzherrn wählen zu wollen, wenn der Kärst ihre gestellte Bedingungen nicht erfüllen würde, so überwältigte er die Aufriirer, ließ die Hädelsführer enthaupten und setzte den alten Magistrat wieder ein. Das war im Interesse der Städte, nun wollte aber der Herzog die von dem Abte ertheilten Privilegien nicht anerkennen. Er suchte die hoheitlichen Rechte an sich zu ziehen. Dagegen aber trat die Stadt wie der Abt in die Schranken. Jene errichtete 1349 mit Braunschweig Verträge, nach welchen sie sich der Hülfe, zunächst durch Kärsprache, dann aber, wenn diese fruchtlos sein würde, mit 25 Reitern und 25 Fußknechten, versicherte. Nach dem Vertrage mit Magdeburg 1351 verhiess diese Stadt 45 Mann — 36 mit Glevon und 9 Schützen. Es geschieht dabei einer Einigung der Städte Goslar, Braunschweig, Helmstedt, Quedlinburg und Alfersleben Erwähnung, nach welcher vier Männer aus den Städten zusammentreten und darüber berathen und entscheiden sollen, ob einer der Städte Hülfe erforderlich sei. Sie sollen ermächtigt sein, die Hülfe dahin zu leiten, wo sie Noth thun würde. Zu der Behörde aber sollten Magdeburg und Goslar jede einen Abgeordneten, Braunschweig und Helmstedt einen, die übrigen drei Städte aber gleichfalls einen Deputirten stellen. Halberstadt, Quedlinburg und Alfersleben verhiessen noch in besonderem Vertrage Hülfe (1351), und hatte die Einigung den Erfolg, daß Gewalt vermieden wurde. — Der Abt hatte in anderer Weise sich gewappnet. Er wirkte 1350 ein kaiserliches Mandat an den Herzog aus, nach welchem dieser den Abt in seinen Hoheitsrechten nicht stören sollte. Es heisst darin, daß der Abt das Recht, Vögte an- und abzusetzen, von dem Kaiser erhalten habe; und eigenthümlicher Weise trägt der Kaiser an demselben Tage der Stadt Braunschweig auf, den Herzog über die Angelegenheit belehren zu wollen. Einer solchen Belehrung entzog sich der Kärst auf dem damals geeignetsten Wege. Er verpfändete die Vogtei mit dem Neumarkt — einer Vorstadt — und anderen

Gerechtsamen für 100 löthige Marken an die Stadt Helmstedt, und dagegen hatte keine der verbündeten Städte Erinnerung. Die Streitigkeiten kamen damit aber nicht zum Schluß.]

1370 trat Braunschweig mit Hannover in eine nähere Verbindung, die vorzugsweise nur noch die wechselseitige Zusage enthielt, daß man, im Falle unrechtlicher Behandlung, durch Fürsprache helfen, Feinde nicht haßen und unterstützen und zeitig warnen wolle, wenn Gefahr sich zeige.

Ein gefährlicher Aufrur in Braunschweig unterbrach die fernere Verhandlung. Das Stadtreghment war hier überwältigt, Bürgermeister und Rathsherren waren in empörender Weise ermordet. Die Anarchie dauerte von 1374 bis 1383, in welcher Zeit, um sich der Angriffe von außen her zu erwehren und Verbindungen wieder anzuknüpfen, außerordentliche Opfer gebracht werden mußten. Dennoch wurde aber der Zweck erst dann erreicht, als das Regiment der Aufrührer aufgehoben war. Die Stadt verlor wegen der vorgekommenen Frevel ihre Kaufmannsgerechtigkeit; sie wurde von den Seestädten ausgestoßen, und damit war ihr Handel und das Gewerbewesen überhaupt in empfindlichster Weise gestört. Der Handelsstand wandte sich an den Kaiser mit der Bitte um Vermittelung der Wiederaufnahme. Das Reichsoberhaupt erließ auch 1377 ein Fürschreiben; es hatte aber keinen Erfolg. Die Städte Lübeck, Hamburg und Rüneburg, welche für sich und im Namen der verbundenen Seestädte handelten, zeigten sich dann erst nachgiebig, als Braunschweig 1380 sich verbindlich gemacht hatte, zur Sühne in der Martinigemeinde eine massive Kirche zu bauen und zu dotiren, auch einen Bürgermeister der Altstadt nebst acht ehrlichen Renten nach Lübeck zu übersenden, Vergebung und Wiederaufnahme in die Kaufmannsgerechtigkeit zu bitten.

Diese Gerechtsame war allerdings von hohem Werthe. Sie war das Gemeingut der Hansegenossen, die Erhaltung und Erweiterung Hauptzweck der Verbindung; allein dem Aufrur zuvorzukommen, die Straßen im Innern des Landes zu schützen, die Städte gegen plötzlichen Anfall sicher zu stellen, den Uebergriffen auswärtiger weltlicher und geistlicher Gerichte zu begegnen, bedurfte es anderer Verbindungen, und eine solche wurde der Bund der Sassenstädte, der auch ferner seine Zwecke von der Hanse geiondert verfolgte.

Was die Seestädte zur Herstellung der Ordnung jetzt thaten, geschah nur auf dringendes Ansuchen des Handelsstandes der Stadt Braunschweig und für denselben; um der gesammten Bürgerschaft das Schimpfliche der vom Pöbel verübten Gräuelthaten anschaulich zu machen, wurde ein im Archive der Stadt noch aufbewahrter Rechenschaftsbericht abgefaßt, der über die Stadtverwaltung, über das Einkommen und die Ausgaben sorgsam Auskunft gab und nachwies, wie sehr das Volk durch Vorgeben der Aufwiegler hintergangen sei. Dabei ließ man es indeß nicht bewenden; im Gegentheile wurden Unterhandlungen nach allen Seiten hin angeknüpft, um gegen ähnliche Vorgänge nicht nur, sondern auch gegen die übrigen drohenden Gefahren Sicherheit zu erlangen.

3. Unterhandlungen, um in einzelnen Vereinen den Landfrieden aufrecht zu erhalten, dauerten bisher fast unausgesetzt fort. Schon 1383 waren die Bürger Braunschweigs eidlich darauf verpflichtet; die darüber aufgenommenen Protocolle sind noch vorhanden. Mit dem Erzbischof von Magdeburg hatten in dem Jahre der Kurfürst von Sachsen und der Markgraf von Meissen sich zu dem Bündnisse vereinigt, dem 1385 andere Fürsten und Dynasten beitraten: [H.<sup>1</sup> Otto der Quade von Braunschweig-Wöttingen, H. Friedrich von Braunschweig, H. Albrecht von Braunschweig-Grubenhagen, der Erzbischof von Mainz, der Bischof von Halberstadt, die Grafen von Reinstein, von Hohnstein, von Stolberg, von Werningerode, von Mansfeld, sammt anderen Herren und Junkern. Es sei, heißt es, vor Gott Sünde und vor der Welt Schande, daß die Kaufleute nicht mit Sicherheit Handel treiben könnten. In Sachsen sei es jetzt am unsichersten, und bei solchem Wesen möchte endlich aller Handel vernichtet werden. Doch zeigte sich, daß diese Uebereinkunft dauernde Folgen nicht hatte, und am wenigsten durften die Städte ihr Heil von den Dynasten erwarten]. Die Stadt Magdeburg erfuhr aber zuerst, welchen Sinn die wechselseitige Zusage der Fürsten hatte, sich gegen ihre Feinde Beistand leisten zu wollen. Der Erzbischof befand sich unter den bestellten Vandrichtern; er suchte auch die Stadt Magdeburg in den Friedensvertrag zu ziehen; ihre Weigerung aber und darauf folgende Vorgänge beweisen, wie wenig man Landfrieden vertrauen konnte, wenn auch das: „Traue dem Landfrieden nicht!“ noch nicht sprichwörtlich geworden war. Der Erzbischof baute eine Feste an der Havel, welches Unternehmen ihm die Angriffe der Nachbarn zuzog. Die Stadt glaubte ihm dadurch gefällig zu sein, daß sie seinem Auftrufe zur Hülfe folgte. Diese war dankbar angenommen, die Stadt aber wurde, eben dieser Hülfsleistung wegen, nach dem Urtheile der Vandrichter, zu welchen der Erzbischof selbst gehörte, zu einer Strafe von 200 Mark verurtheilt. Der Erzbischof hatte zwar der Stadt erklärt, daß er ihrer Hülfe stets eingedenk sein werde, nun aber, nach Erreichung seines Zweckes, war die Ausrede, daß Magdeburg, um Gehör zu finden, zuvor dem Landfrieden beitreten müsse. Die Stadt mußte 200 Mark Silbers in Goslar niederlegen, erhielt aber das Geld bald erstattet; denn der Vertrag, bei welchem man immer wieder die planlose Unterwerfung der Städte im Auge hatte, war nicht von Dauer, und schreckte das Verfahren gegen Magdeburg auch Braunschweig und andere Städte zurück.

4. Das Jahr 1383 war für die Stadt Braunschweig denkwürdig, nicht nur weil die Folgen des Auftrurs beigeitigt wurden, sondern besonders auch in Beziehung auf den Ausgang der Streitigkeiten zwischen den welfischen Fürsten. Durch das Ableben H. Wilhelms von Pöneburg (1369) wurde diese welfische Herrschaft erledigt. H. Magnus II.

<sup>1</sup> Dies ist aus dem 3. Abschnitt des ersten Buchs genommen, wo zuerst von diesem Bund gehandelt ist.

(torquatus) von Braunschweig forderte die Nachfolge, zugleich machten aber auch die Herzoge Wenceslaus und Albert von Sachsen, nach einer vom Kaiser gegebenen Anwartschaft, darauf Anspruch. Es entspann sich daraus die Künneburgsche Successionsfehde, in welcher auch die Städte Braunschweig und Künneburg sich eine Zeit lang feindlich gegenüberstanden, und die erst 1388 mit dem Siege Heinrichs von Braunschweig bei Winzen zum Vortheil der Herzoge von Braunschweig beendet worden. H. Magnus II. fiel 1373 vor Vereste. Seine Söhne Friedrich, Heinrich und Bernhard, welche die Successionsfehde zu verfolgen hatten, wurden gleichzeitig von ihrem Vetter und Vormund H. Otto dem Quaden von Braunschweig-Göttingen bedrängt. Er bemächtigte sich der Besitzungen seiner Stammvettern und nahm auch Wolfenbüttel, 1381 wurde ihm aber die Feste vom H. Friedrich, unterstützt von der Stadt Braunschweig, wieder entrisen. H. Otto von Göttingen entsagte hiernächst in einer am Tage aller Aposteln [15. Juli] 1383 ausgestellten Urkunde über den Frieden allen den den Braunschweigischen Herren entzogenen Besitzungen, versprach, sich mit dem begnügen zu wollen, was er von seinem Vater H. Ernst überkommen habe, und Braunschweig, wie andere Städte wurden in den Frieden mit eingeschlossen. Derselbe wurde auf acht Jahre geschlossen. Inzwischen vorkommende Streitigkeiten sollten vor ein zugleich angeordnetes Schiedsgericht gebracht werden. Für die Erfüllung des Vertrages verbürgten sich die Ritter Bertold von Adeleben und Heise von Gladebeck, auch die Knappen Dietrich von Hardenberg und Hr. von Medem, unter der Zusage, in Goslar Einlager halten zu wollen, wenn ihr Herr, H. Otto, den im Vertrage enthaltenen Bestimmungen nicht genügen werde und neue Streitigkeiten entständen.

Es war eine schwere Aufgabe für die Städte, sich aller der Feinde zu erwehren, die von einem Aufrure Vortheile zu ziehen suchten. Es zeigte sich dabei erst anschaulich, wie zerfallen das Reich war; denn auf Hülfe der Territorialherren war nicht nur nicht zu rechnen, sondern sie wie umliegende Burgeigenthümer mußten durch Gaben und Opfer aller Art vermocht werden, sich nicht weiter in die Angelegenheiten zu mischen und das geschwächte Stadregiment mit Angriffen zu verschonen. Nach der Entfernung der Aufrührer, die Braunschweig seit 1374 so schwer gedrückt hatten, bildete sich in der Stadt ein Corps berittener Bürger als Schutzwehr im Innern: die sogenannte Kiliwente. Obwohl die Städte jedem, der arbeiten konnte und wollte, vielfältige Gelegenheit zum Erwerbe boten, so blieb doch die Zahl derer, welche schnelleren Schritts zu Reichthum und Wohlleben gelangen wollten, immer bedeutend. Sie bildeten das immer schlagfertige leicht zu verführende Proletariat, dessen Angriffe zunächst auf das bestehende Regiment und die städtische Aristokratie — die Geschlechter — geleitet wurden. Zwischen diesen Klassen in der Mitte stand der Kaufmann und der wohlhabende Handwerker,

die, wie immer wieder sich zeigte, einen tüchtigen Nährstand bildeten, aber wenn es galt als Wehrstand einzutreten, die Obrigkeit und Verfassung zu schützen, lieber zusahen, was sie nicht ändern zu können glaubten, geschehen ließen, und vorzogen, es demnächst durch Verhandlungen in das alte Gleis zurückzuführen. Unter solchen Verhältnissen vereinigten sich die jüngeren Mitglieder der Geschlechter und wohlhabender Bürgerfamilien in Braunschweig zu einem Reitercorps, das gegen die städtischen Proletarier sich bewaffnete und zur Erhaltung der Ordnung im Innern der Stadt sich gebrauchen ließ.

Ein gefährlicher Feind wurde so gezügelt, des unruhigen H. Otto von Göttingen hatte man sich erwehrt, Braunschweig bot nun 1384 alle Kräfte auf, um sonstigen Gefahren zu begegnen und zu dem Zwecke Vereine fester zu begründen.

5. Der Wirksamkeit der Landfriedens-Verträge stand entgegen, daß man keine Landrichter finden konnte, die das Vertrauen aller nach den verschiedenartigsten Interessen gruppirten Betheiligten besaßen. Die Fürsten wollten niemand als Landrichter anerkennen, der nicht ihres Standes war, Städte und Ritter fanden aber die Fürsten verwerflich, weil sie ihre Macht als Landrichter zum eignen Vortheile mißbrauchten. Der Erzbischof von Magdeburg erklärte 1383, daß er dem Edlen von Warberg, der damals als Landrichter für Sachsen gewählt war, sich nicht unterwerfen wolle. 1384 und noch später war Lambert von Alten Landrichter, und auch er fand mit seinen Verfügungen kein Gehör. Die Städte beriethen für sich, welche Fürsten man mit Vertrauen zu den Verhandlungen und Verträgen ziehen könne, und Mißtrauen trennte auch die Fürsten unter sich.

Am Valentinstage [14. Februar] 1384, ehe noch das umfassende Bündniß 1385 geschlossen wurde, tagten sächsische Fürsten, Städte und Ritter mit einander. Es wurde vereinbart, daß alle vor den Landrichter Geladenen wie auch Kaufleute und Reisende in Schutz genommen werden sollten, daß man mit den Landvögten in Thüringen und Westphalen in Verbindung treten wolle, daß eine Stadt durch zwei Rathsherren vor dem Landgerichte vertreten werden könne. Hannover erklärte, wenn Hildesheim und Halberstadt zuträten, auch Antheil nehmen zu wollen, auch wurde eine Matrifel entworfen, nach welcher die erforderlich werdende Mannschaft gestellt werden sollte: die Püneburgschen Fürsten 150 Reiter und 1000 Fußknechte, die Braunschweigschen Fürsten 100 Reiter, die Stadt Braunschweig 300 Fußknechte, die halben Herren und Städte, Anhalt, Regenstein, Werningerode 150 Reiter und 1000 Fußknechte. Daneben traf man Verabredung wegen zu erbauender Schlösser und Vergfrieden.

1384 (die palmarum [3. April]) gab auch der Bischof von Hildesheim seine Erklärung dahin ab, daß er die Herzoge von Göttingen und Grubenhagen wie die Stadt Hildesheim in die Einigung ziehen und auch andere Fürsten und Städte zum Beitritt auffordern

wolle; indeß sahen die Städte wohl ein, daß sie durch solche Verträge nicht sicher gestellt werden würden.

Am Tage Godhardi [5. Mai] 1384 waren Abgeordnete der Städte Braunschweig und Goslar, aus jener Eggeling Soanlege (?), Hans Kase, Neben und Herrmann Werde, aus dieser Hans Kissenbruck auf der Rehrmühle unweit Wolfenbüttel versammelt. Sie waren der Ansicht, daß ein Verband zwischen den Städten auch ohne die Herren, wenn mit diesen der Zweck nicht zu erreichen wäre, zu errichten sei. Wenn von den Urtheilen der Landrichter an den Kaiser zu appelliren sei, sollten Goslar, Braunschweig und Hildesheim die Kosten tragen, doch wollte man versuchen, auch andere in den Verein zu ziehen.

6. In demselben Jahre (dominica ante Margar. [10. Juli]) traten die Städte Halberstadt, Quedlinburg, Mchersleben, Goslar, Hildesheim, Hannover, Einbeck und Braunschweig in ein Bündniß auf sechs Jahre, des Inhalts, wenn eine der Städte vor dem Landfrieden verunrechtet werden sollte und sie dagegen appellire, so sollten die Kosten von allen so aufgebracht werden, daß, wenn Goslar 5 Gulden zahle, die übrigen zu erlegen hätten: Hildesheim 8  $\text{Ml.}$ , Hannover 4, Einbeck 3, Helmstedt 3  $\text{Ml.}$  Die „halben Städte“, auch Quedlinburg und Mchersleben sollten 16  $\text{Ml.}$  wie Braunschweig gleichfalls 16  $\text{Ml.}$  zuschießen, die Beiträge aber nach dem Gesamtbetrage höher oder niedriger erhoben werden. Diese Matritel soll auch zum Grunde zu legen sein, wenn Anshülfe mit Mannschaft erforderlich ist. Die Stadt, welche einer solchen Hülfe bedarf, soll derselben Kost, Futter und Fußbeschlagn gewähren, die erlittenen Schäden aber von allen, nach Zahl der gestellten Mannschaft, ersetzt werden. Ohne aller verbundenen Städte Zustimmung soll keine derselben, wenn es zur Rache kommt, Frieden schließen.

Es war dieses das erste umfassende Schutz- und Trugbündniß sächsischer Städte. Sie sahen, wie die Fürsten immer wieder Sonderbündnisse errichteten, und daß, hätten sie auch den Landfrieden in ihren Territorien damit erreicht, das nächste Ziel ihrer vereinten Kräfteanstrengungen die Unterjochung der Städte gewesen sein würde. Das umfassende Bündniß, welches 1385 zu Stande kam, wurde längst unterhandelt, und frühere Bünde waren offen genug gegen die Städte gerichtet.

7. Zu Gemächheit der Uebereinkunft überreichten die Rassenstädte 1384 eine an K. Wenzel gerichtete Beschwerde, aus welcher sich ergibt, was die Städte in Beziehung auf die Verhältnisse zu den Fürsten zu beklagen hatten. Es heißt darin: der Vater des Kaisers (K. Karl IV.) habe den Herren und Städten einen Landfrieden gegeben, der auch auf einige sächsische Herren erstreckt sei. Wenn hätten sie, die Städte, den Bundfrieden beschworen, allein die, welche zur Förderung desselben Auftrag und Vollmacht erhalten hätten, mißbrauchten die Briefe. Sie maßten sich an, Schadensachen vor ihren Richterstuhl zu ziehen, die doch überall nicht zu den Landfriedenssachen



gehörten. Es erhielten nicht etwa einzelne Rathsnmitglieder Vorladungen, sondern oft mehr als hundert Personen, Kahme und Kranke, auch das nur Einer Sache wegen. Es sei ein altes Herkommen der Städte, daß zwei aus dem Rathe die Bürgerchaft vor dem Vandrichter vertreten könnten, das wolle man aber nicht mehr anerkennen. Man suche mit der Berechtigung die alten, von Kaisern und Fürsten ertheilten Privilegien zu vernichten, handle hinterlistig und unredlich, und suche nach Vorwänden, um sich zu nützen und den Städten zu schaden. Darum bäten sie, ihnen die Wahl eines gerechten, offenen und biedern Vandrichters, zu welchem sie Vertrauen haben könnten, zu gestatten. Sie bäten ferner, ihnen die Vertretung der Stadt durch zwei Rathsherren und drei Mitbürger in den Angelegenheiten zu gestatten, oder zuzulassen, daß die Städte einen Procurator sendeten zu den Klagen und den Verantwortungen der gesammten Stadt oder einzelner Bürger.

Lambert von Alten war um die Zeit der eingereichten Beschwerdeschrift Vandrichter in Sachsen; ob er im Gefolge der Schrift gewählt worden, erhellt nicht. Er mochte der biedere Mann sein, den die Städte sich wünschten; Einfluß erhielt aber ein solcher nicht.

8. Bei allen Bundesverträgen beantworteten die Städte, daß ihre Einigung nicht gegen die kaiserliche Autorität gerichtet sein sollte. Solche Vorbehalte wie Bittschriften der obigen Art hatten schon nicht mehr zum Zwecke, kaiserliche Hülfe sich zu vermitteln, sondern Verjüngungen abzuwenden, die den Nachbarn Autorisation zu Angriffen gaben. Der Mächtigere fiel unbedenklich über den Schwächeren her, wenn der Kaiser jenes noch so ungerechte Sache gut hieß.

Auch gegen ihre Territorialherren erboten sich die Bundesstädte zu allem dem, was sie ihnen von Rechtswegen schuldig wären; es war dies aber gleichfalls eine müßige Klausel, weil die Herren ihre Rechte in den Städten veräußert hatten, und wenn Streitigkeiten entstanden, die Parteien sich dennoch ganz nach augenblicklichen Interessen gruppirten. Die Städte eines Territoriums folgten zwar selbst in Fehden ihrem Territorialherrn, doch eingedenk der wechselseitigen Verheißung, durch Fürsprache zu nützen, wie sich bei zwei wichtigeren, dieser Zeit angehörigen Vorgängen auswies.

9. Göttingen, eine der fehdelustigsten Städte jener Zeit, war 1387 mit ihrem Territorialherrn Otto malus in Streit gerathen. Vexterer war Theilnehmer des im Jahre 1385 errichteten Fürstenbundes und glaubte, den mancherlei vexationen von Seiten der Bürgerchaft mit Einem Schlage ein Ende machen zu können. Schon Spangenberg in seiner Mansfeldschen Chronik hat auf seinen unzuverlässigen Charakter hingewiesen, und wenn Braunschweig mit anderen Städten über Bündnisse mit Fürsten verhandelte, ist bei Ottos Namen die kurze Bemerkung hinzugefügt: non placet. — Der Fürst hatte den Thurm und die Kirche zu Altgronau, in der Nähe von Göttingen, besetzt, die Felder der Bürger verheert und dadurch einen Abgabebrief der Göttinger veranlaßt. Sie zerstörten die neuerrichteten Befestigungen,

wie die herzogliche Burg Valruz innerhalb der Stadt, vergalteten die Verwüstungen in ihren Feldmarken mit Brand und Zerstörung in des Herzogs Vanden, und veranlaßten denselben, um Zuzug seiner Bundesgenossen zu bitten. Mit den Herzogen von Braunschweig und den von Lüneburg zogen auch die Städte Braunschweig, Goslar, Nordheim und andere aus; der Streit wurde aber in Güte ausgeglichen, und die Ausgleichung wurde theils durch die tapfere Gegenwehr der Bürger, die viele Gefangene gemacht hatten, theils durch die Städte unterstützt.

So ging es auch in der Lüneburgschen Successionsfehde, in welcher Braunschweig und Lüneburg sich einander gegenüber standen. An dem Siege der Braunschweigschen Fürsten bei Winsen hatte die Stadt Braunschweig großen Antheil, es war demnach die erste Sorge der Städte, Lüneburg und Braunschweig mit einander zu versöhnen. Am Aposteltage [15. Juli] 1389 kamen Abgeordnete der Städte Goslar, Göttingen, Minden, Magdeburg und Hildesheim in Hannover zusammen. Alle Zerrwürfnisse wurden schnell ausgeglichen, da Noth that, den Bündnissen der Fürsten gegenüber vereint zu bleiben.

10. Diese ermunterten überall zu Angriffen auf die Städte. Ein Sonderbündniß zwischen dem Erzbischofe von Magdeburg und dem H. Friedrich von Braunschweig war besonders gegen die Städte Halberstadt, Quedlinburg und Alfersleben gerichtet (1393). Die Beschuldigung eines Friedebruchs war gewöhnlich der Vorwand zum Angriffe; die nöthigenfalls gewaltsame Vertheidigung der von den Fürsten selbst zugesagten und bestätigten Privilegien war aber schon hinreichend, um einen Friedebruch daraus abzuleiten, über welchen partielle Vandrichter zu urtheilen hatten. Am Tage Cosmā und Damiani [27. September] 1393 vereinigten sich die Städte Braunschweig, Hildesheim, Göttingen, Helmstedt mit Halberstadt, Quedlinburg und Alfersleben dahin, daß, wenn eine der Städte oder einzelne hohe oder niedere Personen daraus vor den Vandrichter geladen würden, die Verbündeten davon sich sofort wechselseitig in Kenntniß setzen wollten. Sie wollten ungerechte Behandlung gemeinschaftlich abwenden, eine ungerechte Entscheidung aber in keiner der Städte anerkennen und in Ausführung bringen. Klagen in einer derselben auch Verbrechen gegen den Vandsfrieden vor, so sollten dieselben, insoweit als es in Ehren geschehen könne, übersehen werden. Die Bitte an den Kaiser hatte nicht gefruchtet; man suchte daher das, was derselbe hätte ordnen und gebieten müssen, gewaltsam durchzuführen. Die Fürsten setzten in ihren Verträgen, die den Vandsfrieden zum Anhängeschilde herausstellten, aus ihrer Mitte gewählte Vandrichter, und diese waren es, die in der städtischen Beschwerdeschrift an den Kaiser als solche bezeichnet wurden, die falsch und hinterlistig nur ihre Interessen zu fördern suchten.

11. Wie man es in dieser wüsten Zeit trieb, wie wenig sie zuließ auf deutsche Treue zu pochen, beweisen auch die Vorgänge nach der mehrerwähnten Lüneburgschen Successionsfehde. Die Herzoge

von Braunschweig-Lüneburg hatten, um ihre Städte und Ritterschaften nach glücklicher Beendigung der Fehde gegen die sächsischen Präzendenten sich geneigt zu machen und ihrer Hülfe gewiß zu sein, Zugeständnisse gemacht, die allerdings in Staatsgerechtsame tief eingriffen, wenn man in den Verhältnissen der Fürsten jener Zeit zu ihren Territorialgenossen nur die schwächsten Grundlagen zu einem wirklichen Staatsgebäude finden konnte. In den Lüneburger Satzungen — den sogenannten Satebriefen — 1392, wurden den Städten, namentlich Lüneburg, Hannover, Uelzen, nicht nur ihre alten Privilegien bestätigt, sondern auch neue hinzugefügt. Es sollten keine neuen Schlösser erbauet, keine Schatzungen auferlegt und die Zölle nicht erhöht werden. Aus Territorialgenossen wurde eine die Erfüllung der eingegangenen Verträge kontrollirende Behörde zusammengesetzt; sie sollte aus fünf Mitgliedern der Ritterschaft zwischen Deister und Weine, drei vom Lüneburgschen Adel, vier aus dem Rathe zu Lüneburg, zwei aus Hannover und zwei aus Uelzen bestehen. Es wurden Strafbestimmungen hinzugefügt, und den Ständen, für den Fall eines Verstoßes gegen die Verträge von Seiten der Fürsten, nachgelassen, sich in den Schutz eines andern Herrn zu begeben. Solche Verträge bestätigten Kaiser dieser Zeit, Verträge, die, wollte man den Maßstab nach dem wahren Begriffe vom Staat anlegen, unhaltbar erscheinen. Die Fürsten wollten keine auf Grundgesetze sich stützende Staaten. Sie hatten selbst die Verhältnisse herbeigeführt, nach welchen sie ihren Territorien Schutz nicht gewähren konnten, und von dem Mangel aller an den Grundbegriff vom Staat sich anschließenden Principien war die natürliche Folge, daß die Staatsgenossenschaft den Schutz suchte, wo sie ihn zu finden hoffen durfte, daß man der Gesetzlosigkeit ein Verfahren entgegenstellte, das immer nur die so veränderlichen und die augenblicklichen Verhältnisse verfolgte und Willkühr als Gesetz nicht anerkannte. Wie Sünde Sünde gebiert, so folgten aus Staatswidrigkeiten neue Verstöße, die das Staatsleben immer tiefer hinabsinken ließen. Was Willkühr geschaffen hatte, das suchte man, wenn es lästig, d. h. wenn fernere Willkühr dadurch beschränkt wurde, auf demselben Wege wieder zu vernichten. So erfuhren auch jene Satzungen bald Anfechtungen. Die ernannten Schutzmänner verbündeten sich 1394 mit dem Markgrafen von Brandenburg zur Vertheidigung ihrer Errungenschaften, und auch Otto malus bewährte seinen Charakter durch Bethheiligung gegen die Vettern, denen die Stadt Braunschweig sich angeschlossen hatte. Die Ritterschaften sprangen schnell ab; sie entsagten zum Theil den in den Satzungen gegebenen Verheißungen. Der Kampf schien ernstlich werden zu wollen, indem Hamburg und Lübeck dem zu den wendischen Städten zählenden Lüneburg Hülfe leisteten; allein es zeigte sich auch hier, wie eben die Bethheiligung Braunschweigs den gegnerischen Städten Nutzen brachte. Mitteltst Urkunde vom Vertholditage [27. Juli] 1396 trugen die Herzoge von Braunschweig-Lüneburg dem Magistrate der Stadt auf: den Frieden zwischen ihnen, den Herzogen Friedrich, Bernhard und Heinrich an

einem, und den Städten Lübeck, Hamburg, Lüneburg und Hannover, auch dieser Freunden, am andern Theile zu vermitteln. Es geschah dies in längere Zeit fortgesetzten Verhandlungen.

12. Eine thatsächliche Mahnung, nur eigenen Kräften und der Hilfe befreundeter Städte zu vertrauen, erhielt in derselben Zeit Magdeburg. Während der Erzbischof am kaiserlichen Hofe abwesend war, wurden seine Stiftslande nicht nur von den benachbarten Märkern, sondern auch 1395 von dem Kurfürsten Rudolf III. von Sachsen angegriffen und verheert. Der Dompropst Heinrich von Warberg rückte ihm entgegen mit Zuzuge aus den Städten Magdeburg und Halle, erlitt aber eine schwere Niederlage, die zahlreiche Vasallen, auch Krieger der beiden Städte in Gefangenschaft brachte. Nur die Stadt Magdeburg setzte den Krieg noch ein Jahr lang fort. Ihr Kriegswesen war in gleicher Weise geordnet wie das der Stadt Braunschweig. Sie hielt 100 geharnischte Reiter zum Geleit der Waarenzüge und Kaufleute. Die Bürger waren kriegspflichtig und zum Kriegsdienste mußten, nöthigen Falles, alle brauchbaren Pferde von der Bürgerschaft gestellt werden. Mit dieser Mannschaft durchstreifte die Stadt in damaliger Weise sengend und brennend die benachbarten kurfürstlichen Lande, schoß, da Magdeburg schon 1377 im Besitze von Donnerbüchsen war, das sächsische Schloß Rabenstein in Brand und verfolgte auch die Sache des Erzbischofs bis zu dessen Rückkehr. Er verglich sich mit dem Kurfürst auch über die Auslieferung seiner Vasallen, der gefangenen Bürger wurde aber in dem Vertrage nicht gedacht. Sie mußten endlich von den Städten Magdeburg und Halle mit großen Kosten eingelöst werden.

13. Nach dem ersten umfassenderen Bundesvertrage wurden die überheidischen Städte (unter dieser Benennung waren die an der Südostseite der großen Lüneburger Heide belegenen Städte im Gegensatz zu den wendischen, zu welchen Lüneburg und Uelzen gehörten), wie die mit Magdeburg in näherer Verbindung gestandenen Städte in vielfältige Handel gezogen. Sie wurden abgehalten ihre begonnenen Verbindungen fernerst weiter zu befestigen und auszu dehnen, doch versäumten die, welche nicht so unmittelbar betheiligt waren, keineswegs, gemeinsame Maßregeln den Drangsalen der Zeit entgegen zu stellen.

Schon 1374 hatte K. Karl IV. den Bischof Gerhard von Hildesheim ermächtigt, in Peine und Gerstede Freistühle zu errichten, in derselben Weise und Form wie sie in Westphalen bestanden. Diese Freistühle waren, wie es in der Urkunde heißt, aufs Neue zu begründen, und sie, denen auch andere Fürsten zwischen Weser und Elbe nachtrachteten, waren eines der Mittel, mit welchen man Willkühr zu decken suchte. Sie scheinen aber auf der Ostseite der Weser nie festeren Fuß gefaßt zu haben, doch überschritten längst die westphälischen Stillgerichte die angedeutete Grenze. Es vereinigten sich daher 1396 die Städte Goslar, Hildesheim, Einbeck und Helmstedt am Johannisstage [24. Juni], um gemeinschaftlich sich den westphälischen Gerichten

sowohl als den Uebergriffen der geistlichen Gerichte zu widerstehen. Die Bürger, welche vor jenen Gerichten Klage erheben oder sich einlassen würden, sollten aus der betreffenden Stadt verwiesen und in den andern nicht zugelassen werden. In gleicher Weise sollte auch gegen die verfahren werden, welche vor geistlichen Gerichten sich stellen und nicht vor den städtischen Gerichten Recht nehmen wollten.

14. Ein neues Bündniß der Herzoge von Braunschweig mit den Markgrafen von Meißen und den Landgrafen von Thüringen und Hessen 1403 stellte zwar die Erhaltung des Landfriedens, die Integrität ihrer Besitzungen und die Ausgleichung ihrer Streitigkeiten durch Austräge als Hauptzweck auf, war aber auch ausdrücklich auf wechselseitigen Beistand gegen aufrührerische Unterthanen gerichtet; was man darunter verstand, ist oben bemerkt und war vielfältig schon kund gegeben. Um die Zeitbegebenheiten richtig zu beurtheilen, muß immer im Auge behalten werden, daß man jetzt am weitesten von den Pflichten sich entfernt hatte, die den Fürsten mit der Ausübung landeshoheitlicher Rechte auferlegt worden. Man hatte weder klare Begriffe von Staats- noch von Gemeindegerechtigkeiten. Daß den Machthabern Unterjochung und Vernichtung gleichbedeutende Begriffe waren, daß mit der Unterwerfung den Städten das Fundament ihres Wohlstandes und ihres Jahrhunderte hindurch mühsam fortgebildeten Städtelebens entzogen werden würde, konnten diese vorher sehen; die Folgezeit bestätigte es. Die beiden mit Magdeburg und Braunschweig vereinten Städtegruppen traten von jetzt an fester in die Schranken.

Am Tage Antonii abbatis [17. Januar?] 1404 errichteten zunächst die Städte Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim, Göttingen und Einbeck ein umfassendes Schutz- und Trugbündniß. Zwar habe ich diesen Vertrag selbst noch nicht auffinden können, doch erzieht die Urkunde über den Beitritt Hannovers vom Tage S. Mauritii [22. Sept.] 1408, daß derselbe wichtige eingreifende Bestimmungen enthält. In der Urkunde sind die Interessenten des Vertrags vom Jahre 1404 namentlich aufgeführt, auch ist das Jahr und der Tag des Bündnisses ausdrücklich bemerkt. Der Rath von Hannover verpflichtet sich zu der in dem Hauptvertrage von jeder der Städte zu stellenden Hülfsmannschaft 83 Fußknechte zu übersenden oder das auf diese Mannschaft zu rechnende Geld. Die Stadt will nach dem in dem Hauptvertrage angedeuteten Verhältnisse der bedrängten Stadt einen Voranschuß von 3750 Gulden (damals noch Goldgulden) zustellen lassen und alle die Bedingungen pünktlich erfüllen, auf welche die übrigen Betheiligten sich geeinigt haben. Die Urkunde über die Beitritts Erklärung soll, zum Behuf auch der übrigen Städte, bei dem Rathe in Braunschweig verwahrt werden.

Wahrscheinlich ist der Vertrag auf zehn Jahre, wie mehr vorkommt, unter dem Vorbehalte geschlossen, daß er, im Falle eine Kündigung nicht erfolge, stillschweigend fortlaufen sollte; auch haben andere Städte, wie aus den folgenden Begebenheiten hervorgeht, sich angeschlossen.

15. Wie die Zeiten wilder und verworrener und die Städte dahin gedrängt wurden sich fest aneinander zu schließen, weisen die Begebenheiten in der kurzen Zwischenzeit bis zur Erneuerung des Städtebündnisses 1415 nach. H. Heinrich von Braunschweig wurde auf freier kaiserlicher Straße von dem Grafen von der Lippe und seinen Helfern 1404 gefangen genommen. Die 1403 gefaßten Pläne wurden ihm dadurch auf längere Zeit vereitelt; denn er bedurfte städtischer und ständischer Hilfe zu seiner Auslösung. Zwar verhängte K. Ruprecht 1405 Nacht und Abernacht gegen die Friedebrecher; die Macht der Kaiser war aber dahin; eine solche Achtung galt nur als Freibrief zum Angriffe, und lag diese nicht im Interesse der Nachbarn, so blieb das kaiserliche Wort ohne Wirkung. Es mußten als Lösegeld 100,000 Goldgulden aufgebracht werden, ein Beweis, wie weit das kaiserliche Ansehen gesunken und wie kraftlos auch noch die Fürstenbündnisse waren; Beweis zugleich, wie das mächtige Welfenhaus durch seine Theilungen, sein Feudalsystem und dadurch sich geschwächt hatte, daß es noch keinen auf Gesetzlichkeit gegründeten Staat zu bilden vermocht hatte. Die zur Erlangung von Kriegshilfe meistens verschleuderten Domänen waren nicht mehr des Ertrages, den einzelnen Herrschaften mehr als den nothdürftigen Unterhalt zu gewähren, außerordentliche Hilfe mußte mit neuen, tief in das Staatsleben eingreifenden Opfern erkaufte werden. Der zu Bewilligungen aufgeforderten Stände hatte sich schon eine Privilegiensucht beigeistert, die weiter und weiter von dem rechten Wege abführte und den Fürsten mehr noch außer Stand setzte, seine Territorialbewohner aller Klassen als Pflinglinge zu behandeln. Die eigenmüthigen ständischen, mit den Bewilligungen in Verbindung stehenden Verhandlungen bildeten für fernere Jahrhunderte die Grundlage zu den Privilegien, die die größere Masse der Territorialgenossen von den zur Landstandschaft Berechtigten unterschieden und diese nicht mehr das Gemeinwohl, sondern nur den eigenen Vortheil verfolgen ließen.

Die reicher, sich wechselseitig unterstützenden Städte traten in den Vordergrund. In einem Streite des Bischofs Johann von Hildesheim mit H. Bernhard 1410 bezogen sich die Herren auf den Spruch der Städte Goslar, Braunschweig, Hildesheim, Hainburg, Hannover, Helmstedt, Uelzen, auch Alfeld, Bockenem und Gronau, welche letztgenannten Städte später als Bundesstädte genannt werden und wahrscheinlich jetzt schon beigetreten waren.

Als 1412 eine Vermittelung zwischen den Herzogen Bernhard und Otto, dem Erzbischofe von Magdeburg und dem Bischofe von Halberstadt wegen der Harzburg erforderlich wurde, vereinigte man sich, die Feste der Stadt Braunschweig zur trenen Hand zu übergeben, mit der Bestimmung, daß wenn binnen Jahresfrist über den Besitz die Einigung nicht erreicht werden sollte, die Stadt Braunschweig zu entscheiden habe.

16. Die grundherrlichen Prinzipie waren zwar dauernd vorherrschend. Nach der Ermordung H. Friedrichs von Braunschweig

kam 1409 abermals eine Theilung zwischen den Brüdern Bernhard und Heinrich zu Stande, womit die mittleren Häuser Braunschweig und Lüneburg ihren Anfang nehmen; sie kamen aber 1414 überein, sich wechselseitig Beistand leisten, ohne beider Zustimmung keine Bündnisse eingehen, Streitigkeiten nur von Austrägen, aus ihren Räten zusammengelegt, entscheiden lassen zu wollen. Es war als wenn die Folgen ihres Verfahrens ihnen deutlicher vorschwebten, denn der Vertrag vom Jahre 1415 griff noch weiter aus. Sie vereinigten sich über die Wiederzusammensetzung ihrer Lande, die Rechte der Erstgeburt, Vormundschaft, eidliche Auerkennung der eingegangenen Verbindlichkeiten, das Verfahren im Falle der Regent blödsinnig sein werde, Versorgung der nachgeborenen Prinzen und der Prinzessinnen, die Gesamthuldigung, Verleihung der geistlichen und anderer Lehne, Versorgung der Wittwen, gemeinschaftliche Anstellung der Staatsdiener, Gemeinschaft der Kriegshülfe, Abführung der Schulden, Beschränkung der Anleihen, Empfang der Fahnlehen zc. Ein Kollegium von 25 Personen und Räten: neun aus dem Lande Lüneburg, von Overheide und bei der Aller, vier aus dem Lande zwischen Deister und Leine, vier aus den Herrschaften Homburg und Eberstein und acht aus der Herrschaft Braunschweig, sollte die pünktliche Erfüllung der Bestimmungen kontrolliren. Keinem Prinzen, auch wenn ein solcher nicht zur Mitregierung gelange, sollte der Eid auf diese Union nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre erlassen werden, die Huldigung im Gegentheile vor der Eidesleistung nicht statthaft sein. Stirbe das Geschlecht bis auf zwei noch nicht 14 Jahre alte Prinzen, oder nach dem Erlöschen einer der Linien bis auf einen Unmündigen aus, so sollte das Kollegium der 25 Personen in Celle zusammen kommen, zwei Räte aus jeder der Städte Braunschweig, Hannover, Helsen, Lüneburg und Helmstedt zuziehen, und durch Mehrheit der Stimmen feststellen, wie es mit dem Regimente gehalten werden sollte, ohne jedoch berechtigt zu sein, einen auswärtigen Vormund zu wählen.

Es lagen in dem Vertrage Bruchstücke zum Staatsbaue, man verfolge aber das Buch der Geschichte einige Blätter weiter, um sich zu überzeugen, daß nur augenblickliche Aufwallung solche Verträge schuf, von welchen weiterhin kaum die Rede war.

Die Grundherrlichkeit siegte auch durch die Erfindung über die Landeshoheit, daß Verträge der Art nur für directe Nachkommen verbindlich wären, daß eine succedirende andere Linie des Hauses sich nicht an solche Handlungen der Vorgänger zu binden brauchte. Griffen auch solche Verträge tief in das Staatsleben ein, war auch die ganze Territorialgenossenschaft noch so sehr dabei betheiligt, so hatten die Paciscenten doch nicht den Staat vor Augen. Sie wollten ihn nicht, weil sein Wesen Willkühr anschlief und nicht zu der Annahme Raum läßt, daß der Staat des Regenten wegen geschaffen sei.

17. Hielten verkehrte Grundzüge Territorien, wie die welfischen, in ihrer Bildung zum geregelten Staate zurück, so konnte man

weniger noch in kleinen Dynastien auf Vorschritte zum Bessern rechnen, auch stößt man überall auf Beschwerden über Raubausfälle, die von solchen geringeren Herren unterstützt wurden. Das Bündniß, welches 1412 Graf Günther von Schwarzburg mit einem von Heldringen errichtete, war zwar angeblich gegen die Markgrafen von Meißen errichtet, veranlaßte aber den Zusammenlauf des gemeinsten Raubgesindels, das unter der Benennung der Flegler nur Plünderung und Brandstiftungen betrieb. „Es soll jedoch niemand wissen — sagt Spangenberg in seiner Mansfeldschen Chronik — wer ihr Herr wäre oder von wemwegen oder aus was Ursachen diese Flegel solchen Muthwillen trieben, denn es kam ihrenthalben mancher in Schaden und Beschwerde, der mit keinem Menschen in Ungüte zu thun hatte“.

Es können hier nur einzelne Zeitbilder gegeben werden, um die traurigen Verhältnisse anzudeuten, unter welchen die Städte sich mehr und mehr isoliren und auf eigene Kraft verlassen mußten.

18. Der Bundesvertrag vom Jahre 1404 war abgelaufen, als Braunschweig 1415 sich angelegen sein ließ, denselben zu erneuern und auf neue Bundesgenossen zu erstrecken. Zuerst kam am Sonntage Vatare [10. März] 1415 ein Vertrag mit Lüneburg und Hannover zu Stande, dem am Sonntage nach Martini [17. November] die Städte Magdeburg, Halberstadt, Quedlinburg und Ascherleben beitraten. Andere früher schon dem Bunde angehörig gewesene Städte hatten entweder noch fortlaufende Verträge oder Sonderbündnisse mit Braunschweig und anderen Bundesstädten, die in den Verhandlungen 1415 ausdrücklich vorbehalten blieben und auch die Theilnahme an dem jetzigen Vertrage sicherten. Zwar schloß Braunschweig mit jeder der genannten Städte abgefordert ab, die verschiedenen Urkunden sind aber übereinstimmenden Inhalts.

Die Städte selbst wollen mit einander in Frieden leben, würde eine derselben aber „vermuredet“, so sollen die anderen zunächst durch Fürsprache, würde diese aber nicht zum Zwecke führen, durch Waffengewalt helfen. Dies solle auch geschehen, wenn geistliche oder weltliche Personen, weß Standes sie sein möchten, sich vom Papste, dem Kaiser oder den Herren Privilegien ertheilen ließen, die den Rechten der Städte zuwider liefen. In keiner der Städte sollen solche geduldet werden, die nach rechtlichen Gründen aus einer derselben verwiesen worden. Die Fehden der Städte sollen gemeinschaftlich zu Ende gebracht, und es soll wechselseitig Hülfe geleistet werden, wenn eine der Städte wider Recht und Gewohnheit vor anwärtige geistliche oder weltliche Gerichte geladen würde. Der Handel solle, mit Vorbehalt der Hölle und des Geleits, frei sein. In keiner der Bundesstädte sollen Feinde einer derselben gehaust oder in irgend einer Weise unterstützt werden, auch wolle man keine geraubte Sachen zulassen oder sie doch anhalten. Einer bedrängten Stadt solle das Dessnungsrecht und den Fliehenden Geleit in die Heimath gewahrt, die Schuldner einer der verbündeten Städte sollen in allen zur Er-



füllung ihrer Verbindlichkeiten angehalten, im Falle aber in einer der Städte Zwietracht entstehen würde, schleunigst Hülfe geleistet werden. Zur Beseitigung von Streitigkeiten wurden Schiedsgerichte und Obleute eingesetzt.

19. Dem Vertrage vom Jahre 1415 war Uelzen noch nicht beigetreten, erst 1423, nach der Urkunde vom Tage Matthäi [21. September] dieses Jahres, schloß auch diese Stadt Braunschweig, Lüneburg und Hannover sich an. Lüneburg blieb dem Bunde nicht trenn, nicht nur weil sie zu den wendischen Städten sich zählte und von diesen schneller Hülfe erwarten durfte, sondern auch weil Handelsneid die Stadt mit Braunschweig häufig in Zwiespalt brachte. Die wiederholten Versuche dieser Stadt, die Schifffahrt mittelst der Oker, Aller und Weser auf Bremen zu fördern, wurden von Lüneburg vereitelt. Deshalb waren die Bündnisse zwischen den beiden Städten nicht dauernd. Dagegen vereinigten sich am Jacobstage [25. Juli] 1424 Magdeburg und Braunschweig zur Vorbereitung eines erneuerten und erweiterten Bundes der Sassenstädte, da der letzte Vertrag im Jahre 1425 abließ. Die beiden Städte sagten sich wechselseitig Hülfe gegen jedermann, Fürsten, Herren und Ritter oder Knechte, zu. Den Feinden sollte keine Art von Unterstützung geleistet werden: weder mit Ruten, Speisung, Getränk und Futter, noch mit Schloß, Pulver und Waffen. Neben früheren Bestimmungen wurde auch die in den Vertrag mit aufgenommen, daß man auch solche gemeinschaftlich verfolgen wolle, die Hansegenossen beschädigten. Magdeburg erklärte sich, die Städte Halle und Zerbst, Braunschweig aber Lüneburg und Hannover in den Verein ziehen zu wollen, auch machte man sich verbindlich, noch andere Städte zur Theilnahme an dem erneuerten Bunde anzufordern. Der Vertrag wurde auf sechs Jahre, jedoch unter der Verheißung geschlossen, daß er in Wirklichkeit bleiben sollte, wenn er nicht ein halbes Jahr vor Ablauf der Frist gekündigt werde. Unter dieser Bedingung sollten auch andere Städte nur in den Bund aufgenommen werden, die unter einzelnen Städten aber bestehenden Sonderverträge in Kraft bleiben. Halle trat noch an dem Tage der geschlossenen Uebereinkunft bei.

20. Magdeburg und Braunschweig hatten sich durch kräftige Verfolgung der Straßenräuber Verdienste und großes Ansehen erworben. Sie hatten die Raubburg Trüeslingen gestürmt, erobert und geschleift, und als sie wiedererrichtet werden sollte, abermals die Fundamente vernichtet, so daß die wichtigen Straßen auf Erfurt und Magdeburg aus jenem Raubneste nicht weiter belästigt werden konnten. In gleicher Weise wurde 1425 das Raubschloß Umleben, an den genannten Straßen gelegen, erstürmt, gebrochen und für die Folge unschädlich gemacht; und daß man zu solchen Unternehmungen vorzüglich auf die Macht der beiden Städte rechnen mußte, beweisen die kaiserlichen Mandate und Privilegien aus diesen Jahren, nach welchen ihnen die Säuberung der Reichsstraßen anvertraut und die Verfolgung der Diebstahls- und Missethäter in fremder Herren Länder gestattet worden.

Ein Aufrur in Halberstadt gab auch Gelegenheit um dieselbe Zeit gegen den gefährlichsten Feind des Städtelebens siegreich und mit Kraft zu verfahren. 1424 hatte der unter dem Namen des langen Matthias bekannte Aufriirer den Pöbel gewonnen, den Rath vertrieben und Gräueltthaten begangen, wie sie in allen Städten, wo das Proletariat das Uebergewicht gewinnen konnte, an der Tagesordnung waren. Auf die erste Kunde von dem Aufstande erschienen vor Halberstadt Abgeordnete der Städte Braunschweig, Magdeburg, Goslar und Quedlinburg; es wurden ihnen die Thore verschlossen und der Pöbel zu nur noch größeren Schandthaten aufgereizt. Matthias, der schon einmal wegen Aufriirs aus der Stadt vertrieben war und den auch Rachegefühle spornten, ließ vier Bürgermeister und Rathsherren einkertern und stellte sich selbst mit seinem Anhang an die Spitze des Stadtreiments. Die gefangen gesetzten Herren ließ er enthaupten, die wohlhabendern Bürger brandschlagen und viele gleichfalls einkertern. Da war auf gütliche Unterhandlungen nicht weiter zu rechnen; Braunschweig und Magdeburg rückten mit schwerem Geschütze vor die Stadt, und forderten die Auslieferung der Rebellen. Auch der vertragsmäßige Zuzug aus Hannover, Lüneburg, Hildesheim, Helmstedt, Aschersleben und Halle traf vor Halberstadt ein, das bis zur Auslieferung der Aufriirer beschossen wurde. Matthias hatte zwar mit seinem Sohne und dem Bruder heimlich zu entkommen gesucht, sie wurden aber ertappt und in Gemäßheit bundesgerichtlichen Urtheils enthauptet. Der Aufrur endigte wie gewöhnlich. Der nur auf Plünderung bedachte Pöbel übertieferte seine Anführer mit derselben Bereitwilligkeit, in der er vorhin gemordet und gebrandschagt hatte.

Es fehlte allerdings auch nicht an Beispielen, daß Bundesstädte auf ihren Hinterhalt pochten und zu ungerechten übertriebenen Forderungen sich verleiten ließen. Ein solches Beispiel gab Halle in dem Streite mit dem Erzbischofe 1422—1427, in welchem Entscheidungen des Kaisers wie des Papstes, jedoch ohne Erfolg, beigebracht waren. Der Erzbischof suchte die Gelegenheit zu benutzen, um den Hallensern ihre Privilegien zu entziehen. Die Dazwischkunft der Städte Braunschweig und Magdeburg, die mit dem Domcapitel zur Vergleichsvermittlung sich einigten, verhinderte dies, und der Stadt Magdeburg gelang (1427), die Handel endgültig beizulegen.

21. Die Macht, zu welcher das Bündniß sich erhob, und die immer schlagfertige Stellung der Vororte hatten zwar (Gegenbündnisse zur Folge: 1423 der Herzoge von Braunschweig mit dem Erzbischofe von Magdeburg, 1424 mit dem Bischofe von Hildesheim, 1426 mit den Grafen von Hoya; auch hatten solche Einigungen selbst den klar ausgedrückten Zweck, der Städte sich zu bemächtigen; allein die Fürsten waren noch zu ohnmächtig und mußten zu oft bei den Städten Hülfe suchen, als daß sie, selbst in Vereinen, Ernstliches hätten ausführen können. Die Bischöfe besonders suchten in ihrer

Bedrängniß in den mächtigeren Städten Hilfe. Mit Braunschweig schlossen (1424) die Bischöfe von Hildesheim und Camin Sonderbündnisse, so auch 1426 der Bischof von Halberstadt, und selbst die Herzoge Otto, Wilhelm und Bernhard von Braunschweig suchten gleichzeitig ein gutes Verhältniß mit den Städten zu erhalten, von welchen die meisten in ähnlichen Sonderbündnissen wie Braunschweig standen.

Es war dies die Zeit, in welcher die Städte allgemeiner mit Feuerbewehr sich waffneten, in welcher sie Gießereien besaßen und zu großer Vollkommenheit gebracht hatten, in welcher sie mit Handbüchsen bewaffnete Schützen aufstellten und durch alles dieses ein entschiedenes Uebergewicht erlangten.

Der Kaiser wie der Papst bestätigten Braunschweig und andern Städten ihre privilegia de non evocando. Auch die Hanse ging gern auf eine nähere Verbindung mit den Sassenstädten ein, die in dem Plane der Städte Magdeburg und Braunschweig lag, und mit Eifer suchten nahe und entferntere Städte sich anzuschließen.

22. Am Sonntage Jubilate [21. April] 1426 kamen Abgeordnete der Städte Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim, Halberstadt, Göttingen, Quedlinburg, Mischersleben, Osterode, Einbeck, Helmstedt und Nordheim in Goslar zusammen.

In dem zwischen Magdeburg und Braunschweig 1424 errichteten Verträge war der Hanse gedacht; man wollte, wie oben erwähnt worden, vermitteln, daß der Bund der Sassenstädte auch die verfolgten, welche Hansegenossen beschädigen würden. Es kam 1426 diese Gelegenheit zunächst zur Verhandlung, und im Eingange des neuen Vertrags werden die Städte Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim und Göttingen, die alle der Hanse schon angehörten, aufgefordert und ermächtigt, die Sassenstädte auf dem Hansestage zu vertreten. Es war ein solcher von Lübeck auf den Johannistag ausgeschrieben, und dann sollte die Angelegenheit in dem Convente geordnet werden. Würden dann ferner auch die noch nicht zur Hanse gehörige Städte geladen, so sollten Abgeordnete von Braunschweig und Magdeburg zu einer Berathung darüber zusammentreten, ob vorgängig eine Versammlung der Sassenstädte erforderlich sei, auch hätten sie den Tag der Zusammenkunft zu bestimmen. Den Abgeordneten zu den Hansestagen sollten die Kosten von den Sassenstädten eriezt, die Beiträge an den Rath zu Braunschweig eingekandt, die zu Lübeck gefaßten Beschlüsse aber wie die Kostenrechnungen jeder theilhaftigen mitgetheilt werden.

So bildete der Bund der Sassenstädte auch eine Abtheilung des hanseatischen Bundes. Die Mitglieder jener Einigung, welche noch nicht Hansegenossen waren, erlangten gleichfalls diese Kaufmannsrechte, und Magdeburg mit Braunschweig wurden die Vororte, wie sie es schon in Beziehung auf den Bund der Sassenstädte waren, auch in dem Verhältnisse dieser zur Hanse; nur zählten Lüneburg und Uelzen, wenn sie auch mit den Sassenstädten in Verbindung traten, zu der der Hanse angehörigen wendischen Städtegruppe.

Dabei wurde der Bund der Sassenstädte, wie auch die folgenden Verträge beweisen, als für sich bestehende und seine eigenthümlichen Verhältniſſe verfolgende Einigung fortgesetzt.

Nachdem in Goslar die Bestimmungen in Betreff eines anzubahnenden Verhältniſſes zur Hanse vereinbart waren, gingen die Abgeordneten zu den Verabredungen über, welche für die Sassenstädte im Besonderen Kraft haben sollten; und diese sind: Schutz des Handels, Förderung des Friedens mit den Herren, so lange es sein kann durch Geld und Vermittelung, Feststellung einer Matrikel zu den erforderlich werdenden Hilfsleistungen. Die nächsten Städte sollen mit bewaffneter Mannschaft, die entfernteren mit Gelde aus-  
helfen. Dem Feinde soll keine Art von Unterstützung gewährt, leichtfertige unbeschloſſte Gesellen aber, die rauben und brennen und den Ackermann beschädigen würden, sollen aufgegriffen werden. Zum Schutze gegen Aufwiegler und Aufrur im Innern der Städte wird die Aufhebung aufrührerischer Gilden, Verweisung aus der betreffenden Stadt und Nichtaufnahme in eine der Bundesstädte verabredet. An der Ostseite der Weser will man keine Freigrafen zulassen, auch soll kein Angehöriger der Bundesstädte sich den heimlichen westphälischen Gerichten stellen, sondern an den der Fürsten und Städte sich genügen lassen, widrigenfalls ein solcher aus der Stadt vertrieben und in keiner der Bundesstädte aufgenommen werden soll. Der Vertrag soll drei Jahre in Kraft bleiben, Abgeordnete der Städte sollten aber an einem von Braunschweig zu bestimmenden Tage zwischen Ostern und Pfingsten daselbst jährlich zusammen kommen, der bestimmte Tag den Betheiligten acht Tage vor der Zusammenkunft bekannt gemacht werden.

Dem Vertrage traten noch bei: Hameln am Tage Petri und Pauli [29. Juni], Alfeld am Tage Bartholomäi [24. August] 1426, Gronau am Palmsonntage [13. April] und Votenem Donnerstag vor Palmarium [10. April] 1427.

23. Die Gebrechen in Staat und Kirche waren ständig geworden, und so wurden es auch die von den Städten ergriffenen Gegenmaſſregeln. Meistentheils enthalten die Bundesverträge eine Erneuerung früherer Verabredungen, denen nur dann Neues beige-  
mischt ist, wenn neue Gebrechen sich kund geben und die früheren Bestimmungen den Zweck verfehlt hatten.

Den 1426 getroffenen Verabredungen gemäß kamen die Abgeordneten der Städte Goslar, Magdeburg, Braunschweig, Halle, Hildesheim, Halberstadt, Göttingen, Hannover, Quedlinburg, Nienburg, Einbeck, Helmstedt, Nordheim, Hameln und Merseburg in Braunschweig zusammen. Es wurde der Vertrag vom Sonntage Quasimodogeniti [3. April] 1429 errichtet, dem am Tage Philippi Jacobi [1. Mai] 1430 die Städte Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen sich angeschlossen. Sie machten sich verbindlich, alle Bestimmungen des Bundesvertrages zu erfüllen und in die Bundesmatrikel,

Erfurt mit 250 rheinischen Gulden, Mülhhausen und Nordhausen je mit 80 Thlr. W. sich aufnehmen zu lassen.

Im Jahre 1412, am Sonntage Cantate [12. Mai], fand wiederum eine Zusammenkunft statt, der damals errichtete Vertrag scheint aber mit dem vom Jahre 1429 ganz gleichlautend gewesen zu sein, denn die im Stadtarchive zu Braunschweig sich vorfindende Originalausfertigung enthält am Schlusse Jahr und Tag beider Verträge. Es sind in diesen Verträgen die Bestimmungen vom Jahre 1426 wiederholt, die aber, daß aufrührerische Zünfte aufgehoben werden sollen, ist dahin beschränkt, daß nur die an dem Aufrure Theil nehmenden Gildegenossen aus ihrer Zunft gestossen werden sollen. Westphälischen Gerichten sollte keine Bundesstadt sich unterwerfen, wenn sie auch von mehreren der Herren anerkannt würden. Die jährlichen Zusammenkünfte in Braunschweig sollen ferner stattfinden und ist am Schlusse hinzugefügt: „düsse verdracht schall anstan von datum dusses breveß und werd wahren und geholden werden von düssen Ringsten to aller erst tokomende und vord dre jahre alle umme erst na einander volgendt“. — Es scheint daraus hervorzugehen, daß der Bundesvertrag, wenn in der Versammlung der Theilhaftigen keine Aenderung erfolge, in allen seinen einzelnen Bestimmungen in Kraft bleiben solle.

## II.

1. Gesetzlosigkeit und Willkürherrschaft traten einem Reichsverbande wie dem Bunde einzelner deutscher Staaten entgegen. Treulosigkeiten von allen Seiten her vermehrten das Mißtrauen, das im 14. Jahrhundert schon so tief Wurzel geschlagen hatte. Man konnte und wollte auch im 15. Jahrhundert den Staat mit seinen schützenden, aber bindenden Elementen nicht. Die Verbindungen, in welchen man augenblicklichen Vortheilen nachstrebte oder drohende Gefahren abzuwenden suchte, durchkreuzten sich in mannigfaltigster Weise. Seit dem Untergange der Hohenstaufen, dem Zerfalle des Reichs in Territorien, für welche man die, noch von K. Friedrich II. projectirte Grundlage nicht anerkennen wollte, schien auf dem großen herrlichen Reiche ein Fluch zu haften. Es gab keine Reichsversammlung, in welcher die wichtigsten Interessen des Volks unparteiische Beurtheilung fanden, keine zur Aus- und Fortbildung der Einzelstaaten geeignete landständische Versammlung, kein Zutrauen erweckendes Reichsgericht und ebensowenig Territorialgerichte der Art. Der Zustand, wie er in Sachsen schon nach Heinrichs des Löwen Falle von Helmold dargestellt wird, der hier durch die Hohenstaufen, K. Otto IV. und H. Otto puer noch einigermaßen wieder eingebeßert war, trat

danach mit allen seinen Gräueln wieder hervor und erreichte im 15. Jahrhundert seinen Höhepunkt. Wurde ein Rechtsverhältniß heute vom Kaiser bestätigt, so wurde es morgen schon wieder für nichtig erklärt. Friedensschlüsse galten in so weit, als sie gewaltsam aufrecht erhalten werden konnten; die Zerrissenheit des großen Reiches wurde, als andere Mächte die Folgen davon zu erkennen angefangen hatten, in die Politik der Staaten mit aufgenommen, die Freiheit in ihrem Aushängeschilder verkünden, jedoch eine Verbesserung der Zustände des Nachbarstaates, als mit ihren Interessen unverträglich, stets zu hintertreiben suchen. Alle Vortheile, welche größere Staaten bieten: eine alle Reichsgenossen berücksichtigende Gesetzgebung, eine feste Handelspolitik, die damit in Verbindung stehende Reichspolizei, Einheit in den Kriegsunternehmungen und der Reichsvertheidigung, gingen verloren. Man fand nun Deutsche gegen Deutsche unter den Waffen, Hunderte drängten sich als Gesetzgeber auf, aber mit Gesetzen nur im grundherrlichen Interesse. Die Städte selbst standen oft, trotz ihrer Bündnisse, einander plötzlich als Feinde gegenüber, dabei verloren sie aber dennoch ihre gemeinsamen Interessen nicht aus den Augen, und das Gewicht derselben war es, welches sie immer wieder zusammen führte und sie ihrer Bundespflichten selbst im Kampfe mit einander und in der Verbindung einzelner mit Fürsten und Rittern eingedenk sein ließ. Die Geschichte des 15. Jahrhunderts liefert für alles dieses zahlreiche Beispiele, hier können indessen nur einzelne, die Sassenstädte näher berührende Beispiele weiter verfolgt werden.

2. Wohin das grundherrliche Prinzip in Verbindung mit dem Feudalwesen geführt hatte, beweisen die Anstrengungen des reichbegüterten, aber noch fünffach getheilten welfischen Hauses, um nur Ein unruhiges Rittergeschlecht zu überwältigen. Schon zu Heinrichs des Löwen Zeiten gehörten die von Beltheim zu den namhaftesten Rittergeschlechtern des alten Herzogthums Sachsen. Es war in der Zeit der Hauskämpfe noch reich begütert und bei den meisten Händeln theilhaftig. Gegen die Gevettern und Brüder Heinrich, Günzel, Rudolf, Hans, Bernhard, Ludwig und Heinrich von Beltheim traten 1429 die Herzoge Otto der Finkende und Friedrich der Fromme von Lüneburg in ein Bündniß mit den Landgrafen in Thüringen, den Fürsten von Anhalt, den Grafen von Schwarzburg, Stolberg und Mansfeld, auch den Herren von Everförde. Zu noch größerer Sicherheit zogen sie die Städte Magdeburg, Braunschweig, Halle, Halberstadt, Quedlinburg, Aschersleben und Helmstedt in ihre Einkünfte. Die Abrede war, daß sie in der Fehde gegen das Geschlecht sich beistehen und die Schlösser desselben, nach der Zahl der gestellten Mannschaft — zwei Fußknechte auf Einen Reiter gerechnet — unter sich theilen wollten. Zur Entscheidung der zwischen den Verbündeten etwa entstandenen Streitigkeiten war ein Schiedsgericht geordnet, zu welchem auch die Städte Magdeburg und Braunschweig Räte zu stellen hatten. Der Zweck wurde dennoch nicht erreicht. Das

Geschlecht blühte fort, nur die Burg Destedt wurde damals von den Braunschweigern, die häufig mit den von Veltheim in Fehde lagen, erobert und verbrannt. Schon 1432 standen die Städte Braunschweig und Magdeburg mit dem H. Heinrich von Braunschweig in einem neuen Bündnisse gegen die von Veltheim.

So schnell als man Verträge der Art einging, sprang man auch wieder ab, je nachdem sich neue oder größere Vortheile in einer andern Verbindung darboten; doch unterstützten die Städte, wenn ihre Interessen dabei nicht in Gefahr kamen, vorzugsweise ihre Territorialherren. Mit den welfischen Fürsten stand z. B. die Stadt Braunschweig im Bunde: 1433 gegen Ulrich von Weyerlingen, auch gegen den Grafen von Spiegelberg, 1434 gegen die Grafen von Hoya und die von Spiegelberg, 1437 zum Beistande im Allgemeinen, 1441 mit den Herzogen Otto, Friedrich und Heinrich von Braunschweig-Lüneburg gegen den H. Wilhelm den ältern von Braunschweig.

3. Zwischen die oft blutigen Fehden, im Gefolge der Bündnisse, mischten sich Angriffe auf einzelne Sassenstädte und Aufruhr in denselben. Die Stadt Magdeburg hatte ihre Befestigung verstärkt, neue Gräben angelegt und andere Vorrichtungen getroffen, die dem Erzbischofe mißfällig waren. Die Städte, welche geistliche Herren hatten, waren in noch mißlicherer Lage als die der weltlichen Fürsten. Während diese durch Theilungen sich schwächten und mit einander in Hader lagen, kamen die den Städten daraus erwachsenden Vortheile den bischöflichen Städten, z. B. Magdeburg, nicht zu statten. Der Erzbischof befehdete die Stadt 1431, nachdem er sie mit dem gesammten Domkapitel verlassen hatte, und erhielt 1432 auch einen Absagebrief der Magdeburger. Auf den Hilferuf versuchte zunächst Halle, als die Feindseligkeiten schon ihren Anfang genommen hatten, schiedsrichterliche Entscheidung zu erwirken, wiewohl vergebens. Mit Hülfe der Zerbster wurden nun erzbischöfliche Städte und Festen erobert, der geistliche Herr aber wandte sich an den K. Sigismund, der zwar der Stadt im vorhergehenden Jahre ihre Privilegien bestätigt hatte, nun aber gegen sie und ihre Helfer die Acht verhängte. Die Angelegenheit wurde zugleich vor das Basler Concilium gebracht und der Erzbischof belegte die Stadt dann auch noch mit dem Interdicte. Es traten nun andere Bundesstädte, Halle, Braunschweig, Quedlinburg, Mizersleben und Zerbst, mit Zuzug heran, und auch Markgraf Johann von Brandenburg gesellte sich ihnen zu. Der Erzbischof wurde aus dem Lande verdrängt, und ging zum Kaiser auch auf das Basler Concilium, bewirkte noch ungünstigere Entscheidungen gegen die Stadt, und da Halle derselben sich noch fester angeschlossen, wurde auch diese Stadt mit dem Banne und der Reichsacht heimgesucht. Nun versprach der Rath zu Halle zwar Unterwerfung, allein die Bundesstädte, unter ihnen Braunschweig, sandten Abgeordnete, erwirkten Aenderung der Beschlüsse und vermittelten die Ernennung von dreißig Bürgern, mit welchen der

Magistrat verstärkt wurde und ohne die ein Beschluß in der Angelegenheit nicht gefaßt werden sollte. Der Erzbischof verbündete sich deshalb mit dem Kurfürsten von Sachsen, überließ ihm Giebichenstein wiederkäuflich und war geneigt ihm auch Halle zu unterwerfen. Der Kurfürst griff die Stadt 1435 mit 12000 Streitem an, die Eroberung wurde aber dennoch nicht erreicht, obgleich der Kurfürst mit seinem Bruder, dem Landgrafen Wilhelm von Thüringen, dem Landgrafen von Hessen und den Grafen von Schwarzburg, Mansfeld, Stolberg und Hohnstein sich verbunden hatten. Der Widerstand der Stadt war hartnäckig. Mit ihren Hülfsstruppen hatte sie nicht Hoffnung im freien Felde zu siegen, auch ist wol bei den so veränderlichen und durcheinanderlaufenden Interessen schwer zu bestimmen, was den Kurfürsten zu einem so plötzlichen Aufgeben seines Vorhabens eigentlich bewogen haben mag, doch charakterisirt eine in Beziehung darauf von Spangenberg, der der Zeit nahe stand, gemachte Mittheilung den Sinn der Städter und namentlich der Braunschweiger in jener Zeit. Der Kurfürst hatte von der Ankunft einer Deputation der Braunschweiger gehört. Die Männer folgten ohne Bedenken der Aufforderung des Kurfürsten, der sie in seinem Lager zu sehen wünschte, und erklärten sich auf den Vorschlag, daß man die Waffen ruhen lassen und unterhandeln möge, mit großer Unbefangenheit. Man wolle, sprachen sie, Halle nicht aus einer Verlegenheit in die andere stürzen. Man kenne schon, was geschähe, wenn die Bedingungen nachher gestellt würden; es möge die Sache lieber sogleich auf Gottes Verfügung gestellt werden. Sie wären von ihrem Rathe und der Gemeinde gesandt, um Hülfe zu leisten, nicht um verderblichen Rath zu ertheilen. „Sie wären entschlossen, den Befehlen ihrer Herren nachzukommen, so lange sie einen Finger rühren könnten“. „Der Kurfürst und die anderen Herren — sagt Spangenberg — ließen sich schier dünken, es sollten diese Gefellen wol rechte Braunschweiger sein, die sich nicht leichtlich würden schrecken lassen, befanden auch, daß die Stadt Halle dermaßen versehen, daß ihnen diesmal nicht leichtlich würde abzubringen sein“. Auch der Erzbischof wünschte nun der Fehde ein Ende zu machen, und unter Vermittelung, namentlich auch von Bürgermeistern der Stadt Braunschweig, wurde der Frieden am 4. Mai 1435 geschlossen. Die Stadt behielt danach ihre neu angelegten und erweiterten Festungswerke, gab aber zurück, was sie dem Herrn abgenommen hatte. Bald darauf wurde auch die Aufhebung des Bannes und Interdicts mit einem Opfer von 1000 Schock Groschen bewirkt.

Magdeburg war nun Stütze des Erzbischofs in der Fehde gegen die von Steinfurt 1437, erhielt 1447 vom K. Friedrich III. ihre Privilegien bestätigt, trat in demselben Jahre einem Bündnisse des Erzbischofs von Magdeburg und der Bischöfe von Halberstadt und Hildesheim zur Förderung des Landfriedens bei, erhielt 1448 von jenem einträgliche Vorrechte und hatte den ältesten Bürgermeister zu dem behuf des Landfriedens zu bestellenden Richtern einstellen zu lassen.



4. Wie kräftig auch Braunschweig eingewirkt hatte, als Magdeburg und Halle in Noth geriethen, so dauerte doch die Handelseifersucht zwischen den ersten beiden Städten fort; man setzte aber das allgemeine, durch Bundesverträge befestigte Interesse dem einseitigen nicht nach. Schon im 14. Jahrhundert waren der Stadt Braunschweig in Beziehung auf ihre Schifffahrtspläne Schwierigkeiten entgegen gestellt worden<sup>1</sup>. Als die Angelegenheit im 15. Jahrhundert wieder zur Sprache kam, beriefen sich Lüneburg und Magdeburg 1429 auf entgegenstehende Privilegien. Sie erklärten dem H. Bernhard von Lüneburg, daß sie alle von Celle nach Bremen fahrenden, mit Korn beladenen Schiffe anhalten würden. Sie brachten es 1439 zu einer Vereinigung mit dem H. Wilhelm dem ältern von Braunschweig, in deren Gefolge dieser erklärte, die Schifffahrt aus der Oker in die Aller nicht ferner gestatten und, ehe er darin nachgäbe, den schwersten Krieg nicht scheuen zu wollen. Braunschweig trat darauf mit Lüneburg besonders in Verhandlungen, und wie sehr jener Stadt der Plan am Herzen lag, beweist der Umstand, daß sie einen Aufwand von 8400 rheinischen Gulden (jeder gleich 2 Lothen feinen Silbers) nicht scheute, nur um die 1440 in Uelzen eingeleiteten Unterhandlungen zu fördern. Diese endigten sich damit, daß die behuf der Schifffahrt getroffenen Einrichtungen für erst sieben Jahre ruhen sollten und man eine endgültige Einigung inzwischen ermitteln wolle.

Magdeburg führte sein Vorkorn auf der Elbe aus, dabei war Lüneburg, besonders wegen des Absatzes in das an Korn ärmere Lüneburgsche, wesentlich theilhaftig. Bei den Hindernissen, die man Braunschweig, das auch eine Kornkammer um sich hatte, auf dem Wege über Lüneburg entgegen stellte, blieb Bremen der Hafen, von wo aus die Kornausfuhr der Braunschweiger bewerkstelligt werden mußte; die weiten Landwege dahin waren aber fast unfahrbar. Man glaubte, 1440 noch, einen Ausweg dadurch gefunden zu haben, daß den Braunschweigern die Ausfuhr über Lüneburg freigegeben, dagegen aber die Wasserfahrt auf Bremen in 23 Jahren nicht eröffnet werden sollte. Mit dieser Uebereinkunft scheint Braunschweig nichts gewonnen zu haben. Die Stadt ging schon 1459 auf ihren alten Plan zurück. Die Herzoge Bernhard II. und Otto von Lüneburg gestatteten ihr die Schifffahrt auf Bremen unter der Bedingung, daß Salz und Eisen nicht abwärts, Feringe aber und andere Fische nicht aufwärts verfahren werden sollten, daß auch den Herzogen, wie der Stadt Lüneburg, die Berechtigung vorbehalten bleibe, den dritten Theil des nach Bremen verschifften Korns in Celle, Rethen oder Ahlden, zu den in Braunschweig gängigen Preisen und gegen Erstattung des Ungeldes, zurück zu behalten. Die Zölle sollten nicht erhöht werden, und ob schon der Vertrag 1461 mit dem H. Friedrich von Lüneburg erneuert worden, so scheint derselbe doch um so mehr

<sup>1</sup> S. darüber den Anhang.

der Stadt Braunschweig lästig geworden zu sein, als er den Rineburgern sehr beschränkende und zu Mißbräuchen führende Rechte einräumte. Unter großem Jubel ließ man zwar schon 1459 das erste mit Weizen beladene Schiff von Braunschweig auf Bremen abgehen. Verträge mit den Herzogen Friedrich und Otto von Rineburg, dem Bischofe von Verden und der Stadt Bremen schützten gegen Ueberlastung mit Zöllen, auch traf Braunschweig zu Wienhausen fördernde Einrichtungen, übernahm 1462 die Kosten eines Schloßbaues bei Celle, doch waren, bei zerrissenem Zustande des Reiches, alle Kosten endlich vergebens verwendet, weil es überall Mittel gab zu hemmen und die Errungenschaft zu verleiden. Merkwürdig bleibt nur, daß bei so anhaltenden Zerrwürnissen die Städte gegen äußere Feinde vereint blieben.

5. Der Vertrag vom Jahre 1432 lief stillschweigend von drei zu drei Jahren fort, und während einzelne, namentlich die südlichen, Magdeburg näher stehenden Bundesstädte in schwere Händel sich verwickelt fanden, fuhrn andere fort, die Interessen der Gesamtheit durch Hilfsleistungen und Sonderverträge zu fördern. 1444 (am Tage nach Andreas [1. December]) vereinigten sich in dieser Weise die welfischen Städte Braunschweig, Göttingen, Hannover mit Hildesheim. Daß ein Aufrur zu Braunschweig 1447 ohne Blutvergießen und endlich unter dem Beistande der Bürger selbst gedämpft worden, war Folge zweckmäßiger Verabredungen der Bundesstädte, und so wurde auch Einbeck in demselben Jahre aus großen, von einem zusammengegrafften Kriessgesindel befürchteten Gefahren errettet. H. Wilhelm von Sachsen hatte, durch Händel mit seinem Bruder, dem Kurfürsten Friedrich von Sachsen, veranlaßt, ein Heer in damaliger Weise zusammengebracht und besonders durch Böhmen verstärkt. Die Händel wurden beigelegt, das kriegs- und beutelustige Gesindel aber zu entlassen oder seinen Anforderungen zu genügen, war schwere und gefährliche Aufgabe. Die zusammengegrafften Haufen sollen ein Heer von 30000 Mann gebildet haben, das pochend und raubend Thüringen durchstreifte und mit Freuden dem Kurfürsten von Köln zugeführt wurde, als dieser den Herzog um Hilfe gegen die Stadt Soest bat. Auf seinem Durchzuge ängstigte es zunächst Göttingen, wurde dann vom H. Wilhelm von Braunschweig aufgefordert, für ihn die Bundesfestung Einbeck beiläufig zu erobern, und war man auch schon daran, die Stadt in Brand zu stecken, als dies die Vermittelung einiger befreundeter Städte und Herren noch zeitig genug verhinderte. Zwar mußten gegen 15000 Gulden geopfert werden, die Stadt wurde jedoch der Vernichtung entzogen, der sie durch einen welfischen Herrn preisgegeben war. Im Jahre 1448 standen Braunschweig, Nordheim und Göttingen mit vor dem Schlosse Grubenhagen, von wo aus die Gegend unsicher gemacht und Vieh geraubt war. — Früher (1439) waren Magdeburg, Halberstadt und Halle vertragsmäßig bemüht, die Streitigkeiten zwischen Braunschweig und Rineburg beizulegen.

6. Daß die Städte in der Mitte des 15. Jahrhunderts den Höchepunct ihrer Macht und ihres Einflusses erreichten, lag eben so sehr in der inneren, staatsgemäß abgeschlossenen Verfassung derselben, als in der immer noch fortgesetzten grundherrlichen und Feudalwirthschaft, die weder Macht- noch Staatsentwicklung, wie sie, um der Selbsthülfe Einhalt zu thun, erforderlich gewesen sein würde, zuließ. Einem wirklichen Staatsleben, das nur auf eine, für alle Zweige der Staatsverwaltung verliehene, aber auch gegen Uebergriffe geschützte Macht sich stützen kann, mußten die entsprechenden Opfer gebracht werden; welche Mittel aber hatten jetzt die Fürsten, um ihre Macht und eine Staatsverwaltung zu entwickeln, wenn sie dies auch schon verstanden und gewollt hätten!

Als H. Heinrich der Friedsame von Braunschweig, dessen guter Wille, die Gesamtheit seiner Territorialbewohner zu schützen, aus manchen Verfügungen hervorleuchtet, die Stände um Hülfe ansprach, wurden ihm eine Anzahl Rühle (127 Stück) und 254 Scheffel Hafer (1 Scheffel gleich 12 Hinten), auch Dienste für seinen Haushalt bewilligt (1436). Die Bewilligungen hatten noch die Natur erhöhter Dominialgefälle, ganz den von den Fürsten so sehr gehegten und von den Ständen gern anerkannten grundherrlichen Prinzipien gemäß. Diese nützten dasselbe für sich aus, wiesen die erhöhten Gefälle auf Unterthanen an, die bei den öffentlichen Verhandlungen nicht vertreten waren, und legten sie noch dazu auf bis dahin meistens frei gewesene Gemeinden. Mit solchen erhöhten Gaben, wenn man sie auch bald in Gelde abführen ließ, war wenig auszurichten; sie halfen der Dürftigkeit der Fürsten nicht ab; diese führte vielmehr zu Anträgen und Unternehmungen, die mehr noch Widerstand erregten und das Mißtrauen weckten. Welfische Fürsten erlangten 1442 die kaiserliche Genehmigung, daß alle von ihnen und ihren Vorfahren, wenn auch unkundlich, gegebenen, aber dem Staate schädlichen Verheißungen nichtig sein, auch verpfändete Schlösser ohne Weiteres zurückgenommen werden sollten. Dazu ermächtigte der schläfrige R. Friedrich III., der übrigens so bereit war, Privilegien zu geben und zu bestätigen, und durch dergleichen Begünstigungen nur mehr noch gegen die Fürsten aufreizte. Man wußte in jenen Zeiten nur zu gut, wie solche Ansuchen auszulegen waren; daß man den Staat nur noch vorschützte, um Hülfe zu willkürlichen Verwendungen zu erlangen.

Wie groß Geldverlegenheiten der fürstlichen Häuser damals waren, beweisen manche, an sich geringfügig scheinende, aber doch bezeichnende Vorgänge.

Die Herzogin Margarethe, Tochter des Landgrafen von Hessen und Mutter H. Heinrich des Friedsamen von Braunschweig, hatte gegen ein mäßiges Darlehn einem Hildesheimer Bürger ihre Kleinodien verpfändet; der Rath der Stadt Braunschweig mußte die Verpflichtung übernehmen, entweder für die Einlösung zu sorgen oder 1000 Gulden zu zahlen (1433). So wurde auch für 100 Gulden, die der Herzogin

Elisabeth, aus dem Geschlechte der Grafen von Eberstein, gegen Verpfändung zwei vergoldeter „Koppe“ und zweier Ringe vorgeliehen waren, besonders noch Bürgerschaft geleistet. H. Bernhard selbst mußte 1431 die Stadt Braunschweig um ein Darlehn von 200 rhein. Fl. bitten.

Bei der Hilflosigkeit, in welche die Fürsten durch Theilungen und die so theuren Kaufs beschaffte Kriegshülfe sich versetzt hatten, mußten sie bei den Städten suchen, was sie diesen zu vermitteln sich hätten berufen fühlen sollen. Als die Zwistigkeiten wegen der 1428 abermals im welfischen Hause geschehenen Theilung noch fort dauerten, traten 1429 die Städte Braunschweig, Lüneburg und Hannover in Berathung, wie die Einigkeit zwischen den Fürsten wieder hergestellt werden könne; sie brachten auch die einstweilige Einstellung der Fehde zu Stande (1429). Dann mischte sich der Kaiser in den Streit: erst durch eine Aufforderung an Prälaten, Ritterschaft und Städte, noch keine schiedsrichterliche Entscheidung vermitteln zu wollen, dann durch den Befehl an Bürgermeister und Rath der Städte Braunschweig, Lüneburg, Hildesheim, Hannover und Göttingen, wonach diese durch ihre Räte dem H. Bernhard zur Beilegung seiner Streitigkeiten behülflich sein sollten (1430). Endlich wurde von den Prälaten, der Ritterschaft und den Städten ein Schiedsgericht gewählt, vor welchem die fürstlichen Räte erscheinen mußten, und das den Landgrafen von Hessen zum Obmanne erhielt. — So äußerten sich damals die Folgen des Mangels eines unabhängigen Reichsgerichts, die in der nachfolgenden Zeit, wenn auch in anderer Weise, sich immer wieder kund gegeben haben.

7. Zwar standen die Sassenstädte als unter sich Verbündete seit 1426 in Vertragsverhältnissen zu der Hanse und besonders den wendischen Städten, allein auch diese waren in Kämpfe und beschwerliche Verhandlungen verwickelt, die eine Bethheiligung derselben bei den Händeln der Sassenstädte verhinderten. Die 1426 vom K. Erich von Dänemark befehdeten Herzoge von Schleswig und Grafen von Holstein sprachen Lübeck um Hülfe an. Die Friedensverhandlungen zu Hadersleben waren zwar erfolglos, doch lag den Seestädten daran, daß Dänemark nicht mit Willkühr über deutsche Länder herrschen möchte. Die Städte Lübeck, Hamburg, Stralsund, Rostock, Wismar und Lüneburg verhiessen Beistand. Sie rüsteten eine Flotte von mehr als 100 Schiffen aus, besetzten sie mit 6000 Mann, und übersandten dem Könige den Absagebrief. Die Flotte, von Lübecker Rathsherren befehligt, wurde längere Zeit von widrigen Winden zurück gehalten, 1427 erfocht sie aber einen Sieg über die Dänen und nahm denselben mehrere Schiffe, nachdem sie vorher den Angriff auf dänische Inseln und die Blindung derselben unterstützt hatte. Zwar erlitt das Geschwader durch das Verschulden eines ihrer Anführer große Verluste, doch fielen Lübecker, Hamburger und Lüneburger in Verbindung mit mehreren Grafen und Herren in Jütland ein, und die Folge war, daß der König sich zu Unterhandlungen bequemen und nach vielen Winkelzügen 1435 Frieden schließen mußte.

Unruhen in Schweden und der Hülfseruf R. Erichs setzten zwar schon im folgenden Jahre die Seestädte wieder in Bewegung, die Angelegenheit wurde aber in Güte erledigt, und die Städte konnten 1437 wieder freier handeln, als ihre Privilegien in England geschildert werden sollten. Mit Mühe war das Fortbestehen alter Verhältnisse vermittelt, als 1438 sich Streitigkeiten mit Holland entspannen, in deren Gefolge 23 meistens den preussischen Städten angehörige Schiffe gekapert wurden. Dazu kam 1439 die Entsetzung R. Erichs von Schweden und der Kampf mit seinem Nachfolger, R. Christoph, für welchen sich die Seestädte theiligten. Erich suchte, um seinen Nachfolger wieder zu verdrängen, die Hülfe der Holländer gegen die Städte. Diese rüsteten eine Flotte aus, nahmen holländische Schiffe und zwei von Erichs Festen, wodurch dieses Pläne vereitelt wurden. Doch waren auch von der Landseite her den Seestädten nahe Gefahren zu beseitigen. Ein von Nizgora trieb sich 1445 mit einer Bande von 600 Mann in den der Ostsee nahe gelegenen Gegenden umher und dadurch wurde die thatsächliche Hülfe der Binnenstädte den Seestädten besonders wichtig, da jene zum Landkriege besser gerüstet und eingeübt waren.

8. Nach fast ununterbrochen fortgesetzten Seekriegen und Fehden zwischen Weser und Elbe traten die Städte Braunschweig, Magdeburg, Halle, Halberstadt, Quedlinburg, Aschersleben, Hildesheim, Göttingen, Hannover, Einbeck, Hameln, Nordheim und Helmstedt am Dienstage nach Thomä [23. December] 1450 zur Erneuerung ihres Bündnisses und zu der erforderlich gefundenen Erweiterung und Veränderung der alten Vertragsbestimmungen zusammen. Zuvor geschieht in der Urkunde vom erwähnten Jahre und Tage des Verhältnisses Erwähnung, in welchem der Bund der Sassenstädte zur Hanse steht. Es heißt: daß auf dem Konvente zu Lübeck, am Tage S. Thomä, ein Meceß errichtet sei, nach welchem zwischen dem Bunde der Sassenstädte an einem, und den Städten Lübeck und Cöln, auch den in den dritten Theil gehörigen Hansestädten, am andern Theile, Folgendes verabredet worden: Die Hansestädte des dritten Theils sollen in den Bund der Sassenstädte mit eingeschlossen sein und gegen leichtfertige Gefellen und Verunrechtung geschützt werden. Die Sassenstädte werden dagegen alle als Hansegenossen bezeichnet, Braunschweig und Magdeburg aber Häuptlinge des Bundes der Sassenstädte genannt. Sie sollen, wenn eine der Städte in Noth gerathen würde, zusammentreten und darüber berathen, inwieweit eine Zusammenkunft mit anderen Städten erforderlich sein möchte und welche Maßregeln zu ergreifen wären. Es wurde das Verhältniß festgestellt, nach welchem die verschiedenen Theilgenommenen Hülfe zu leisten hatten: Magdeburg 12, Braunschweig 12, Hildesheim 8, Göttingen 8, Halberstadt 6, Quedlinburg 6, Aschersleben 3, Einbeck 6, Hannover 5, Hameln 3, Helmstedt 3, Nordheim 2.

Obwohl die Städte des dritten Theils der Hanse — die wendischen — Theilnehmer des Bundes der Sassenstädte geworden waren,

so sind sie doch noch nicht in die Matrikel mit aufgenommen, die auch nur in einer Zusammenkunft mit ihnen auf sie erstreckt werden konnte.

Uebrigens sind manche ältere Verabredungen wiederholt. Auf jeden Gewaffneten sollen drei Pferde gerechnet, im Falle einer Fehde aber sollen von den Häuptlingen die nächsten Städte berufen werden, und, was mit diesen beschlossenen wird, für die anderen Bundesstädte verbindlich sein. Die Hülfsmannschaft soll bis zur besetzten Stadt kostenfrei gestellt, in dieser aber mit Kost, Heu, Hafer und Hufschlag unterstützt werden. Jede Bundesstadt soll den Sold ihrer Mannschaft und den durch Gefangenschaft und Verlust an Pferden erlittenen Schaden selbst übertragen. Was gewonnen wird, soll allen zu Gute kommen und nach der Mannzahl — zwei Fußknechte auf einen Reiter gerechnet — vertheilt werden, doch sollen die eroberten Städte und Schlösser der beschädigten Stadt verbleiben, so daß sie den anderen darauf zu verabreichen hat, was die nächsten Hansestädte bestimmen. Zu entfernte Städte sollen zu Geldbeiträgen, für jeden zu stellenden Gewaffneten monatlich mit 4 rhein. Gulden, verpflichtet sein, die nächsten Städte aber darüber verbindenden Beschluß fassen, inwiefern umfassendere Hülfe mit Geräth, Lebensmitteln und Mannschaft erforderlich wird. Dann soll die volle Hülfe geleistet werden, wenn eine Stadt von auswärtigen Herren angegriffen werden würde. Keine der Städte soll für sich Frieden schließen, die Bundesstadt aber, welche den Vertrag nicht erfüllen würde, soll 5 Mark Goldes, zur Hälfte der besetzten Stadt, zur andern Hälfte dem dritten Theile (der Hanse) zur Strafe zahlen; auch sollen die Bürger einer Stadt, welche Zahlung zu leisten sich geweigert, in allen übrigen Bundesstädten angehalten und solchen die Theilnahme an hanseatischen Rechten versagt werden. Der Vertrag ist auf sechs Jahre abgeschlossen, doch wollen die Abgeordneten der Städte ein halbes Jahr vor dem Ablaufe der Zeit zusammen kommen, um über die Fortsetzung der Uebereinkunft zu berathen.

Die zu Lübeck genommene Abrede bezweckte den Schutz auch der wendischen Städte gegen Verraubung auf den Landstraßen, wie er in Verbindung mit den Sassenstädten am leichtesten zu erreichen war. Diesen war zwanzig Jahre früher von den Städten, welche auch Hansegenossen waren, die Aufnahme in das hanseatische Kaufmannsrecht vermittelt, die Vororte des Bundes der Sassenstädte gestanden dagegen als Vermittler zwischen beiden Bünden auf dem Konvente in Lübeck die Hülfe besonders noch zu, an welcher jetzt vorzüglich gelegen war. Aus diesem und dem früheren Vertrage ergibt sich, wie die Vororte des Bundes der Sassenstädte auch Vorstände eines hanseatischen Quartiers wurden, wie viele auch geringere Städte und Stationsorte der Sassenstädte in die Hanse gelangten, und wie in der Folge lange noch manche Städte unter den Hansegenossen aufgeführt worden, die, weil sie aus dem Bunde der Sassenstädte gezogen waren, längst auch nicht mehr zu den Hansegenossen sich zählten, wie unten weiter erörtert werden wird.

9. Der Bund der Sassenstädte lief als in sich abgeschlossene Einigung fort, und verhandelte auch in dieser Stellung mit der Hanse. Schon der nächste Bundesvertrag erwähnt aber der Verhältnisse zur Hanse nicht, obwohl diese fortbestanden.

Am Freitage nach dem Sontage Cantate [27. April] 1459 erneuerten ihr Bündniß die Sassenstädte Goslar, Magdeburg, Braunschweig, Halle, Hildesheim, Göttingen, Hannover, Einbeck, Hameln und Nordheim, auch traten hinzu Stendal und Tangermünde. Beide letzteren Orte waren wegen ihrer Industrie und der da hindurchlaufenden Straßen wichtig. Tangermünde war schon 1457 Eigenthümerin einer daselbst über die Elbe führenden Fähre. Die Stadt hatte ein festes Schloß und war seit 1478 in dem Besitze der Gerichtbarkeit. Sie wurde daher in den Bund gern mit aufgenommen.

In dem erneuerten Vertrage sind ältere bekannte Bedingungen enthalten, doch geschieht des Verlustes der hanseischen Rechte nicht weiter Erwähnung. Die Städte Braunschweig und Magdeburg werden wieder als „Häuptlinge“ bezeichnet, auch ist die frühere Matrifel eingeschaltet, in welcher Stendal mit 9, Tangermünde mit 5 Gewaffneten in Ansatz gebracht sind. In demselben Jahre, Montags nach Egidii [3. September], erklärten auch Halberstadt, Quedlinburg und Alfersleben ihren Beitritt zu dem Vertrage; und wie die Zeitverhältnisse festes Zusammenwirken der Städte gebieterisch forderten, mögen einzelne Vorgänge zeigen.

10. Von des H. Wilhelm des älteren von Braunschweig († 1482) beiden Söhnen, Wilhelm dem jüngern († 1503) und Friedrich († 1495) führte der letztere sehr bezeichnend den Beinamen des Unruhigen, weil er, wo es im Reiche Unruhen und Unordnungen gab, zu finden war. 1462 hatte er seinen Sitz im Schlosse Morungen. Von hier aus überfiel er zwischen Nordheim und Nörten einen Waarenzug, bei welchem Kaufleute aus Köln, Lübeck, Frankfurt und Braunschweig theilhaftig waren. Die geraubten Gegenstände hatten nach der Schätzung den Werth von 2700 Goldgulden; außer dem aber hatte der Fürst im Stifte Hildesheim, besonders gegen die von Steinberg und von Bortfeld, Gewaltthaten begangen und des Stifts Mannen in der Herrschaft Homburg hart bedrängt. Er wurde angeklagt, auch übrigens die Straßen unsicher gemacht, Kaufleute und Wanderer beraubt zu haben. Es traten daher gegen ihn die Bundesstädte Goslar, Magdeburg, Braunschweig, Halle, Halberstadt, Quedlinburg, Alfersleben, Hildesheim, Göttingen, Hannover, Einbeck, Hameln und Nordheim in Verbindung mit dem Bischofe von Hildesheim unter die Waffen. Das Bündniß wurde durch zahlreiche Ritter verstärkt, denn es galt nicht allein den Fürsten von seinen Unthaten abzuhalten, sondern auch gegen den Anhang gerüstet zu sein, den er in jenen Zeiten leicht erlangen konnte. Die Verbündeten wollten nebenbei auch Eroberungen machen; daß sie darüber mit andern Fürsten in Handel gerathen würden, war vorherzusehen.

Bedingung des Vertrags war, daß, was gewonnen würde, so getheilt werden solle, daß die eine Hälfte die Städte, die andere der Bischof erhielt. Behuf dieser Theilung und auch der Truppenverpflegung war eine Deputation gebildet; um indeß nicht selbst des Friedebruchs beschuldigt zu werden, ließ man einen Aufruf zur Aufrechthaltung des Landfriedens ergehen, dem selbst H. Bernhard von Lüneburg folgen zu wollen versicherte. H. Friedrich versuchte seine Gewaltthaten vor dem Kaiser zu entschuldigen, die Städte aber widerlegten seine Anführungen (1462), wohl nur aus dem angeführten Grunde; denn wie ein Bannbrief oder die kaiserliche Acht nur zu Veräuerungen benutzt wurden, gab sich in dem Verfahren gegen H. Friedrich und im Zusammenhange damit gegen die Stadt Lüneburg kund.

Diese waren mit den Prälaten, welche Antheil an den Lüneburger Salzwerken hatten, über die Zuschüsse, welche sie zu den Kosten des Betriebes zu zahlen hatten und deren sie sich weigerten, in Streit gerathen. Gültliche Unterhandlungen führten nicht zum Ziele. Die Angelegenheit wurde daher nach Rom gebracht, und der Papst kam den Prälaten mit dem gegen Lüneburg verhängten Banne zur Hülfe (1458). Ueber die Gräuel, welche im Gefolge der dem H. Wilhelm dem ältern von Braunschweig übertragenen Execution in den welfischen Landen verübt worden, geben die Chronikisten jener Zeit Auskunft. Ich deute den Vorgang hier nur an, weil die Nöthigung der Stadt Lüneburg dem H. Friedrich den Vorwand lief, Waarenzüge zu veräuern und die Reichsstraßen überall unsicher zu machen.

Als die so veranlaßte Fehde, wie damals üblich war, mit Verheerungen, Brand und Mord den Anfang genommen hatte, vermittelte H. Wilhelm der ältere den Nevers seines Sohnes, wonach er die Straßen nicht ferner verlegen, keine Straßenräuber und Mordbrenner hegen, auch einen mit dem Bischofe von Hildesheim abgefondert geschlossenen Vertrag halten wollte. Die gegen Friedrich angebrachten Beschwerden sollten von Schiedsrichtern untersucht und entschieden werden, bis dahin aber, daß dies geschehen würde, das Schloß Moringen dem Rathe der Stadt Braunschweig überantwortet bleiben (1462).

Wie Uebergriffe von allen Seiten her dieser wüsten Zeit vorzugsweise eigen waren, so ließ auch die Stadt Braunschweig sich Moringen huldigen, und dieser Umstand veranlaßte wahrscheinlich, daß H. Wilhelm seinem Sohne Beistand leistete und der Krieg unter Morden und Brennen bis 1467 dauerte. In diesem Jahre am Freitage nach Lichtmess [3. Februar] kam unter der Vermittelung des Erzbischofs von Magdeburg und des Markgrafen Friedrich von Brandenburg, im Beisein und unter Mitwirkung vieler Herren und Grafen, auch Abgeordneter aus Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen, welche für die theilhaftigen Städte handelten, ein Friedensvertrag zu Quedlinburg zu Stande. Die Städte brachten danach, um endlich wieder gesicherte Straßen zu erhalten, bedeutende Geldopfer. Dem H. Wilhelm wurden 6000 Goldgulden dargereicht, die wechselseitig



erlittenen Beschädigungen aber, insoweit nicht den Fürsten Zahlung geleistet war, gegen einander aufgehoben. Bei der Zusicherung, die in Beziehung auf Sicherstellung der Handelsstraßen gegeben worden, war vorbehalten, daß nicht kaiserliche und päpstliche Befehle entgegen ständen. Das war es auch, was solchen Befehlen noch Beachtung verschaffte: die Aussicht unter Freibriefen rauben und plündern zu können. In diesem Sinne wurde in dem Vertrage noch bestimmt, daß Gegenstände, welche der Vermuthung nach Geächteten gehörten, bis zu einer rechtlichen Erörterung und Entscheidung nur in Verwahrung genommen werden sollten. Es würde hier zu weit führen, ein Verzeichniß aller der Plünderungen, Brandstiftungen und Mordthaten einzuschalten, welche in dem Vertrage wechselseitige Beschädigungen genannt werden. Kleinere Städte und Dorfschaften wurden verbrannt, die nicht erschlagenen Einwohner an den Bettelstab gebracht; von dem, was ihnen, die bei der Fehde nicht theilhaftig waren, geraubt und vernichtet worden, ist nicht weiter die Rede; das Geld dafür strichen die Herren ein.

Der Urheber alles dieses Ungemachs, H. Friedrich, der der Reversalen und Verträge ungeachtet zu befehlen fortfuhr, mußte endlich unter Bezugnahme auf eine Gemüthskrankheit desselben in Gefangenschaft gebracht werden, worin er auch (1495) starb.

11. Gleichzeitig sah man sich auch durch die so lange schon bekämpften Uebergriffe der westphälischen Stillgerichte bedrängt. Hier will ich nur ein Beispiel anführen, welche Wege man zu verfolgen hatte, um entschieden ganz unbefugter Richter sich zu erwehren. Vom Kaiser war der Stadt Braunschweig noch 1415 ein *privilegium de non evocando* ertheilt. Danach wurde von ihm auch ein *Executor* des Privilegiums, ein Beschützer des Rechts, welches keiner bevorrechtenden Urkunde, wenn der Kaiser seine Autorität hätte geltend machen können, bedurft hätte, eingesetzt. 1464 war Graf Ulrich von Regenstein *Executor*; er erhielt nur den Beweis, daß, wer selbst keine Macht hat, auch andere nicht mit Erfolg ermächtigen kann. Der Graf verurtheilte sechs Freigrafen zu Craassenstein und zwei Gebrüder Meinhardeffen, diese weil sie Bürger der Stadt Braunschweig vor dem Freistuhle angeklagt, jene weil sie vorgeladen, alle aber, weil sie auf die Ladung des Grafen zu Blankenburg sich nicht gestellt hatten, als der Acht Verfallene. Er hatte ihnen eine Strafe von 50 Mark Goldes auferlegt, und gebot nun den Erzbischöfen und Bischöfen von Köln, Münster, Paderborn, Osnabrück und Minden, dem H. von Berg, den Herren von der Lippe, auch den Stuhlherren, Freigrafen und Schöffen zu Dortmund und Arnberg, den Geächteten, bei einer Strafe von 10 Mark feinen Goldes, keinen Vorschub zu leisten. — Der Graf wurde nur an die alte Fabel vom Herrn erinnert, der zahlreiche Helfer, einen nach dem andern, fruchtlos sendet.

12. Die Städte erhielten der thatsächlichen Mahnungen so viele, daß sie ihr Bündniß allen anderen Verträgen und Friedensschlüssen vorzogen. Am Mittwoch nach Vitus [19. Juni] 1471 erneuerten

netere Staatsverhältnisse gewonnen werden konnten, hatte indeß in anderer Hinsicht wichtige gedeihliche Folgen.

Man fing im 14. Jahrhundert an Archive zu ordnen, während man vorher die einzelnen Urkunden und Aufzeichnungen in Briefkästen, die gewöhnlich in den Gehrhäusern — den Sacristeien der Kirchen — niedergelegt wurden, verwahrte. Für einzelne Zweige der Verwaltung wurden Secretäre angenommen, die, was ihnen übertragen war, als abgesonderten Theil des Ganzen zu behandeln und in den ihnen anvertrauten Büchern zu registriren hatten. Man führte gesonderte Bände über die allgemeinen Angelegenheiten und täglich vorkommenden Handel, die, wo sie noch auf unsere Zeit gekommen sind, besondere Berücksichtigung verdienen. Sie enthalten wichtige Beiträge zu der Kulturgeschichte: über Verträge mit auswärtigen Staaten und Städten, im Auslande erlangte Privilegien, den Gebrauch des Feuergewehrs, die älteren Kriegsinstrumente, die Aushebungen zum Kriegsdienste, die angeordneten Deputationen etc. Es sind dies Degebings-Bücher, in welchen man in der Kürze anmerkte, was man im Gedächtnisse behalten wollte. Das erste solcher für die Stadt Braunschweig angeordneten Gedebtsbücher hebt um das Jahr 1340 an, und ist auch das älteste der auf Papier geschriebenen Bücher. Als Grundlage für die Rechtspflege trennte man, obwohl in unvollkommener Weise, die Polizeigesetze von dem alten Stadtrecht, legte gesonderte Testamentenbücher, Bände zur Eintragung der Urkunden über Rentenkaufe, Urtheilsbücher an, und fügte, z. B. in Braunschweig, den öffentlichen Documenten, bei welchen die Stadt als Corporation theilhaftig war, am Rande das Zeichen einer Hand bei. Man ließ in besondern Bänden die Urtheile und Rechtsgutachten verzeichnen, welche den Stadtbehörden vorzüglich wichtig waren, oder welche diese auf Anfordern anderer Magistrate mitgetheilt hatten (*libri Consulum*), auch sammelte man in Urkundenbüchern alle die Diplome, welche auf Güter und Gerechtsame der gesamten Stadt sich bezogen. So trennte man im 14. Jahrhundert in Braunschweig. Es findet sich aber ein ähnliches Verfahren auch in anderen Städten, und ist hier zu wiederholen, daß dieselben in allen ihren inneren Einrichtungen Uebereinstimmung zu begründen und zu erhalten suchten. Die Anlegung von Acten kam erst am Ende des 14. Jahrhunderts, als das Papier wohlfeiler wurde, in Gebrauch, und muß ich hier in Beziehung auf die Beweiskraft der Urkundenbücher, wozu man meistens noch Pergament benutzte, bemerken, daß man sie nicht den gewöhnlichen Kopialbüchern gleich setzen darf. In Braunschweig war statutarisch festgesetzt, daß die Urkunde nur wie sie den Büchern einverleibt worden Kraft haben solle, und daß unterschrieben sei, die Urschrift den Büchern anzuhängen. Diesen war gewöhnlich eine Ueberschrift gegeben, die den Zweck der Einrichtung des Buchs und für welche Art von Documenten es bestimmt ist, klar andeuten. Man bedurfte dabei der Beglaubigung durch ein Siegel, wie sie übrigens üblich war, nicht.

Braunschweig, Magdeburg (die wieder als Häuptlinge bezeichnet werden), Halle, Hildesheim, Göttingen, Halberstadt, Stendal, Einbeck, Nordheim und Helmstedt den alten Bund. Wenn auch bei dem Abschlusse solcher Verträge die Sendboten der einen oder andern Stadt, besonders entfernt belegener Städte, fehlten, so scheint dies doch nicht den Mangel an Betheiligung zu beweisen. Auch die Hanseaten nehmen es so, und beweiset die Hülfe, welche von nicht genannten Städten dennoch und wie sie in den Verträgen vereinbart war, geleistet ward, daß sie der Vertragsbestimmungen eingedenk waren. Den alten Bedingungen ist in dem erneuerten Vertrage hinzugefügt, daß Braunschweig und Magdeburg über die Zahl der zu stellenden Mannschaft und den Betrag der Geldzuschüsse zu entscheiden haben. Wenn Fürsten und andere, wie das Beispiel in den Böhmen vorliege, einige der Städte oder deren Befreundete angreifen würden, so sollen die Städte 600 rüstige Reiter und 600 Trabanten oder Schützen zu Fuß stellen. Jede der Städte solle sich befestigen mit Mauern, Gräben, Thürmen und Zwingern. Der Vertrag ist auf sechs Jahre unter der Bestimmung geschlossen, daß man vor Ablauf der Zeit sich wieder versammeln will. Die Matrifel ist mit der vom Jahre 1460 übereinstimmend, doch ist auch Goslar, welche Stadt im Vertrage als Theilnehmer nicht genannt ist, in der Matrifel mit 5 Gewaffneten in Ansatz gebracht.

### III.

1. Die Macht, zu welcher die Sassenstädte bis in die letzten Decennien des 15. Jahrhunderts sich erhoben hatten, war in der Zerrüttung des Reichs gewonnen und zur Nothwehr gegen die Folgen davon, gelegentlich auch zu kühnen Uebergriffen benützt. In dem betretenen Wege konnte ein festes, die zahlreichen Territorien, in welche das Reich zerfallen war, umschlingendes und Einheit des Reichsstaats förderndes Band nicht gewonnen werden. Die Fürsten sahen nicht ein, was sie den Städten zuzugestehen hatten und ohne Bedenken zugestehen konnten, um sie wegen ihrer gefährdeten Handels- und gewerblichen Interessen sicher zu stellen und zu beruhigen, die Städte aber gaben wohl das Beispiel, wie eine kräftige Gemeindeverfassung zu ordnen sei, diese indeß durch Grundverträge einer Staatsverfassung anzuschließen, lag in den Absichten weder der Fürsten noch der Städte, und konnte auch nicht erreicht werden, weil der Reichsstaat keine Garantien darbot. Das römische Recht mit seinen despotischen Staatsrechtslehren und seinen auf deutschen Universitäten gebildeten Auslegern war auch nicht geeignet, Stadtgemeinden einem geordneten Staatsverbande einzureihen und dabei die territorialherr-

liche Gewalt insoweit zu begrenzen, als dies erforderlich wurde, um die Handelsstädte in ihrem Wesen zu erhalten und sie wegen ihrer Interessen zu beruhigen. Wäre auch in einem der Territorien die Ordnung geschaffen, um städtischen Interessen und den damit schon enge verbundenen Ansprüchen, auch der Landbebauer, zu genügen, war mehr erforderlich. Es bedurfte einer auf alle Territorien sich erstreckenden Handelspolizei: der Wege-, Zoll-, Geleits-, Münzordnung u. Die Städte hatten sich mit Waffengewalt hindurchschlagen oder in Verträgen sich Hülfe suchen müssen; alles dieses durch bindende Gesetze zu ersetzen, war am wenigsten von einem R. Friedrich III. zu erwarten. So bestand zwar die Zeit der Selbsthülfe fort, doch mußte den Städten schon einleuchtend werden, daß ihre Gewaltmaßregeln bald nicht mehr ausreichend sein würden. Die zahlreichen geistlichen Herren, mit welchen die Sassenstädte zu thun hatten, mußten mehr und mehr sich kräftige Hülfe zu verschaffen. Die Domkapitel, die längst aus müßigen Pfründnern zusammengesetzt waren und dennoch ein reiches Einkommen zu hüten hatten, wählten ihre Bischöfe aus mächtigeren Fürstenhäusern. Der Kapitel selbst hatten nur Mitglieder streitbarer Familien sich bemächtigt, die wohl berechneten, was die Pfründen ihnen und ihren Nachkommen waren. Die Fürsten traten in engere Verbindungen mit einander und fingen an, ihre persönlichen und Hausinteressen mehr zu würdigen, wie wenig sie auch noch Staatsinteressen erwogen; doch wurden die der rohen Kämpfe müde, welche noch zu verlieren und Eigenthum zu schützen hatten. Die Städte waren schon längst nicht mehr durch den Gebrauch des Feuergewehrs vorzugsweise begünstigt, und auch die Fürsten fingen an, die eigentlich schon untergegangene Ritterkaste und den Lehnsdienst durch Fußvolk zu ersetzen, das sie aus den Landleuten und den in ihrer Gewalt befindlichen Städten zogen oder auch ernietheten.

Unter solchen Verhältnissen wurde ein letzter ernstlicher Versuch gemacht, den Landfrieden, jedoch nur in der alten, so oft fruchtlos versuchten Weise zu erzwingen und wenigstens einen Theil der zwischen Weser und Elbe belegenen Lande unter eine sichernde vertragsmäßige Ordnung zu stellen. Die Vorgänge im oberen Deutschland mochten dazu mitwirken; wenigstens treffen die Anstrengungen im nördlichen Deutschland mit den Siegen der Schweizer im Jahre 1476 zusammen, denen eine Reihe fruchtloser, den Landfrieden angeblich bezweckender Verträge vorher ging, die endlich nur den Beweis lieferten, daß der gute Wille mangelte. Es muß hier in der Kürze zuvor der Treulosigkeiten Erwähnung geschehen, die auch das obere Deutschland endlich überzeugten, daß dem Staatsleben eine andere als die bisher versuchte Grundlage gegeben werden müsse.

2. Die Städte im oberen Deutschland befanden sich insoweit in noch mißlicherer Lage, als österreichische Fürsten hier unmittelbarer theilhaftig waren und Kaiser dieses Stammes hier häufiger Veranlassung fanden, ihr Hausinteresse auch mittelst kaiserlicher Gewalt zu

fördern. Das 15. Jahrhundert bot der traurigen Erfahrungen, der eigennützigen, verrätherischen Verhandlungen noch in reichlicherem Maße, als es schon im 14ten der Fall gewesen war.

Während die mächtigeren Fürsten den Städten das Recht der Einigung streitig machten, stellten diese den Grundsatz auf, zu Bündnissen selbst gegen den Kaiser berechtigt zu sein, wenn derselbe seinen Herrscherpflichten ungetreu werde. Strengere Kaiser, wie nach Wenzels Entsetzung Ruprecht von der Pfalz (1400—1410), führten indeß Fürsten und Städte wieder zu vereinten Kraftanstrengungen zusammen. Schon vor Ruprechts Wahl war Graf Eberhard von Württemberg mit mehreren schwäbischen Städten im Bunde. Unter Vermittelung des Kurfürsten von Mainz verstärkte sich dies Bündniß zu Marbach (1405) durch den Beitritt des Markgrafen von Baden, 17 schwäbischer Städte und Straßburgs. Bemühungen des Kaisers, die Bundesgenossen zu trennen, blieben fruchtlos.

Die Verheerungen der Hussiten in Sachsen und Meissen machten zu umfassenderen, gegen den gefährlichen Feind zu ergreifenden Maßregeln geneigt. Zu Nürnberg entwarfen 1431 sechs Deputirte der Fürsten mit eben so vielen Abgeordneten der Städte die Grundlage zu einem Landfrieden. Die Fehden sollten bis zur glücklichen Ausföhrung eines Zuges gegen die Hussiten eingestellt werden; der Zug aber endete schimpflich, und die Abrede war ohne Erfolg.

Der thätige und umsichtige K. Albrecht II. (1438—1439) beabsichtigte behuf allgemeineren Landfriedens eine Kreiseintheilung und die Einsetzung von Hauptleuten für die verschiedenen Kreise, allein die Befürchtung der Städte, daß ihre Freiheiten von den mächtigeren Fürsten gefährdet werden würden, verhinderte die Ausführung. Der auf dem Reichstage zu Nürnberg 1438 gemachte Vorschlag, die Städte nach Landesbezirken zu einander zu ordnen und ihnen einen unmittelbaren Gerichtsstand zuzugestehen, fand gleichfalls Widerstand, weil die Städte danach keine abgesonderte Partei bilden sollten, auch die Kurfürsten den unmittelbaren Gerichtsstand nicht einräumen wollten; der frühe Tode des begabteren Kaisers hemmte seine Pläne.

Sein Nachfolger Friedrich III. (1440—1493) erneuerte und verschärfte zwar die Fehdegesetze, gab aber bald zu dem äußersten Mißtrauen und zu neuen Spaltungen selbst die Veranlassung. Den Schweizer Eidgenossen versagte er die Bestätigung ihrer Rechte, wie er sie anderen gewährt hatte. Er forderte die seinem Hause angehörig gewesenen Herrschaften zurück, die theils von seiner Botmäßigkeit sich losgekauft, theils von Sigismund schon den Eidgenossen als Reichspfandschaft überlassen waren. Bei den Deutschen konnte er Hülfe gegen die Schweizer nicht erlangen; er zog daher den König von Frankreich, den Herzog von Burgund und selbst den Papst in ein Bündniß. Der Sieg des Dauphins bei S. Jacob 1444 förderte die Sache des Kaisers nicht; die große Tapferkeit der Schweizer schreckte vielmehr zurück; bald stand Frankreich mit ihnen im Bunde. Der Anschluß einzelner deutscher Fürsten und der Ritterschaft vom

S. Georgenschilde an den Kaiser hatte nur schimpfliche und nutzlose Verheerungen im Gefolge. Fast jede der Reichsstädte hatte ihren fürstlichen Widersacher, der sie zur Landstadt herabzudrücken beabsichtigte, und diese Stimmung suchte der Kaiser zu benutzen. 31 schwäbische und fränkische Städte verbanden sich aufs neue. Sie fochten mit wechselndem Glück gegen Albrecht von Brandenburg, Ulrich von Württemberg, Jacob von Baden, den Erzbischof von Mainz und endlich auch gegen Albrecht von Oesterreich; das Ergebniß aber war, daß alle Theile, nachdem 200 Dörfer eingäschert und von den Städten 80000 Gulden aufgewandt waren, sich geschwächt fühlten.

Die Eroberung Constantinopels 1453 weckte endlich den Kaiser aus seiner Sorglosigkeit. Der Reichstag zu Regensburg 1454 hatte zunächst die Verathung über geforderte Hülfe gegen die Türken zum Vorwurfe; übrigens wurde beschlossen, einen Landfrieden fürerst auf fünf Jahre zu errichten. Die Versuche, Reichsstädte zu überwinden, erneuerten sich indeß, und im Gefolge des Angriffs Ludwigs von Baiern auf die Reichsstadt Donauwerth 1458 wurden die Rheinlande, Schwaben und Franken abermals gewissenlos verheert. Ein Bild der Zeit stellt sich in den schnell wechselnden Parteilungen und den dabei vorkommenden Treulosigkeiten, in den zahllosen unfruchtbaren Reichsversammlungen und den Nebenrückichten und Hintergedanken dar, welche den Kaiser, den Papst, die Fürsten und Städte leiteten. Der Ruf nach Hülfe gegen die Türken wurde oft wiederholt, allein eben dabei wird augenscheinlich, wie zerfallen das Reich war, wie wenig darauf gerechnet werden konnte, eine Reichsmacht bei großer Gefahr zu entwickeln, und welche Bedingungen an die Zusage ganz ungenügender Hülfe geknüpft wurden. Der Landfrieden, der jetzt mehr als je Noth that, blieb unter einem Kaiser wie Friedrich III. unerreichbares Gut. Die Städte selbst würden in Beziehung auf Landfriedensverhandlungen für eigennützige Störenfriede gelten, hätten sie nicht die meiste Vorsicht anwenden und Rücksicht nehmen müssen, um den ihnen von allen Seiten her drohenden Gefahren zu entgehen.

Neue Drangsale wurden den schwäbischen Städten dadurch veranlaßt, daß Erzherzog Sigismund, von Rachegefühl und Bedürftigkeit geleitet, Vorderösterreich 1468 für 50000 Gulden an den mächtigen Herzog Karl von Burgund verpfändete. Die umfassenden, gegen die Eidgenossen gerichteten Pläne dieses Fürsten wurden durch den schlauen Ludwig IX. von Frankreich und die Tapferkeit der Schweizer vereitelt. Mit ihnen verbanden sich der König und die von burgundischen Landvögten hartbedrängten vorderösterreichischen Lande. Die Städte daselbst kündigten, durch Ludwig angereizt, die Pfandschaft, und neben andern deutschen Fürsten stand nun auch der Kaiser dem stolzen Herzoge gegenüber. Dieser rückte vor Neuß im Erzstifte Köln, um dem entsetzten Erzbischofe Beistand zu leisten und in der Hoffnung, seine Schutzherrlichkeit auch über das Erzstift erstrecken zu

können. Der Kaiser allirte sich unter Beitritt des Reichs mit Frankreich. Die Reichsstädte mußten ein Viertel ihrer Mannschaft stellen, zu ihnen stieß auch das Kriegsvolk der Sassenstädte Braunschweig, Magdeburg, Halberstadt, Halle, Aschersleben, Quedlinburg, Nordhausen und Mühlhausen, der an sie ergangenen Aufforderung gemäß. Der Herzog ließ Neuß, das eine eifmonatliche Belagerung aushielt, wiederholt vergebens bestürmen, und als das bei Cöln versammelte, auf 50000 Mann geschätzte Reichsheer anrückte, wurden aller Erwartungen auf das schmählischste getäuscht. Der Kaiser schloß den Vergleich, nach welchem er die Entlassung des Heeres zusagte, der Herzog aber die Belagerung und den dem entsetzten Erzbischofe geleisteten Beistand aufgab. Das schimpfliche Benehmen des Kaisers, der seine Bundesgenossen in den Vergleich nicht mit einschloß und namentlich den Herzog von Lothringen und die Schweizer der Rache preisgab, wird dadurch erläutert, daß er wahrscheinlich die Vermählung seines Sohnes Maximilian mit Margarethen, der einzigen Tochter Karls und Erbin der Burgundischen Besitzungen, zur Bedingung eines Vertrages machte, der als ein warnendes Beispiel kaiserlicher Treulosigkeit in den Geschichtsbüchern aufgezeichnet ist.

H. Karl griff nun zunächst den Herzog von Lothringen an, lehnte die Friedensvorschläge der Schweizer ab, wurde aber (2. März 1476) von ihnen angegriffen und geschlagen. Ein zweiter Sieg der Schweizer im Beistande des H. Sigismund von Oesterreich und des H. René von Lothringen (22. Juni 1476) bei Murten konnte den rachsüchtigen Fürsten, trotz wiederholter Friedensvorschläge, nicht zur Nachgiebigkeit bewegen. Zwar säuberte H. René sein Herzogthum, Karl aber verfolgte ihn und belagerte Nancy, wurde von René mit einem meistens aus Deutschen und 8000 Schweizern bestehenden Heere angegriffen, und fand, während das Lager erstürmt wurde, seinen Tod.

3. Der Norden Deutschlands, die welfischen Lande mit ihren Umgebungen, den darin belegenen Städten und dazu gehörigen Ritterschaften insbesondere, waren in ihren öffentlichen Verhältnissen immer schon sich selbst überlassen geblieben; die Kaiser waren hier nicht unmittelbar und als Territorialherren betheiligt. Die Versuche, den Landfrieden herzustellen, beschränkten sich auf den Landesstrich zwischen Weser und Elbe, und wenn auch im südlicheren Deutschland einmal allgemeinere Maßregeln vereinbart wurden, so war doch das alte Sachsenland nicht mit eingeschlossen.

Nach allen den Drangsalen, welche seit einem Jahrhundert in drückendster Weise immer wiederkehrten, boten welfische Fürsten mit ihren Städten und Ritterschaften, dann die Sassenstädte für sich, und diese in Verträgen mit den wendischen und Seestädten alle Mittel auf, um den Räubereien zu steuern, die Selbsthülfe zu unterdrücken und die Hemmnisse zu beseitigen, welche der Begründung geordneter öffentlicher Zustände sich entgegenstellten. Das Jahr 1476 wurde denkwürdig durch drei wichtige Verträge.

Am Tage u. l. Fr. Lichtmessen [2. Februar] 1476 einigten sich der Bischof von Hildesheim, Wilhelm der ältere und seine Söhne Wilhelm der jüngere und Friedrich von Braunschweig, auch Albrecht von Grubenhagen mit ihren Ritterschaften und deren Vertretern, Johann Grafen von Spiegelberg wegen der Homburger Ritterschaft, Gottschalk edlen Herrn von Plesse wegen der Göttinger, Burghard edlen Herrn von Warberg wegen der Braunschweigischen, Eurd von Schwiebold wegen der Hildesheimer, Ritter Knigge wegen der Ritterschaft zwischen Deister und Leine, Herrmann Heher wegen des Herzogs Albrecht Ritterschaft, auch den Städten Goslar, Braunschweig, Hildesheim, Göttingen, Hannover, Einbeck, Hameln, Nordheim und Helmstedt, wegen eines auf 20 Jahre abgeschlossenen, „das gemeinsame Wohl und die Ehre des heil. römischen Reichs“ bezweckenden Landfriedens, unter folgenden näheren Bestimmungen:

Die Betheiligten wollen jedem gewähren was sie von Ehre und Rechts wegen schuldig sind, des Andern Bestes befördern, Schaden von ihm abwenden und nicht mit einander in Feindschaft leben.

Niemandem, der Fehde veranlaßt, soll Hülfe geleistet werden, es sei denn, sie wäre mit aller Zustimmung und Beistande unternommen.

Die Reichsstraßen, der Kaufmann, der Pilger, der Wanderer und Ackersmann sollen des Bundes Schutz genießen, Beschädiger aber sogleich kräftig verfolgt, nicht gehegt, und im Falle sie sich betreten lassen, sogleich angehalten werden.

Bei entstehenden Streitigkeiten sollen Fürsten und Städte ihre Räthe zur Ausgleichung des Zwistes sofort zusammentreten lassen.

Der Kläger soll zu der bestimmten Zeit dem Rathe zu Braunschweig oder dem zu Hildesheim seine Klage einreichen, die dem Beklagten, der zur nächsten Gerichtssitzung zu ziehen, vorher mitzutheilen ist.

Die Bundesgenossen wollen dann ihre Bevollmächtigten stellen: Hildesheim 2 vom Kapitel, 2 aus der Mannschaft, 2 aus dem Rathe zu Hildesheim; Goslar 2 aus dem Rathe; die Herrschaft Braunschweig 2 geistliche Personen, aus der Mannschaft einen; die Herrschaft Göttingen einen aus der Mannschaft; die Herrschaft zwischen Deister und Leine einen; die Herrschaft H. Albrecht einen; die Räthe der Städte Braunschweig, Göttingen, Hannover und Einbeck, jeder einen.

Das Gericht soll sich in Braunschweig auf dem Fürstenhause, in Hildesheim auf dem Kapitelhause versammeln, dasselbe soll weiter mündlich verfahren lassen, alle Betheiligten aber wollen Sorge dafür tragen, daß der Entscheidung Folge geleistet wird.

Wer dem Gerichte nicht Folge leistet, soll seiner Sache verlustig sein, wenn nicht etwa bescheinigte und anerkannte Entschuldigungsgründe vorgebracht sind.

Dafern die Schiedsrichter sich nicht einigen würden, soll Rechtsbelehrung eingeholt werden.



Würden dem Bunde nicht angehörige Fürsten, Herren oder andere einen der Bundesgenossen angreifen, so sollen die übrigen sofort Hülfe leisten.

Wenn gegen einen der Bundesgenossen Gewalt gebraucht wird, wollen die Fürsten, sobald sie Kunde davon erhalten haben, auf der gewöhnlichen Mahlstelle mit einer Person aus jeder der Ritterschaften und einer aus jeder der Städte zusammenkommen, um wegen der zu ergreifenden Maßregeln zu berathen.

Wenn Städte, Schlöffer oder Festen des Bisthums Hildesheim oder einer der herzoglichen Herrschaften genommen werden, die als Lehen oder Eigen von dem Bischöfe oder den Herzogen abhängig sind, so soll das Lehensverhältniß oder Eigenthumsrecht bei der Wiedereroberung beachtet werden, und der Gegenstand seinem Herrn verbleiben.

So soll es auch mit den verpfändeten Schöffern gehalten werden. Die Eroberer sollen nur den Pfandschilling in Anspruch nehmen können.

Auswärtige Schlöffer und Städte sollen nach der Eroberung abgeschätzt, und nach dem Betrage des gefundenen Werthes sollen die theilhaftigen Bundesgenossen abgefunden werden.

Gefangene Reifige und genommene Habe will man vertheilen.

Ohne Zustimmung aller Bundesgenossen soll auf Sühne nicht eingegangen werden, auch soll keiner der Bundesgenossen sich des andern Lande, Schlöffer, Städte, Dörfer und Gerichte anmaßen.

Schlösser, die man nicht behalten will, sollen abgebrochen, Bergfrieden aber nach Mannzahl mit einer Berghort besetzt werden.

Jeder, er sei geistlich oder weltlich, soll bei seinen Rechten gelassen werden, auch niemand Weiter mit eigenen Pferden oder Fußgänger zum Rauben, Morden &c. halten oder bei sich haben.

Der Vertrag soll erworbenen Rechten, Privilegien, Herkommen und Gewohnheiten keinen Eintrag thun, auch nicht den Vertragsverbindlichkeiten entgegengestellt werden, welche einzelne Städte gegen einander übernommen haben.

Das Kapitel zu Hildesheim ermächtigt den Bischof zum Abschlusse des Vertrags, in welchen andere dann nur aufgenommen werden sollen, wenn sie denselben anerkannt und unterzeichnet haben.

Man ersieht aus diesen Bedingungen, was man für Recht hielt, wenn nicht Verträge entgegenstanden. Die Rechte des Stärkern wurden als Regel zur Anwendung gebracht.

4. Der schwächste Punkt in dem für einen engeren Bezirk abgeschlossenen Friedensvertrage blieb die Anordnung des Bundesgerichts. Die Zahl der in das Schiedsgericht aufgenommenen herrschaftlichen Räte und ritterschaftlichen Abgeordneten war eine überwiegende, sie konnten ein über den Parteien stehendes Reichsgericht nicht ersetzen. Die Städte hatte man seit länger als einem Jahrhundert bald in dieser, bald in jener Weise aus ihrer Stellung zu verdrängen gesucht, und inwieweit den Fürsten und Ritterschaften zu trauen war, lag

in zahlreichen Beispielen vor. In demselben Jahre 1476 am Mittwoch nach Johannis [26. Juni] erneuerten daher die Sassenstädte Goslar, Magdeburg, Braunschweig, Halle, Halberstadt, Hildesheim, Göttingen, Stendal, Einbeck, Hannover, Nordheim und Helmstedt ihr altes Bündniß. Alle früheren nach und nach getroffenen Verabredungen wurden in diesen Vertrag mit aufgenommen, auch schaltete man die Matrikel vom Jahre 1471 wieder ein. Braunschweig und Magdeburg wurden mit den denselben früher schon zugestandenen Befugnissen als Vororte bezeichnet, auch deutete man auf die Gefahren hin, welche den Städten durch Verstärkung der Macht der Fürsten mit Böhmischem Kriegsknechten droheten.

Auch dabei ließ man es nicht bewenden. Am Tage aller Heiligen [1. November] 1476 kam zwischen jenen Sassenstädten an einem und den Bürgermeistern und Rathmännern der Städte Lübeck, Bremen, Hamburg, Rostock, Stralsund, Wismar, Lüneburg, Stade und Uelzen am andern Theile ein dritter Vertrag zu Stande, der die früher schon vereinbarten Schutzmaßregeln, daneben aber auch neue Bestimmungen enthielt. Es wurde festgesetzt, nicht nur wie Streitigkeiten zwischen den Bundesgenossen selbst ausgeglichen werden sollten, sondern auch, daß die Handel zwischen diesen und außerhalb des Bundes Stehenden durch ein Schiedsgericht beizulegen seien. Die der bedrängten Stadt zunächst belegenen Städte sollen vier Personen ernennen, die, nachdem über den Gegenstand des Streites schriftliche Instruction eingezogen ist, binnen vier Wochen zusammenkommen und über die Verhältnisse sich äußern sollen. Sind sie verschiedener Ansicht, so sollen die Acten einem Obmann, wozu Rudolf von Walsleben erwählt worden, eingesandt und die Ansichten hinzugefügt werden; der Obmann soll dann binnen drei Wochen urtheilen.

Wenn eine gütliche, dem Urtheile entsprechende Ausgleichung nicht zu erreichen ist, soll zur Waffengewalt geschritten werden, auch ist für diesen Fall die zu beachtende Matrikel eingeschaltet. Es sind der gewaffneten oder anderen wehrhaften Leute zu stellen: von Lübeck 20, Bremen 12, Hamburg 15, Rostock 8, Stralsund 10, Wismar 5, Lüneburg 12, Stade 4, Uelzen 2; von den Sassenstädten: Magdeburg 12, Braunschweig 12, Halle 12, Halberstadt 6, Goslar 5, Hildesheim 8, Göttingen 8, Stendal 8, Hannover 5, Einbeck 6. Entfernte Städte, die nicht zu der Fehde gezogen werden können, sollen Geldzuschüsse, monatlich 4 Gulden für einen Reiter, zahlen.

Erbeutetes Vieh und andere Sachen sollen der „Köfen“ der befehdeten Stadt zufallen, Gefangene aber unter die Theilnehmer an der Fehde so vertheilt werden, daß nur, was nach dem Austausch der wechselseitigen Gefangenen übrig bleibt, zur Theilung kommt.

Städte, Schlösser und Festen sollen der verbündeten Stadt, von welcher sie eingelöst werden mußten, verbleiben, jedoch sollen vier Städte darüber entscheiden, was den übrigen Bundesgenossen darauf zu vergüten ist.

Der Bundesbruch soll mit 10 Mark Goldes, das Zurückbleiben

von einer angelegten Versammlung mit 1 M. G. bestraft werden, von welchen Strafgeldern die eine Hälfte der befehdeten Stadt, die andere den übrigen Bundesgenossen zufällt zc.

Die Einigung ist auf fünf Jahre geschlossen, vor deren Ablauf aber die Städte auf Anfordern Lübecks in Lüneburg zusammenkommen und über die Fortsetzung des Vertrags berathen wollen, dessen vier Ausfertigungen in Lübeck, Hamburg, Magdeburg und Braunschweig niedergelegt werden sollen.

In allen diesen ober- und niederdeutschen Verträgen tritt immer wieder der Mangel einer gerechten Vertretung der Volksinteressen, eines über den Parteien stehenden Gerichts und einer Executionsordnung, zu welcher man Vertrauen haben konnte, hervor. Wo die Fürsten Uebergewicht erlangten, da waren ihnen Verträge kein Hinderniß, dasselbe sofort geltend zu machen, wie fernere Ereignisse bald zeigten.

5. Die Aenderungen in der Art der Kriegsführung hatten durchgreifende Folgen für die Verhältnisse der Parteien zu einander. In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurde, wie bemerkt worden, der Gebrauch des Feuegewehrs allgemeiner. Wie die Städte lange schon Söldner hatten, so bedienten sich deren nun auch Fürsten. Das Kapital, mit welchem man früher dauernd Kriegshülfe sich verschafft zu haben glaubte, ging verloren oder konnte doch nur spärlich wieder eingezogen werden. Söldner zu erhalten und zu gewinnen erforderte einen neuen Aufwand, der aus dem sehr geschwächten Dominialeinkommen der Fürsten nicht bestritten werden konnte. Die Städte stützten ihr Kriegswesen auf Steuern, dahin aber konnten es die Fürsten lange nicht bringen, weil die freien Bewohner der Territorien mit Recht ihre Freiheit darin setzten, daß sie dem Territorialherrscher als Grundherrscher zu nichts verpflichtet seien, bei den fortwährend vorherrschenden grundherrlichen Principien und da man vom Ausbaue des Staats noch weit entfernt war, auch jede andere, aus dem Begriffe von Staat abzuleitende Abgabe zurückwies.

Auch der Kaiser war längst außer Stande, mit einer Reichshülfe in alter Weise auszureichen. Als er, wie die Fürsten, von den Hussiten hart bedrängt wurde und, wenn kräftiger Widerstand geleistet werden sollte, Soldgeld und der Aufwand für Feuegewehr, Pulver und Blei erforderlich wurde, überzeugten sich die Parteien von der Nothwendigkeit einer Geldhülfe. Die Fürsten bewilligten auf dem Reichstage zu Nürnberg 1422 den hundertsten Pfennig, um davon die Völker zu besolden, bei dem Widerspruche der Städte kam es aber nur dahin, daß ein Anschlag entworfen wurde, wonach jeder Reichsstand Mannschaft zu dem Zuge wider die Hussiten stellen sollte oder dafür eine Geldsumme zu zahlen hatte. Diese für die erste gehaltene Reichsmatrikel wurde in der Folge fortgebildet und die Veranlassung zu Ansprüchen an die Städte, welche nicht entschieden zu den dem Kaiser und Reiche unmittelbar unterworfenen Reichsstädten gerechnet werden konnten.

Mittelbare und Reichsstädte unterschieden sich früher dann weniger von einander, wenn jene, wie dies in den meisten Sassenstädten der Fall war, in Besitz der Privilegien sich gesetzt hatten, die ihnen das Recht der Waffen, die Verfügung über ihr Gerichts- und Polizeiwesen, die Selbstbesteuerung und die Macht, ihre Verhältnisse unter selbstgewählter Obrigkeit statutarisch zu ordnen, zusicherten. Sie stellten sich, was sie auch factisch waren, den Reichsstädten gleich, und bekämpften vorzüglich alle die territorialherrlichen Einmischungen, welche sie als mittelbare Städte bezeichneten. Der Kaiser bestärkte sie darin durch die Aufnahme solcher Städte in die Reichsmatrikel, durch die Zulassung unmittelbarer Contingente zu der geforderten Reichshülfe und durch Annahme unmittelbarer Zahlungen in die Reichskasse. Den Territorialherren war besonders dies Verfahren, worüber sie häufig bei dem Kaiser fruchtlos sich beschwerten, anstößig; ihr gemeinsames Bestreben ging daher dahin, eine solche Unmittelbarkeit zu verhindern und thunlichst aller der Gewalten sich wieder zu bemächtigen, die den Städten meistens gegen Zahlung zugestanden waren, und deren sie sich nicht entäußern durften, wenn sie ihren eng damit verbundenen commerciellen Standpunct und ihre Verbindung mit anderen Handelsstädten nicht aufgeben wollten. Den größten Reiz für die Fürsten hatten die wohlgeordneten städtischen Abgaben, besonders die Accise. Sie suchten sich nicht nur ein gleiches Einkommen aus ihren Territorien zu verschaffen, sondern sich auch in den Besitz der in den selbstständigeren Städten gehobenen Accisegefälle zu setzen. Es schien den Städten das eingreifendste Mittel zum Schutze ihrer Stellung als Handelsstädte nur das zu sein, dem Reiche wenigstens unmittelbar anzugehören und so ihre Interessen auf Reichstagen vertreten zu können. Darüber kam es zu dauernden Händeln mit den Territorialherren, in welchen eine Stadt nach der andern unterlag und die Städte, welche überwältigt worden, sofort den Verlust ihres blühenden Zustandes zu beklagen hatten.

6. Zunächst erlagen die Städte geistlicher Herrschaften den einflußreicheren Verbindungen, welche durch die Wahl der Herren aus mächtigeren Häusern erzielt waren. Die Stadt Quedlinburg hatte sich, nach dem Aussterben des kursächsischen Hauses und dem Anfälle des Landes an Meissen (1422), unter den Schutz des Bischofs von Halberstadt gestellt; darüber war sie schon in mancherlei Zwistigkeiten mit dem neuen sächsischen Hause gerathen. Die Aebtissin Hedwig von Quedlinburg, Nachfolgerin der Aebtissin Anna von Plauen († 1458), war eine sächsische Prinzessin, Schwester des Kurfürsten Ernst und des H. Albert von Sachsen. In Vertrauen auf diese verwandtschaftlichen Verhältnisse wollte sie weder die Schutzherrslichkeit des Bischofs über die Stadt Quedlinburg noch die Selbstständigkeit dieser anerkennen. Sie forderte von dem Magistrate die vogteiliche Gerechtsame, mit welcher die selbstständigeren Verhältnisse der Stadt enge verknüpft waren, zurück. Dieser stützte sich auf den Schutzherrn, den Bischof von Halberstadt, die Stadt aber wurde nun plötzlich

von sächsischen Truppen umzingelt und erobert. Das Zeichen der Selbstständigkeit, der Roland, wurde niedergeworfen und zerbrochen. Man nahm der Stadt die über ihre Privilegien ausgestellten Urkunden. Die Herzoge wurden 1479 von der Aebtissin mit der Schutzgerechtigkeit beliehen; aus der Urkunde ist ersichtlich, was man damals zu der Schutzherrlichkeit noch rechnete: die Vogtei zu Quedlinburg, Gerichte über Hals und Hand im Felde, den Dörfern und Wüstungen, die Halbgerichte über die Vorstädte und Zubehörungen von Quedlinburg, Fronengelder, Vogteischillinge und Stettegelber 2c. Der Magistrat mußte die Schutzherrlichkeit der Herzoge anerkennen, zur Abtretung von Gütern und zu bedeutenden Zahlungen sich verpflichten. Die Bürgermeister wurden ferner von der Aebtissin bestätigt, mußten derselben Rechnung ablegen und durften keinen Hauptmann für die Stadt einsetzen.

7. Ähnliche Wege verfolgte das Domkapitel zu Halberstadt. Dasselbe wählte den sächsischen Prinzen Ernst, welcher 1476 Erzbischof von Magdeburg geworden war, auch zum Koadjutor des schwachen Bischofs von Halberstadt, der schon 1480 der Regierung entsagte. Das Kapitel beachtete in den bei der Wahl des Koadjutors gestellten Bedingungen die Verhältnisse, welche der Entwicklung einer willkürlichen Gewalt entgegen standen. Zwar bevorwortete dasselbe die Bestätigung der den Bürgern und den übrigen Leuten zustehenden Rechte, ohne Wissen, Rath und Vollwort des Kapitels sollten aber keine Hauptleute, auch nicht in den Städten und Burgen, angestellt werden. Erledigte Lehne sollten mit geringen, festgestellten Ausnahmen wieder an das Stift gezogen, die Landeschulden abgeführt und das dem Stifte entzogene Eigenthum wieder damit vereinigt werden. Allerdings bedurfte es solcher Vorkehrungen, wenn das Regiment sich wieder kräftigen, und namentlich auch, wenn den schon bevorzugten adlichen Familien die Gelegenheit erhalten werden sollte, ihren nachgeborenen Söhnen durch Pfründen ein sicheres Einkommen zu verschaffen; allein den Reclamationen, zu welchen die Bedingungen aufforderten, gab man eine Ausdehnung, bei welcher vertragsmäßig erworbene Rechte, am wenigsten der blühende Zustand der Städte, Beachtung fanden. Halberstadt wurde durch innere Unruhen bedrängt. Die Stadt hatte sich auch aus ihren, durch wiederholte Verträge geknüpften Verbindungen zurückgezogen, und diesen Zeitpunkt benutzte der Bischof, um ihr durch Kündigung der Vogtei das Fundament der Verfassung zu entziehen. Die Stadt weigerte sich, und da man ihr auch unter andern vorwarf, daß sie früher Quedlinburg Hülfe habe gewähren wollen, so rückte der Erzbischof von Magdeburg als Bischof von Halberstadt mit einem auf 12000 Mann angegebenen, mit sächsischen Truppen untermischten Heere vor die Stadt. Nach einer vier Wochen lang fortgesetzten Gegenwehr mußte sie sich ergeben (1486). Der Erzbischof gab dem Rathe und der Bürgerschaft die Versicherung, daß ihnen an den Privilegien kein Abbruch geschehen solle; diese Zusage wurde aber, wie Chronisten

versichern, zur Beängstigung des Bischofs am Ende seines Lebens, nicht erfüllt. Die Stadt hüfte ihre Verfassung ein, auf welcher ihr Flor beruhete, und gerieth, da man auch hier Ersatz in einer Gemeindevordnung nicht zu schaffen wußte, in Armuth und Dürftigkeit.

Die schwächere Stadt Mchersleben konnte sich, von ihren Nachbarn getrennt, nicht in ihrer alten Stellung erhalten. Sie hatte noch 1475 der Aufforderung des Kaisers Folge geleistet. Ihr Zuzug zu der Heerfahrt nach Ruß bestand aus 9 schwarz uniformirten Reitern, 3 mit eisernen Flegeln bewaffneten Knechten und 1 Heerwagen mit Proviant und Rüstzeug. Auch hier mußte jeder anseßige Bürger ein gerüstetes Pferd halten, deren auf den ersten Glockenschlag 70 zusammengebracht werden konnten, und als die Gefahr, mit sächsischer Hülfe überwältigt zu werden, sich steigerte, hatte die Stadt schon im Jahre 1475 sich in den Schutz des Herzogs von Braunschweig begeben, dem ein jährliches Schutgeld von 100 Gulden zugesichert worden. Einen gleichen Vertrag hatten auch 1477 die Quedlinburger unter Zugeständniß eines Schutgeldes von 200 Gulden mit dem Herzoge abgeschlossen. Allein am wenigsten durften die Städte auf Hülfe der Fürsten rechnen, wenn diese sich in den Verhältnissen sahen, ein Uebergewicht wieder geltend zu machen. Der Fürst, an welchen Mchersleben sich gewandt hatte, war H. Heinrich der ältere von Braunschweig († 1514), dessen den Städten feindselige Gesinnungen bald in einer Reihe von Fehden sich kund gaben. Mchersleben sah sich gezwungen, auch selbstständigere Gemeindevverhältnisse aufzugeben, und schon 1486 mußte die Stadt gegen Halberstadt, mit dem sie hundert Jahre verbündet war, Zuzug stellen.

8. Früher noch als Halberstadt wurde Halle dem Städtebunde entzogen. In einem Streite zwischen dem Magistrate und den Pfännern der Stadt nahmen die Parteien das Urtheil der Magistrate von Magdeburg, Braunschweig und Halberstadt in Anspruch; dem widersetzte sich aber der Erzbischof, indem er die Streitsache vor seine Gerichte zog (1478). Mit sächsischer Hülfe nahmen die Handel darüber den Ausgang, daß Halle seine meisten Privilegien verlor, die Urkunden darüber verbrannt wurden, 1484 die Moritzburg, um die Stadt in Unterwürfigkeit zu erhalten, erbauet werden mußte, und der Erzbischof unbeschränkt das, was man damals Hoheitsrechte nannte, ausübte, unter welchen dann auch diese Stadt ihre Blütezeit beschloß.

Bei der Behandlung, welcher die Städte, wenn sie unterworfen werden konnten, sich ausgesetzt sahen, worüber so viele Beispiele vorlagen, erschien die Reichsummittelbarkeit als das schätzenswertheste Gut. Die norddeutschen Seestädte und mehrere Binnenstädte, wie Magdeburg und Braunschweig, gehörten zu den größten Handelsplätzen des Reichs, während viele geringere Ortschaften, besonders auch süddeutsche Städte, sich einer durch mancherlei Zufälligkeiten unterstützten Unmittelbarkeit rühmen durften. Alles, was zur Selbst-

ständigkeit erforderlich war, hatten jene Handelsplätze erkaufte und in zahlreichen Urkunden der Kaiser und Territorialherren bestätigt erhalten. Die Rechte der Waffen und Einigungen waren von ihnen unausgesetzt in Ausübung gebracht. Sie waren zu Reichsversammlungen zugelassen, hatten die Reichslasten unmittelbar übertragen und Bündnisse mit Kaisern und Fürsten geschlossen. Darauf und auf die Verbindungen, in welchen sie dauernd standen, beriefen sie sich nun, um eine Unmittelbarkeit anerkannt zu sehen, die ihnen Ersatz für das gewähren sollte, was sie weder vom Kaiser noch den Fürsten erlangen konnten: ein selbstständiges geschütztes Urtheil über die zweckmäßigste Fortbildung ihrer Handels- und gewerblichen Interessen.

Als zu der 1481 auf dem Reichstage zu Nürnberg bewilligten Türkensteuer die Stadt Magdeburg unmittelbar zahlen wollte, forderte der Erzbischof den Beitrag zu der Landesquote, und wollte unter Androhung von Gewaltmaßnahmen jene Art der Einzahlung nicht geschehen lassen. Die Stadt erkannte die jetzige viel schwierigere Stellung, die ihr wie anderen größeren Städten die Zersplitterung ihrer Kräfte, um Geringeren zu helfen, widerrieth. Magdeburg nahm zunächst die Hilfe Braunschweigs und Lüneburgs in Anspruch. Es schloß am Sonntage nach Quasimodogeniti [6. Mai] mit Braunschweig den Vertrag auf zehn Jahre, nach welchem beide erstern Städte sich 200 Mann tüchtigen Fußvolks zur Hilfe senden wollten. Am Tage Lamberti [17. September] 1482 verstärkten sie das Bündniß durch den Beitritt Lüneburgs, gleichfalls auf zehn Jahre, und unter der Abrede, im Falle der Vergewaltigung einer der Städte mit gesammelter Macht Beistand leisten, auch die befreundeten Städte zuziehen zu wollen. Dies geschah noch an demselben Tage. Auch das Bündniß der Sassenstädte wurde zwischen Braunschweig, Magdeburg, Lüneburg, Goslar, Hildesheim, Halberstadt, Göttingen, Stendal, Hannover, Einbeck und Uelzen auf vier Jahre erneuert. Halle und Quedlinburg waren damals schon aus dem Bunde gezogen, andere kleinere Städte folgten bald nach.

Bei der der Stadt Magdeburg drohenden Gefahr rückten die Braunschweiger Hilfstruppen daselbst ein. Es erhellet auch, daß der Stadt von den Bundesgenossen ein Monatsgeld gezahlt worden. Der Kammerer der Stadt Braunschweig übersandte dasselbe auch für einige der Städte, namentlich für Hildesheim 64 Fl., Nordheim 16 Fl., Göttingen 64 Fl., Hannover 40 Fl. und Helmstedt 24 Fl. Der Beitrag der Stadt Braunschweig belief sich auf 90 Fl.

Magdeburg glaubte so hinlänglich unterstützt zu sein. Die Stadt wandte sich mit einer Beschwerde an den Kaiser mit der Behauptung, daß sie nach ihren Privilegien frei sei und auch als freie Stadt behandelt zu werden fordern dürfe. R. Friedrich III. trug dem Kurfürsten Albrecht von Brandenburg und dem Bischofe von Michstedt (nach der Vollmacht vom 16. September 1483) die Untersuchung auf, schrieb selbst an den Erzbischof sowohl als den Magistrat, und forderte die Vermittelung eines Vergleichs; im Falle aber, daß

dieser nicht erreicht werden könne, Bericht, damit die Streitsache von ihm selbst entschieden werde. Der Ausbruch einer verheerenden Pest unterbrach zwar die Verhandlungen, auch konnte die Stadt sich kaum der zahlreichen Straßenräuber und fahdelustigen Freibeuter erwehren, die solche Zeiten der Noth für ihre ehrlosen Zwecke vorzugsweise benützten, es kam aber 1486 zum Vergleiche. Der Erzbischof stellte der Stadt unter Vermittelung des H. Albert von Sachsen den Revers aus, nach welchem er derselben ihre Rechte und Privilegien ferner anerkennen zu wollen versprach, die Stadt aber ihren Ansprüchen auf Reichsunmittelbarkeit entsagte und den Prälaten als ihren Oberherrn anerkannte. Wegen der verweigerten Quote zur Türkenhilfe mußte der Bischof abgefunden werden.

9. Der fahdelustigste Fürst zwischen Weser und Elbe war jetzt H. Heinrich der ältere von Braunschweig. Sein und seines Vaters Wilhelm Beistand reizte den Bischof Bertold von Hildesheim zu dem Versuche, die Stadt Hildesheim sich unterwürfig zu machen, wenigstens einer Acciseabgabe derselben sich zu versichern. Im Gefolge der darüber in Rom und bei dem Kaiser eingeleiteten Verhandlungen ernannte dieser Commissarien zur Vermittelung. Die bedrängte Stadt erhielt Zuzug von Braunschweig, Magdeburg, Lüneburg, Göttingen, Einbeck, Goslar und Hannover, zog auch viele umliegende Herren, die den Gesinnungen H. Heinrich nicht trauten, auch die Bischöfe von Osnabrück, Minden und Paderborn, diese mit Geldanerbietungen der Städte, in ihr Interesse. Ein zweimaliger Angriff des Herzogs auf Hildesheim war fruchtlos. Er durchstreifte sengend und brennend das offene Land, und in gleicher Weise verfuhr auch seine Gegner in den Braunschweigschen Landen. Goslar hatte ihm die Harzburg genommen, er dagegen hatte viele Goslarer Bürger abgefangen, die den Räubern ihrer Ruhheerden nachsetzten, ließ sie gefänglich verwahren und bedeutende Lösegelder zahlen. Der Krieg wurde von 1484 bis 1486 unter unerhörten Verwüstungen fortgesetzt, in dem letzteren Jahre aber kam Mittwochs nach (?) Lucia [20. December] zwischen den Herzogen Wilhelm und Heinrich von Braunschweig und den Städten Magdeburg, Braunschweig, Lüneburg, Hildesheim, Göttingen, Stendal, Hannover, Einbeck und Nordheim ein Friedensvertrag zu Stande. Die erlittenen Schäden, die, wie immer, unschuldige Landleute betroffen hatten, wurden gegen einander aufgehoben, die noch übrigen Gefangenen von beiden Städten ohne Lösegeld freigegeben, den Herzogen aber von den theilhaftigen Städten 8000 fl. vorgeliehen, der Streit mit Goslar endlich zur Entscheidung des H. Albrecht von Sachsen ausgesetzt. Sie erfolgte 1488 dahin, daß den Herzogen die Harzburg wieder zu überantworten sei, der Stadt aber noch zehn Jahre lang das Holz zum Verbräuche auf den Hütten verabreicht werden solle.

10. Wie man ein Steuereinkommen sich verschaffen könne, hatten die Städte gelehrt. Die Fürsten hatten den Nutzen einer Abgabe, wie besonders den der Accise, erkannt; man war aber noch



weit davon entfernt, sie zu Staats- und zu andern als willkürlichen Zwecken zu heben. Der Kurfürst Johann von Brandenburg führte eine Abgabe vom Biere ein; sie wurde auch von den Bewohnern Stendals gefordert (1488), sie verweigerten aber den Beitrag. Ein Aufrur in der Stadt, der gewöhnliche Begleiter der von außen her erregten Drangsale, erleichterte dem Kurfürsten die Ueberwältigung der Stadt. Sie wurde aus ihren selbstständigeren Verhältnissen gerissen, Widerspännstige wurden mit dem Tode bestraft; der Bundesvertrag vom Jahre 1486 war der letzte, dem Stendal sich anschloß.

Kurfürst Johann, als ein Cicero seiner Zeit bezeichnet, scheint ein solcher am wenigsten in Beziehung auf Staatskunst gewesen zu sein. Sein Testament enthielt zwar ernstliche Ermahnungen an seinen Nachfolger: gerecht und wohlthätig zu sein, die Unterthanen gegen Mächtigere schützen und besonders der Zügellosigkeit des Adels nicht nachsehen zu wollen; allein an Stendal bewährten sich solche Gesinnungen nicht. Er wußte der Stadt und sich selbst die Vortheile nicht zu erhalten, die sie aus ihren bisherigen Handelsverbindungen gezogen hatte. Die außerordentlich blühende Tuchweberei besonders ging mit der Ueberwältigung der Stadt unter, deren gestempeltes Silber bis dahin im nördlichen Deutschland gesucht und als vorzugsweise zum Großhandel geeignet weithin im Gebrauch war.

11. Wichtiger noch war für den Flor des deutschen Handels die Erhaltung Erfurts, einer Stadt, die zwischen den Städten des schwäbischen und des Bundes der Sassenstädte in der Mitte lag und in welcher wichtige Handelsstraßen zusammenliefen. Sie suchte sich in jener stürmischen Zeit unter den Schutz der Herzoge von Braunschweig, der Landgrafen von Thüringen, Hessen und anderer zu stellen, unterhielt auch dauernd eine Verbindung mit den Sassenstädten, nahm Kriegshauptleute aus mächtigeren Dynastenfamilien, der Grafen von Gleichen, Hohnstein, Schwarzburg zc. in Dienst; allein die durch das Zusammenfallen der meißenschen und sächsischen Lande sehr vermehrte Macht des sächsischen Hauses brachte auch Erfurt die größte Gefahr. 1482 wurde der sächsische Prinz Albert Kurfürst von Mainz, und damit zu Ansprüchen auf Landeshoheit über die Stadt ermächtigt. Daneben nahmen die sächsischen Fürsten eine alte Schutzgerechtsame über dieselbe wieder in Anspruch. Nach richtigen Begriffen von Staat und Landeshoheit beurtheilt, beweiset der Anspruch auf solche Schutzherrlichkeit, deren Ausdehnung und Kollision mit der Landeshoheit sich nach dem, was die Abtissin von Quedlinburg darauf einräumte, ermessen läßt, nur, wie unvollkommen die Ansichten über ein geregeltes Staatsleben immer noch waren. Die Stadt wollte weder die Schutzherrlichkeit noch die Landeshoheit anerkennen. Sie hatte ein Nonnenkloster auf dem Cyriaksberge abgebrochen und daselbst die Cyriaksburg erbauet, kam aber gleich nach der Wahl des sächsischen Prinzen zum Erzbischofe von Mainz in Händel. Von sächsischem Gebiete umgeben und durch andere Vorgänge schon unterrichtet, was sie von einem feindlichen Zusammen-

stoße mit Sachsen zu fürchten hätte, kamen Vergleiche zu Stande (1483), nach welchen die Stadt den Erzbischof als ihren rechtmäßigen Erbherrn zwar anerkannte, jedoch die zur Aufrechthaltung der Handelsverbindungen ihr erforderlichen Rechte unter zahlreichen Klauseln erhalten wurden. Gleichzeitig wurde zu Weimar mit dem Kurfürsten von Sachsen über die Schutz- und Schirmgerechtsame unterhandelt. Er sagte gegen Anerkennung derselben die Beibehaltung ihrer Rechte, ihres Herkommens und ihrer Gewohnheiten zu, verhiess ihr die ungestörte Benutzung des Schlosses auf dem Cyriaksberge, auch daß niemand die durch die Stadt laufenden Straßen verkümmern solle. Das Maß der zu leistenden Hülfe wurde festgestellt und für den Schutz die jährlich zu zahlende Summe von 1500 Gulden ausgesetzt. Dem Erzbischofe von Mainz, einem Sohne des Kurfürsten, mußten, nach der erfurter Chronik, 40000 Gulden gezahlt werden, und insgesammt soll die damals an Mainz und Sachsen gezahlte Summe 200000 Gulden, außer den Geschenken, die einzelnen vermittelnden Personen entrichtet werden mußten, betragen haben.

Da auch Magdeburg in den um diese Zeit geschlossenen Verträgen besonders die Handelswege offen zu erhalten suchte, Braunschweig aber die hindurchziehenden Straßen noch sicher stellte, so waren die Opfer nicht zu groß, welche Erfurt der gemeinen Sache brachte. Die Stadt konnte ihren Handel fortsetzen und blieb in Handelsverbindung mit den nördlich belegenen Handelsstädten, die bei der großen Entfernung und der Nähe Sachsens behindert waren, Erfurt mit Zuzug zu unterstützen.

Den Städten Mühlhausen und Nordhausen blieb die Unmittelbarkeit, nach welcher andere Städte jetzt vergebens strebten. Nach dem Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben aus dem Bunde der Sassenstädte gezogen waren, konnten jene wie Merseburg nicht mehr auf wirksame Hülfe der vormaligen Bundesgenossen rechnen; von diesen waren gegen das Ende des Jahrhunderts die südlichen Städte getrennt. Magdeburg hatte, obwohl Landstadt, seine Privilegien noch gerettet. Die Stadt erhielt sich in dem Rechte der Waffen und Einigungen und brachte sie ferner im Vereine mit den noch im Bunde gebliebenen Sassenstädten zur Anwendung.

#### IV.

1. Die Verhältnisse der Parteien, der weltlichen Fürsten, der geistlichen Herren, der Städte und Ritterschaften zu einander, waren gegen das Ende des 15. Jahrhunderts andere als früher. Einzelne Fürstenhäuser, wie das sächsische, hatten ein bedeutendes Uebergewicht erlangt, und auch die welfischen Fürsten strebten mit allen Mitteln

dahin, ein solches wieder zu gewinnen und zu befestigen. Bei der rohen Willkür, mit welcher Uebermacht noch geltend gemacht wurde, kamen nicht nur die Städte wie die Ritterschaften, sondern auch die geistlichen Herren mehr ins Gedränge, und danach gruppirten sich die Parteien in anderer Weise. Bischöfe, die gern ihre Hauptstädte unterjocht hätten, traten in Bündnisse mit denselben, um größern Gefahren sich zu entziehen, mit welchen sie jetzt besonders von dem kriegslustigen H. Heinrich dem ältern von Braunschweig bedroht wurden.

Zunächst hatte er seine Pläne auf Hannover gerichtet. Die Stadt war bei den Angriffen auf Hildesheim unter seinen Gegnern gewesen, und in Beziehung darauf griff er 1487 Hannover an, mußte aber sein Vorhaben aufgeben, als er die Bürger zur nachdrücklichsten Gegenwehr gerüstet fand. Er schloß am Tage Barbarä [4. December] 1487 den eidlich bekräftigten Vertrag mit der Stadt, nach welchem er derselben die ihr von seinen Vorfahren verliehenen Rechte nicht entziehen wollte; dennoch stand der Fürst schon 1490 wieder vor Hannover; sein Plan, der Stadt mit List sich zu bemächtigen, scheiterte aber gleichfalls. Er fand die Thore der Stadt verschlossen und die Bürger auf den Wällen; die Ueberrumpelung mißlang.

2. In anderem Wege gelang ihm Helmstedt in seine alleinige Botmäßigkeit zu bringen. Die Schirmvogtei über die Stadt war 1232 dem H. Otto dem Kinde von dem damaligen Abte von Werden, von welchem das Kloster Lüdgeri mit Helmstedt und anderen Zubehörungen abhängig war, anerkannt. In der Folge nahmen die Herzoge hohe Obrigkeit und besonders vogteiliche Gerechtsame in der Stadt in Anspruch, die Streitigkeiten darüber gaben aber, wie oben (I.) bemerkt worden, Helmstedt Gelegenheit, zu selbstständigerem Verhältnisse, zu einem wichtigen Stationsorte zwischen Braunschweig und Magdeburg und zu Ansehn im Bunde der Sassenstädte sich zu erheben. Das Uebergewicht der Schutzherren und auch manche Widersektlichkeiten der Stadtbehörden ließen dem Abte die Stadt und alle seine weltlichen Besitzungen im alten Sachsenlande als ein jetzt besonders zweifelhaftes und Gefahren ausgesetztes Gut erscheinen. Er überließ 1490 den Herzogen von Braunschweig die Stadt wie alle seine weltlichen werdenschen Lehen in Sachsen als erbliche Mannlehen, nur das Kloster Lüdgeri und die geistlichen Lehen wurden ausgenommen. Nach dem Vertrage erhielten die Herzoge das Recht, alle von der Abtei der Stadt verpfändeten Gegenstände einzulösen, dem Kloster aber wurde vorbehalten, nicht auf Landtage gezogen zu werden, wenn dasselbe auch den Schutz der welfischen Fürsten genießen würde. Die Reichsabtei Werden stellte so auch das entfernte Kloster in ein Verhältniß, welches möglich machte, dasselbe in der Folge und bis 1803 gegen Secularisation zu schützen. Zwar durfte Helmstedt nun nicht mehr Verbündete der Sassenstädte sein, sie mußte selbst gegen ihre langjährigen Bundesgenossen mit ausziehen, allein so lange Braunschweig und Magdeburg die ihnen wichtige Straße

über Helmstedt noch zu schützen vermochten und mit Waffengewalt drohen konnten, blieb ihnen die Verbindung offen.

3. Unter drohenden Verhältnissen erneuerten die Welfischen Hauptstädte Braunschweig, Göttingen, Hannover, Einbeck und Nordheim mit Hildesheim den alten Bundesvertrag am Sonntage nach Pâtare [28. März] 1490 auf sechs Jahre. In den Vertrag sind die früheren Bestimmungen mit aufgenommen. Es ist die Matrikel eingeschaltet, nach welcher die Hilfsleistungen abgemessen werden sollen, und hat Braunschweig danach die fernere Zusammenkunft wegen Fortsetzung des Vertrages zu bestimmen.

Noch lebte zwar H. Wilhelm der jüngere von Braunschweig. Er hatte zuerst seinen Söhnen Heinrich dem ältern und Erich I. das Land zwischen Deister und Leine abgetreten, 1491 erhielten sie den Braunschweigischen und Calenbergischen Landestheil, in welchem dem Vater nur noch einzelne Stücke vorbehalten blieben, der auch das Göttingische für sich behalten wollte. Indes war längst der unruhige Heinrich der ältere der Vorsechter und Treiber, der auch seinen Bruder Erich I. von Braunschweig-Calenberg bei dessen häufiger Abwesenheit zu vertreten Vollmacht hatte.

In dem zwischen Heinrich dem ältern, Heinrich von Lüneburg und H. Johann von Lauenburg 1491 errichteten Erbvertrage war zugleich ein Schutz- und Trugbündniß enthalten. Ihre Unterthanen und Vasallen sollten bei Verlust ihrer Lehen nicht in die Dienste der Gegner treten. Dafern ein Vasall oder Unterthan mit einem der Herren in Streit gerathen würde, sollte die Sache von dessen Räthen, und wenn diese sie nicht ausgleichen könnten, von einem Mannengerichte des anderen Landesherrn entschieden werden. Die Verbündeten wollen sich wechselseitig zur Wiedererlangung der von ihren Fürstenthümern abgekommenen Städte, Schlösser, Lande und Leute behülflich sein, und keiner von ihnen soll ohne des andern Herrn Wissen und Willen in eine Angelegenheit sich einlassen, bei der die anderen Betheiligten entgegenstehende Interessen haben könnten.

Daß vor allem die Städte Braunschweig und Lüneburg bezwungen werden mußten, wenn man ungehindert schalten und walten wollte, schien den welfischen Fürsten einleuchtend. Dies geht aus dem lange geheim gehaltenen, später erst bekannt gewordenen 1492 zwischen den beiden Heinrichen von Braunschweig und Lüneburg geschlossenen Vertrage hervor; er bezeugt aber auch die Rohheit des damaligen Verfahrens. Man verhiess sich wechselseitig, alles aufbieten zu wollen, um die beiden Städte zu erobern. Die Herren vertheilten im Voraus unter sich alles, wie es in dem Vertrage heisst: „de wy den von Brunswick unde den ören affteen roven edder nehmen mögen“. Sie bestimmten, wer von ihnen dieses oder jenes Gut der Stadt erhalten sollte, und verhießen sich nochmals den kräftigsten Beistand.

4. Die Rüstungen von beiden Seiten waren außerordentlich. Die Herzoge verbündeten sich mit dem Erzbischof von Magdeburg,

dem Bischof von Osnabrück, dem Könige von Dänemark, dem Kurfürsten von Sachsen, dem Herzoge von Sachsen-Lauenburg, dem Landgrafen Wilhelm von Hessen, den Grafen von Mansfeld, Schaumburg, Stolberg, Wunstorf, Hohenstein, Schwarzburg, Spiegelberg, Regenstein, Ricklingen und von der Lippe, neben zahlreichen Rittern und Junkern. Daneben wurde die Mannschaft solcher Städte eingefordert, die nicht oder nicht mehr dem Bunde der Sassenstädte angehörten: Bodenwerder, Celle, Dannenberg, Eldagsen, Gifhorn, Hameln, Helmstedt, Lutter, Lückau, Minden, Neustadt, Pattensen, Ramspringe, Schöningen, Scheppenstedt, Fallerleben, Uelzen, Werningerode und Wittingen. Alles dieses um sich Braunschweigs zu bemächtigen. Die Stadt war auch auf den Kampf vorbereitet. Weder geistliche Herren noch ansässige Ritter trauten solchen Unternehmungen der Fürsten, die, wenn sie das Uebergewicht gewinnen konnten, keine Verträge und Privilegien anerkannten und den Schwächern, welches Standes er sein mochte, nur niederzutreten suchten, ohne zu berücksichtigen, welches die Folgen selbst im eigenen Interesse sein würden. Die Aufforderung der Herzoge an den Bischof von Hildesheim, um ihn zum Beitritte zu bewegen, war fruchtlos; er machte sich im Gegentheile 1492 vertragsmäßig verbindlich, seine freien Straßen, seine Lande, Städte und Dörfer den Braunschweigern nicht zu verschließen, ihnen vielmehr freien Kauf und Verkauf zu gestatten. Dazu errichtete er 1492 mit den Städten Braunschweig, Hildesheim, Göttingen, Hannover und Einbeck ein Schutzbündniß; dem im folgenden Jahre auch ein Bündniß der Stadt Braunschweig mit dem Erzbischof von Magdeburg und dem Bischof von Hildesheim folgte.

Die verbündeten Städte leisteten Zuzug. Besonders fühlten aber jetzt begüterte adliche Familien der Nachbarschaft, wie wichtig ihnen eine mächtige freie Stadt sowohl in Beziehung auf Absatz dahin als wegen der Sicherheit eines solchen Zufluchtorts war. Mit ihren Fähnlein, zum Theil mehr als 10 Reiter enthaltend, waren in der Stadt: von Bulsleve, zwei Gebrüder von Oberge, zwei Gebrüder von Weige (Weihe), von Wullen, von Bortfeld, Sivert von Bulsleve, von Mamdorp, Roleff von Wehhe, von Rückershufen, von Wulve, Heinrich von Wehhe, von Sweden, von Wetberge, von Dhenfen, von Bodenhusen, von Thymen, von Grascafft, von der Horst, von Ibern, von Kenstene, von Levenstedt, von Guernem, von Rehn, von Rybbsbüttel, von Uslar, von Wendt, von Tzerse, zwei von dem Gudenberge. Sie, und wie aus den vorhandenen Quittungen erhellt, viele andere erhielten Soldgeld zum Unterhalte ihrer Mannschaften und Pferde, sicher aber dürfen sie einem großen Theile nach schon nicht mehr zu den Freibeutern gerechnet werden, die zu Fehden des Soldes wegen sich stellten.

5. Die größte Gefahr traf die Stadt durch den von einem Ehrgeizigen, Rüdese Holland, erregten Aufruhr (1491). Noch hatte die Mannschaft zur Vertheidigung gegen die nahen Angriffe H. Heinrichs sich nicht gesammelt, als, wie gewöhnlich, ein Mensch, dem sein Ich

mehr galt als das Wohl der gesammten Stadt, die Verlegenheit der Stadtbehörden benutzte und den Pöbel gegen sie aufreizte. In dem gefährlichsten Zeitpunkte wurde auch der Magistrat im Interesse der Aufwiegler neu geordnet, doch nur auf kurze Zeit, denn die Bürgerschaft durchschaute den Plan der Aufriirer. Sie flüchteten zum Theil in das nun herzogliche Helmstedt, und von hieraus knüpfte Holland Unterhandlungen mit dem Herzoge an, suchte ihn zu unterrichten, von welcher Seite her die Stadt am leichtesten genommen werden könne, und gab Rathschläge zur Erregung innerer Unruhen. Er rieth, Zwiespalt zwischen dem Magistrate und der Bürgerschaft zu veranlassen, und suchte den Glauben an die Macht und den Beistand seiner Partei zu wecken. Zwar wurden manche seiner Rathschläge, als der Kampf begann, befolgt, sie bewährten sich aber nicht. Die Stadt brandmarkte ihn als feigen ehrgeizigen Verräther, verfolgte ihn mit Spottgedichten in damals sehr beliebter Weise, und auch der Herzog nahm sich seiner in der Folge nicht weiter an.

6. Die Gelegenheit, den Streit mit der Stadt zu eröffnen, war gegeben. Der Herzog forderte die Huldigung; da indeß die Verhältnisse der Stadt zu dem Landesherrn auf zahlreichen Verträgen und Privilegien beruhten, so waren diese, wie früher immer geschehen, in einem Vertrage mit dem Fürsten zu umschreiben. Es mußte, nach dem Herkommen, der Huldbrief, in welchem die Rechte der Stadt zu verzeichnen waren, entworfen werden, und erst, wenn der Territorialherr diese anerkannt und sein Auerkenntniß beglaubigt hatte, erfolgte die feierliche Huldigung. Auf diese vorgängigen Zusagen wollte der Herzog sich nicht einlassen. Er bestritt vielmehr der Stadt den rechtlichen Besitz ihrer Landgüter und aller der Rechte, die sie von seinen Vorfahren erworben hätte. Er hatte nur die Willkürherrschaft vor Augen, die sich berechtigt glaubt, selbst alles das zu brechen, was in Grundverträgen zwischen Fürsten und Staatsangehörigen vereinbart worden. Der in der bezeichneten Richtung bequeme, oft in der Folge noch gemißbrauchte Grundsatz läßt den Staat als ein dauerndes, zwei Hauptfactoren, Regenten und Staatsangehörige, enthaltendes Institut nicht zu. Er schreitet über alle Grundbedingungen des Staatslebens hinweg, und seine Anerkennung war in einer Zeit wie die H. Heinrichs doppelt gefährlich, in welcher man, um zu ernten, den Bauer mit den Früchten niederhieb.

Der Herzog erklärte ausdrücklich, daß er die Handlungen seiner Vorgänger im Regimente nicht anerkennen wolle. Es kam zwar eine gütliche Ausgleichung in Vorschlag, die Stadt aber lehnte die Vermittelung des Kurfürsten von Brandenburg, des Erzbischofs von Magdeburg und der sächsischen Herzoge, weil sie in diesen Parteilännern keine gerechte Vermittler finden konnte, ab; aber auch die Berufung Braunschweigs auf den Bischof von Hildesheim und die Bundesstädte wurde zurückgewiesen, und ein Waffenstillstand bis zum 28. Juli 1492 war das alleinige Resultat der Verhandlungen.

Der Herzog sandte Botschaft an seine Bundesgenossen und alle

benachbarten Fürsten. Er versuchte nach den Rathschlägen des Verwäthers Holland, von dem er Kunde über das Innere der Stadt einzog, die Gilden und Gemeinden mit Umgehung des Magistrats zu Verhandlungen zu bewegen, um Zwiespalt und Trennung zu veranlassen, alles aber vergebens. Da die Stadt weder ihre zum Theil erkauften und eigenthümlich besessenen Landgüter abtreten, noch Landeslasten, wie man sie damals zumaß, übernehmen wollte, so begannen die Feindseligkeiten im August 1492. Die Braunschweiger zogen ihre Besatzung aus den entfernteren unhaltbaren Schöffern, wie der Assenburg, zurück; der Herzog nahm daneben Bechelde und Campen. Unter den brutalsten Grausamkeiten wurden von beiden Theilen die umherbelegenen Ortschaften verbrannt, dann die Stadt beschossen. Bei Blekenstedt am damaligen Wege auf Hildesheim belegen, von wo aus den Braunschweigern Proviant zugeführt wurde, stießen die Heerhaufen aufeinander, und der Herzog erlitt eine Niederlage, welche seinen Verbündeten, die solche Rüstungen und solchen Widerstand nicht erwartet hatten, eine friedliche Ausgleichung räthlich erscheinen ließ. Es kam eine solche, und Zerbst als Ort der Verhandlungen, der Erzbischof von Magdeburg und der Kurfürst von Brandenburg als Schiedsrichter in Vorschlag.

7. Wie schnell die Parteien sich anders gruppirten und welchen Einfluß der Reichtum der Städte auf den Parteienwechsel hatte, zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit. Der Erzbischof von Magdeburg, eben noch Bundesgenosse H. Heinrich des ältern, vereinigte sich in dem Vertrage vom Montage nach Palmarum [1. April] 1493, unter Beitritt des Bischofs von Hildesheim, mit der Stadt Braunschweig auf zwanzig Jahre. Der Erzbischof erhielt 10000, der Bischof 4800 Gulden, Summen, zu deren Herbeischaffung die Bundesstädte sofort Beistand leisteten. Es bewährte sich bei diesem Vertrage die Hülfe der Stadt Magdeburg; sie war wichtig wegen der Einwirkung auf den Erzbischof und seines Einflusses auf die Verhandlungen zu Zerbst.

Hier fortgesetzte Verhandlungen führten endlich dahin, daß man die Ansichten Rechtsgelehrter aus Basel, Erfurt und Heidelberg forderde, die zwar vom Herzoge zu günstig für die Stadt gefunden, doch aber endlich als Grundlage zu dem Friedensvertrage angenommen wurden. Das Wesentlichste des Vertrags vom Reichnamstage [29. Mai] 1494 war im Interesse der Stadt, daß beide Herzoge, von Braunschweig und Lüneburg, die Rechte und Privilegien jener anerkennen mußten. Die Stadt gab einige Pfandschaften zurück, behielt aber besonders die zur Sicherstellung der Handelsstraßen geeigneten, unter dem Vorbehalte, daß die endgültige Entscheidung darüber und über andere Gegenstände von dem römischen Könige gefordert werden sollte. Eine Geldzahlung von 15000 Goldgulden wurde wie gewöhnlich bei solchen Verträgen mit einbedungen, in den Friedensvertrag aber der Bischof von Hildesheim, wie die Bundesstädte Hildesheim, Hannover, Einbeck und Göttingen mit eingeschlossen, die an der Fehde für Braunschweig Theil genommen hatten.

8. Von entschiedenem Einfluß war jetzt die Zuziehung auf Universitäten gebildeter Rechtsgelehrter zu öffentlichen Verhandlungen. Wurden die Fürsten auch noch meistens durch Geistliche und Hofleute geleitet, so hatten doch die Städte schon die anerkanntesten Gelehrten in ihre Dienste gezogen; die städtischen Syndiken waren es, denen man sich, wenn auch, wie spätere Fälle beweisen, als zu hartnäckigen Widersachern ungebildeter fürstlicher Räthe, vorzugsweise vertraute. Christoph Euzener, Ritter und Doctor der Rechte, war Kanzler in Friesland, und trat 1494 ganz in den Dienst der Stadt Braunschweig, und, was damals ungewöhnlich war, für einen Zeitraum von zwanzig Jahren. Er war es, der die Verträge, bei welchen Braunschweig und andere Städte theilhaftig waren, damals vermittelte: zu Zerbst, mit dem Bischofe von Hildesheim und andern. Zwar hatte Braunschweig auch geübte Kriegshauptleute im Dienste, wie z. B. 1499 Andreas von Wartensleben, allein bei allen Streitigkeiten mit den Fürsten ging das Bestreben nur dahin, den Handel zu stützen und die Handelsstraßen offen zu erhalten, dies war die Politik Euzeners und anderer Syndiken. War dieser Zweck wenn auch mit großen Geldopfern erreicht, so hatte man einen günstigen Vertrag gemacht, denn dann fehlte es nicht an den Mitteln, die weitere Vortheile und Zustände erkaufen ließen, die mit gewaffneter Hand nur unter noch größeren Opfern erhalten werden mußten. Die Summen, zu welchen die Bundesstädte sich verpflichteten, wenn einer der Städte Hülfe erforderlich war, wurden immer bedeutender; da im äußersten Falle Söldner in großer Zahl herbeiströmten, und es dann nur darauf ankam, den Sold zu beschaffen.

Dagegen war den Fürsten nichts schädlicher als die Fehden mit den Städten. Diese durften auf eine den Handel begünstigende Gemeindefassung nicht rechnen, wenn sie überwältigt wurden, und sicherten sich hinter ihren mehr und mehr befestigten Wällen und Mauern, während jede Fehde wechselseitiges Sengen und Brennen, Verheerung und Plünderung der offenen Ortschaften im Gefolge hatte, aus welchen die Fürsten ihr Einkommen an grundherrlichen Abgaben und Beden zogen. So kam es, daß die beschwerlichsten Handel endlich mit Geldopfern leicht ausgeglichen und die Parteien damit gesprengt wurden.

9. In Oberdeutschland waren die öffentlichen Verhältnisse nicht weniger verworren als in den niederen Regionen. Seit 1482 die Burgundische Marie gestorben war, wurde es Politik Ludwigs XI. mehr noch Burgund von Oesterreich getrennt zu sehen. Zu den mit Frankreich darüber entstandenen Händeln kam der Einfall der Türken 1479 und der erneuerte Krieg mit Ungarn 1480, in welchem R. Matthias ganz Oesterreich mit Ausnahme nur von Wienerisch-Neustadt eroberte und der Kaiser aus seinem Staate vertrieben wurde. Friedrich sah sich dadurch und durch den kühnen Grafen Hug von Werdenberg zur Thätigkeit auch in dem Verfassungswerke aufgeregt. Er setzte 1486 die Wahl seines Sohnes Maximilian zum römischen Könige durch.



Auf des Kaisers Vorschlag wurde der Landfrieden auf fünf Jahre zu Milbenstadt und die sogenannte Reformation von 1442 auf zehn Jahre erneuert, und da nichts mehr Noth that, als ein Vertrauen erweckendes Reichsgericht, so wurde auch dazu von den Fürsten der Entwurf eingereicht. Das Gericht sollte dauernd, der Kaiser aber nicht berechtigt sein, eine überwiegende Macht dabei geltend zu machen. Es sollte mit einem Oberrichter und Rätthen besetzt werden, die eidlich zu verpflichten und aus dem Adel oder den Doctoren zu wählen wären, seinen Sitz in einer angemessen belegenen Stadt nehmen und statt der Befoldung Sporteln erheben (1486). Der Kaiser wollte aber seine oberstrichterliche Gewalt, die Aechterklärung, nicht aufgeben und keine Befoldungen übernehmen und darüber gerieth der Plan ins Stocken. Die Städte wollten daneben einer ohne ihre Zustimmung beschlossenen Reichshülfe sich nicht fügen. Sie einigten sich vielmehr dahin, daß keine Stadt für sich allein Bewilligungen machen solle, erboten sich endlich auch, nach einem eigenen Anschlage beizutragen.

Neben den genannten Feinden drängte auch Baiern den Kaiser mit seinen Anschlägen auf Oesterreich, und alle diese Verhältnisse trieben ihn, Hülfe in Schwaben zu suchen, in einem Lande, das er noch für unmittelbarer abhängig betrachtete. Hier bestand noch der Ritterverein von S. Georg, der mehrere andere Einigungen mit sich verbunden hatte, fort. Er begriff vier Kreise, im Hegau und am Bodensee, an der Donau, am Neckar und am Kocher, unter sich, auch hatten sich ihm viele schwäbische Prälaten angeschlossen. Die Städtebündnisse im oberen Deutschland waren zwar erschlaft, doch als jene Grafen, Prälaten, freien Herren, Ritter und Knechte ihre Einigung erneuert, auch die Rätthe derselben den frankfurter Landfrieden unterzeichnet hatten, traten sie mit 22 Reichsstädten zusammen, auch schlossen sich mehrere Fürsten, der Graf von Württemberg, der Erzherzog Siegmund von Oesterreich an. Fürsten, Ritter, Städte bildeten dabei jede eine Partei, und die Gesamteinigung erhielt in der Folge die Benennung des schwäbischen Bundes, der bisher schon bei Landfrieden getroffene Bestimmungen zum Grunde legte, nach und nach mehr schwäbische Stände mit sich verband und den bald von Maximilian vermittelten Verfassungsgesetzen Stütze wurde.

10. Der Tod des für das Reich zu spät verstorbenen unthätigen K. Friedrich III. am 14. August 1493 weckte neue Hoffnungen, zu welchen in den letzten acht Jahren, während Maximilian I. als römischer König wirkte, Anlaß gegeben war. Der am 26. März 1495 zu Worms eröffnete Reichstag war zwar veranstaltet, um in Bedrängnissen von allen Seiten her Reichshülfe zu erlangen; daß man indeß nun die Zerrüttung, in welche das Reich gerathen war, tief fühlte, beweiset die Erklärung vieler Reichsstände, daß, bevor man an Züge gegen äußere Feinde denken könne, dem Reiche im Innern Ruhe und Ordnung wiedergegeben werden müsse. Weil die Noth dringend war, bewilligten die Stände zwar 150000 Gulden, die Städte traten aber dann erst bei, als der Kaiser den Landfrieden

und ein Kammergericht sogleich begründen zu wollen verhiess. Die zweitägige angestrengte Arbeit des thätigen Kaisers führte zu dem Entwurfe, welcher am 7. August 1495 veröffentlicht und bei den Beschlüssen zum Grunde gelegt worden.

Das Fehderecht wird danach unbedingt aufgehoben und ein ewiger Landfrieden geordnet, der bei Strafe der Reichsacht und 2000 Mark Goldes nicht gestört werden soll. Zugleich wurde das lange ersehnte Reichsgericht, das Kammergericht, eingesetzt und demselben die Befugniß beigelegt, die Reichsacht zu erkennen. Das Kammergericht war dennoch erst an verschiedenen Orten, folgte Maximilian fogar in die Niederlande, und erst 1527 wurde es in Speier fixirt, von welchem Orte es in den Kriegen mit Ludwig XIV. 1693 mehr in das Innere des Reichs nach Wezlar verlegt worden. Das Kammergericht sollte in einer bestimmten Stadt immer versammelt sein, aus einem Richter, der ein Fürst, Graf oder Freiherr sein mußte, und aus sechzehn Urtheilern, zur einen Hälfte Rechtsgelehrten, zur andern wenigstens aus der Ritterschaft Geborenen, bestehen und von dem Kaiser und den Reichsständen besetzt werden. Vor diesem Kammergerichte sollte wegen Rechtsverletzung nur gegen Reichsunmittelbare, gegen andere aber vor den gewöhnlichen Gerichten geklagt werden, mit dem Vorbehalte jedoch, daß Kurfürsten, Fürsten und fürstennmäßige, wenn sie mit einander über Entscheidung durch Austräge sich vertragen haben würden, diese benutzen, wenn aber eine solche Uebereinkunft nicht getroffen sei, andere regierende Herren ihres Standes oder deren Rätthe als Austräge eintreten lassen könnten. Prälaten, Herren, Ritter oder Knechte und Städte sollten sich dabei begnügen, wenn die Kurfürsten, Fürsten zc. auf Mittheilung der Klage binnen Monatsfrist sich bereit erklärten, vor ihren Rätthen Recht nehmen zu wollen. Von solchen Austrägen sollte nur an das Kammergericht appellirt werden können. Eine jährliche Versammlung soll über Erhaltung des Landfriedens und die Erkenntnisse des Kammergerichts wachen, die erforderliche thatsächliche Hülfsleistung aber soll in einer jährlichen Versammlung des Kaisers und der Reichsstände beschlossen werden.

Im Jahre 1500 wurde der Beschluß gefaßt, die Gewalt der zur Erhaltung des Landfriedens, der Ueberwachung der Erkenntnisse des Kammergerichts und der Ausschüsse vereinbarten Versammlung einem zu Nürnberg versammelten Reichsregimente zu übertragen, das unter dem Kaiser oder einem Statthalter desselben aus persönlich anwesenden Reichsständen und zwanzig Abgeordneten solcher Stände aller Klassen bestehen sollte.

Es kam die Eintheilung des Reichs, wie sie R. Albrecht II. beabsichtigte, in sechs Kreise, mit Ausschluß der burgundischen Lande, wieder in Anwendung, und dem wieder ins Stocken gerathenen Reichsgerichte kam man mit einem Aufschlage auf 10000 Thlr. zu Hülfe, wies demselben auch Nürnberg zum Sitze an.

Nachdem Maximilian, der ungern seine Macht sich hatte be-

schränken lassen, bisher aber immer noch von äußeren Feinden bedrängt war, sich in freieren Verhältnissen sah, fing er an, den erb-ländischen Hofrath in Oesterreich mit dem sogenannten innerlichen kaiserlichen Rathe zu verbinden, aus welcher Verbindung der nach-malige Reichshofrath hervorging.

Die Befoldung der Reichskammerrichter war immer noch nicht fest geordnet; 1507 wurde daher zur einstweiligen Befoldung der sogenannte kleine Reichsanschlag entworfen, woraus die Kammer-gerichtsmatrifel entstand; auch wurden jährliche Visitationen des Gerichts beschlossen.

Der Reichstag zu Cöln ergab endlich 1512 zur Stütze des Landfriedens und des Reichsgerichts eine festere Reichsexecutionsordnung, und statt der früheren sechs wurde das Reich nun in zehn Landfriedenskreise abgetheilt, jeder der Kreise aber unter einen Kriegsobersten gestellt, dem man Rätbe beigab. Diese Kreisbehörde hatte den Landfrieden und die gleichförmige Vollstreckung der Reichsschlüsse zu überwachen.

11. Dem Kreise Niedersachsen wurde der größte Theil der Lande zwischen Weser und Elbe einverleibt. Er bestand aus Theilen, welche meistens dem alten Ostfachsen angehört hatten, auch den zu Deutschland angehörigen überelbischen. Die Kreiseintheilung war nicht ohne Beachtung der Verschiedenheit deutscher Stämme bewerkstelligt. Niedersachsen enthielt die welfischen, mecklenburgischen, holsteinischen und sachsenlaunenburgischen Lande, die Erzbisthümer Bremen und Magdeburg, die Hochstifter Lübeck, Hildesheim, Schwerin, Magdeburg und Halberstadt, die in der Folge secularisirt worden, dann die Reichsstädte Lübeck, Goslar, Mühlhausen und Nordhausen, auch Hamburg und Bremen, denen jedoch die Reichsunmittelbarkeit später noch harte Kämpfe veranlaßte.

Wie in allen Kreisen der Kreishauptmann oder Oberst von den Ständen des Kreises gewählt werden sollte, so mußte es auch in Niedersachsen so gehalten werden; doch kam später (1522) das Amt der freisauschreibenden Fürsten hinzu, welches der jedesmalige regierende Senior des Braunschweig-Lüneburgischen Hauses und, von einem Kreistage zum andern abwechselnd, die Erzbischöfe von Magdeburg und Bremen zu versehen hatten.

In Niedersachsen ließ zwar die neue Kreiseintheilung nicht die Verwirrungen nach, welche in den oberen Kreisen und am Rheine die Folge waren, wovon Häberlin im Handbuche des deutschen Staatsrechts bemerkt: „Es ist schlimm, wenn etwas geschehen soll, wobei das Oberhaupt selbst Vortheil davon hat, wenn es nicht geschieht“; allein es fehlte auch dort an Widersachern der neuen Ordnung nicht. Eine Verfassung, die nicht allen freien Reichsgenossen, Bürgern wie Landbebauern, die Gelegenheit verlieh, ihre Bedürfnisse und die Drangsale, an welchen sie litten, durch Abgeordnete zu den Reichstagen herauszustellen, mußte Städten wie Rittern bedenklich erscheinen. Unbedeutende Städte genossen in Beziehung auf zufällige Verhältnisse den Vorzug der Unmittelbarkeit vor viel reicheren und blühenderen

Handelsstädten, und ebenso wurden ohne zutreffende Motive Rittervereine vor andern, oft bedeutenderen Grundbesitzern und Prälaten begünstigt, die nur Zufälligkeiten in der geschützteren Lage erhielt. Die so wichtige Vertretung nach den wesentlichsten Standesinteressen war verfehlt, die aber, welche unter Entfagung der Waffen und Einigungen sich für landsässig ansehen sollten, kamen in eine um so bedenklichere Lage, als sie den neugeordneten Gerichten bei dem den Fürsten eingeräumten Einflusse nicht trauen zu können glaubten. Daß die anerkannten Reichsstädte eben so egoistisch als andere Reichsstände nur ihre Sonderinteressen verfolgen und nichts weniger als Vertreter und Förderer des Handels und der Gewerbe sein würden, konnte nicht zweifelhaft erscheinen: das allgemeine und nachhaltige Urtheil wurde daher: Traue dem Landfrieden nicht.

Die Politik größerer Handelsstädte führte nun dahin, alles aufzubieten, um entweder die Reichsunmittelbarkeit noch zu erwirken, oder sich doch thunlichst gegen den Territorialherrn ferner abzuschließen. Die Guts Herren, welche unter der alten Benennung „Ritterschaft“ auf Landtagen zusammen standen, suchten wenigstens Corporationen zu bilden und gemeinsam Sonderinteressen durchzuführen. Wie die Reichsstände nicht als Reichsvertreter, als Vertreter des wesentlichsten Theils des Reichs, des Volks, angesehen werden konnten, so waren dies in Beziehung auf Territorien auch nicht die Landstände. Sie vertraten sich selbst, und es wurde ihnen die Erreichung ihrer Zwecke dadurch erleichtert, daß sie, so lange es vorzüglich nur auf Gaben und Leistungen zu willkürlichen Zwecken ankam, nur den Finger auf die viel größere Masse der neben ihnen stehenden nicht vertretenen Territorialgenossen zu richten hatten.

12. In Niedersachen dauerten Selbsthülfe, Befehdungen und beides betreffende öffentliche Verhandlungen noch lange fort. Von Gevettern von Veltheim wurden 1495 zwei Bürgermeister der Stadt Braunschweig auf offener befriedeter Landstraße aufgegriffen, nach Pommern geschleppt und nur gegen ein beträchtliches Lösegeld wieder freigegeben, weil Braunschweiger den von Veltheimischen Knecht Hans von Berge erschlagen haben sollten. Die Fehde dauerte noch 1497 fort, sie wurde unter Zustimmung und dem Versprechen der Hülfsleistung H. Heinrichs von Klineburg fortgesetzt. Die Hamburger Straße war inzwischen unsicher und auch der oben (8) erwähnte Syndikus Cuzener wurde von den von Veltheim abgefangen und erst nach Entrichtung eines Lösegeldes von 416½ Goldgulden wieder freigegeben. Waren auch seit der Errichtung des Landfriedens und Einsetzung des Reichskammergerichts 1506 schon elf Jahre verflossen, so wurden doch die Gewaltthaten der Bettern Othrave und Cord von Veltheim in dem Jahre noch in alter Weise verfolgt. H. Heinrich von Klineburg war von den Braunschweigern wegen seiner Betheiligung in Anspruch genommen, und die Städte Magdeburg, Klineburg, Hildesheim, Göttingen, Hannover und Einbeck vermittelten 1506 den Vergleich, nach welchem der Herzog sich verbindlich machte, innerhalb fünf Jahren

jährlich 1000 Gulden zu zahlen, für welche Schuld die Rätthe des Fürsten sich unter der Zusicherung verbürgen mußten, im Falle nicht geleisteter Zahlung in Braunschweig Einlager halten zu wollen.

Wie unwirksam die neue Reichsverfassung noch war, zeigte sich an allen Enden Niedersachsens. Die vom Kaiser genehmigte Anlage eines neuen Zollhauses vor Wehnde war den Göttingern zuwider. Sie verbrannten 1503 das Gebäude, auch wurde zwar die Acht gegen die Stadt verhängt, allein dessen ungeachtet die Angelegenheit erst 1512 unter Vermittelung der Städte dahin geschlichtet, daß die Zollerhebung zu Wehnde nicht stattfinden solle.

Städte suchten sich ferner mit Umgehung ihres Territorialherrn fremde Schutzherrn, und Fürsten boten sich dazu dar. Für ein Schutzgeld von 200 fl. jährlich übernahm H. Heinrich der ältere den Schutz der Stadt Magdeburg auf zehn Jahre, und der darüber 1498 geschlossene Vertrag wurde 1506 bis in das Jahr 1523 verlängert. Einen ähnlichen Vertrag errichtete der Herzog auf fünf Jahre mit der Stadt Bremen gegen ein jährliches Schutzgeld von 100 fl., während er schon begonnen hatte, das ihm entfernte Stadt- und Budjadinger Land für den Erzbischof von Bremen angeblich zu bedrängen. Es wurde bis 1513 und 1514 erobert, allein unter die Herzoge von Braunschweig und Lüneburg vertheilt, die zu verschiedenen Zeiten den Grafen von Oldenburg damit beliehen.

Ebenso beweiset das Verfahren des Herzogs gegen die Grafen von Hoya, die er aus ihrem Lande vertrieb, wie gegen die Friesen, deren Herr auch gezwungen wurde seine Lande zu verlassen, wie Selbsthülfe noch an der Tagesordnung war und kaiserliche wie reichsgerichtliche Einmischung noch unbeachtet blieb.

13. Die Sassenstädte, welche sich leicht überzeugten, daß sie von den neuen Reichsaktionen verbesserte öffentliche Zustände lange noch nicht zu hoffen hätten, die sich fortwährend noch von Wege-  
lagerern und beutelustigen zusammengerafften Heerhaufen umschwärmt sahen, ergriffen zwar jedes Mittel, von welchem sie wenn auch nur einstweiligen Schutz hoffen durften, das eingreifendste aber blieb ihnen der Selbstschutz und die Fortsetzung der Verbindung mit befreundeten in gleicher Lage befindlichen Städten.

Gleich nach dem Bundesvertrage vom Jahre 1490 trat für die im Bunde verbliebenen Städte eine drangsalvolle Zeit ein, in welcher sie zu augenblicklichen Hülfsleistungen unter sich und mit den in ihr Interesse zu ziehenden Fürsten Sonderverträge schlossen. Ein solcher kam auch 1500 zwischen den Städten Braunschweig, Magdeburg und Hildesheim zu Stande, nach welchem sie für den Fall einer Belagerung sich wechselseitig, die ersteren beiden jede 200, Hildesheim aber 100 Mann zu stellen verhiessen. Das Wichtigste aber war die zugleich vereinbarte Geldhülfe, da, wie bemerkt worden, bei der seit Jahrhunderten andauernden Verwilderung Kriegsknechte überall zu haben waren, wenn man nur zahlen konnte. Magdeburg und Braunschweig erklärten sich jede Stadt zu einem Hülfsgelde von 12000

rhein. Gulden und Hildesheim zu 8000 rhein. Gulden bereit, wenn eine der Städte angegriffen werden sollte.

Der zwischen den Sassenstädten Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim, Göttingen und Einbeck am Mittwoch nach (?) Antonii [24. Januar] 1504 auf zehn Jahre erneuerte Bundesvertrag vermehrte noch die für den Nothfall zu leistende Hülfe. Sie wurde unter den in früheren Verträgen wiederholt festgestellten ausführlichen Bedingungen von Magdeburg mit 200, Braunschweig 200, Hildesheim 134, Göttingen 134 und Einbeck 100 Mann zugesagt, das Wichtigere aber war auch nach dieser Uebereinkunft die Geldhülfe. Der bedrängten Stadt ist überlassen, statt der Mannschaft Geld — 2 rhein. Gulden monatlich für jeden Mann — zu fordern, daneben aber haben an Hülfsgeldern übrigens zu entrichten: Magdeburg 9000, Braunschweig 9000, Hildesheim 6000, Göttingen 6000, Einbeck 4500 Gulden.

Auch Hannover trat 1508 dem Vertrage wieder bei, mit der Verpflichtung, 83 Mann und 3750 Gulden an Vöhnungsgeldern zuzuschießen.

14. Das Verhältniß des Bundes der Sassenstädte zur Hanse blieb seit 1426 sich gleich. Beide Bünde bestanden als getrennte Städtegruppen fort, die, wenn dringendere Veranlassung sich fand, als getrennte Körper mit einander in Verträge traten und sich wechselseitige Hülfe zusagten, wenn auch mehrere größere sächsische Handelsstädte beiden Bünden und schon von älteren Zeiten her der Hanse angehörten. Beide hatten wichtige Interessen mit einander gemein, die Sassenstädte, daß ihnen durch die Hanse Ausfuhrwege zur See und Großhandel offen erhalten, die Seestädte, daß die Straßen, welche in das Innere Deutschlands führten, zur Anfuhr von Producten und zu Rückfrachten nicht gesperrt, sondern von den Binnenstädten geschützt würden. Jeder der Bünde hatte seine ihm eigenthümlichen Widersacher: die Seestädte besonders überseeische Staaten und Seeräuber, die Sassenstädte Territorialherren, welche Vernichtung droheten, Raubritter und Schnapphähne. Als letztere anfangen, auch den Seestädten gefährlich zu werden, einigten sich beide Bünde zu gemeinsamen Maßregeln und zu einer Matrikel, nach welcher Hülfe gegen Landräuber gewährt werden sollte, wie 1450 (III, 4); allein die Säuberung des Binnenlandes blieb ferner Aufgabe der Sassenstädte und Gegenstand ihrer abgejonderten Berathungen und Bundesverträge.

Die meisten der dem Bunde der Sassenstädte angehörigen, zum Theil geringeren und nur als Stationsorte für den Handel beachtenswerthen Städte wurden in den hanseischen Recessen seit 1426 genannt und als Hansegenossen in den Verzeichnissen fortgeführt. Allein die, welche dem Bunde der Sassenstädte nach und nach entzogen worden, blieben auch nicht weiter Hansegenossen, wenn sie nicht etwa als einflußreichere Handelsstädte schon vor 1426 auch der Hanse angehört hatten. Die Verhältnisse, welche das Ausscheiden mehrerer Städte aus dem sächsischen Bunde veranlaßt hatten, wurden

in Lübeck zum Theil wol nicht einmal bekannt, und daher kam es, daß hier manche Städte noch lange für Hansestädte angesehen wurden, die es längst nicht mehr waren.

15. Wie im Innern des Reichs gegen das Ende des 15. Jahrhunderts ein Uebergewicht der Fürsten über die verbündeten und selbstständigen Städte sich geltend zu machen suchte, so wurde auch der Hanse der Handelskreis nach außen hin mehr und mehr beschränkt. Auf dem Meere ging es wie bei den Fehden auf dem Lande. Waren rohe Haufen eingeschifft, so unterschieden sie, wie die Banden, die mit den städtischen Kriegsknechten zu Lande ausgezogen, nicht Freunde von Feinden. So nahm 1452 ein gegen englische Schiffe ausgerüstetes Geschwader selbst Hamburger und Danziger Schiffe und gab die geraubten Gegenstände nur für Lösegeld wieder heraus.

Die Privilegien der Hanse in den Niederlanden, England, Dänemark, Norwegen, Schweden, Preußen und Rußland waren schon den Beeinträchtigungen der theiligten Nationen ausgesetzt, deren Handelsstand die ihm bekannt gewordenen Handelswege für sich auszubenten suchte. Seeräubereien nahmen seit der Mitte des 15. Jahrhunderts in furchtbarer Weise zu, so daß Flotten unterhalten werden mußten, um den Kaufleuten durch ein starkes Geleite Sicherheit zu gewähren. Die darauf auf Deputationen und Opfer zur Erhaltung der Privilegien verwandten Kosten wurden unverhältnißmäßiger und die Theilnahme verwickelter, zu welcher die Theiligung der verschiedenen Nationen am Großhandel führte. Der russische Großfürst ließ 1494 die in Nowgorod anwesenden Kaufleute drei Jahre im Gefängnisse schmachten, weil die Hanse den Schweden Unterstützung gewährt hatte. Die Unglücklichen kamen auf der Rückreise in einem Sturme um. 1498 forderte K. Johann von Dänemark Hülfe zur Unterjochung der Ditmarsen, dagegen untersagte K. Maximilian I. 1500 allen Deutschen, an irgend einem Kriege gegen das Völkchen Theil zu nehmen, und so gerieth die Hanse aus einer Verlegenheit in die andere. Derselbe Johann forderte 1502, daß die Seestädte des Handels nach Schweden, das der Union sich entzogen hatte, sich enthalten sollten. Die Städte fügten sich zwar nicht, rüsteten vielmehr fünf Schiffe zur Unterstützung ihres Handels aus, auch wurde dann von dem mit Ablassram im nördlichen Deutschland beschäftigten und auf den Wunsch des Königs vom Papste dazu ermächtigten Cardinal Raimund ein Friedensvertrag vermittelt; der König hielt ihn aber nicht, gab die geraubten Güter nicht zurück, ersetzte keine Schäden, wozu er sich mit vielen Bürgen verpflichtet hatte. 1505 forderte er abermals Einstellung des Handels nach Schweden, und kam es wiederum zu einem Vergleiche, den jedoch der König, der Lübecker Güter und Schiffe genommen hatte, unerfüllt ließ, wie seine frühere Zusage. Die äußerste Erbitterung der Seestädte führte diese der schwedischen Partei zu; in dem darauf folgenden Kriege wurde mit abwechselndem Glücke gefochten, bis endlich 1512 ein dauernderer Frieden vermittelt worden.

Die Kosten und Folgen solcher Seekriege trafen unmittelbar nur die zunächst dabei theiligten Städte, wie Lübeck, Hamburg, Bremen, Wismar, Rostock, Lüneburg, während die Sassenstädte die Kosten ihrer Landkriege trugen. Der Hansebund war zu ausgedehnt und locker, als daß die Kräfte an Einem Punkte hätten vereinigt werden können; entferntere Städte hatten oft, namentlich in den Seekriegen, ganz entgegenstehende Interessen. Doch bot der weitere Verband für alle Theilnehmer das wichtigste Mittel, im Falle der Widerseßlichkeit gegen städtische Obrigkeit, empfindlich zu züchtigen dadurch, daß der Aufwiegler in so zahlreichen Städten verfolgt und von der Gelegenheit ausgeschlossen wurde, hier sein Gewerbe zu betreiben. Welchen Werth man in der bezeichneten Hinsicht auf die Theiligung bei dem Bunde legte, beweiset das Bemühen der 1470 wegen verweigerter Theilnahme an den in Lübeck gegen England vereinbarten Maßregeln ausgestoßenen Cölner, die erst 1475 ihre Wiederaufnahme bewirken konnten, und zwar unter Vermittelung des Kaisers und anderer.

## Anhang.

### Innere Verhältnisse.

Die Geschichte der Bündnisse sächsischer Städte in den mittleren Jahrhunderten würde, wie die zahlreicher kleinerer deutscher Staaten, die nicht viel mehr als die Erinnerung an Kaufereien und Bedrückungen bietet, geringen Werth haben, wenn nicht mit Sorgfalt hervorgehoben würde, um was es bei den Bündnissen sich handelte.

Während die deutschen Territorien sich noch keineswegs zu Staaten im rechtlichen Sinne des Wortes empor gehoben hatten, während Grundherrlichkeit vorherrschend blieb und alles, was derselben nicht mit Kraft und Gewalt entzogen werden konnte, wie Eigenthum und nach beschränkten Grundsätzen des Privatrechts beurtheilt wurde, boten die Städte, welche selbständig sich entwickeln konnten, den Territorialherren das Beispiel zur Begründung eines geregelten Staatsgebäudes.

Schutz des Handels und der Gewerbe gaben den Antrieb zu großer Kraftentwicklung; mit Besonnenheit und dem großen Zwecke gemäß wurden aber auch alle Zweige der Verwaltung so geordnet, daß sie den Erfordernissen eines in sich abgeschlossenen, widerstandsfähigen Staats entsprachen und schützen und vermitteln konnten.

Während die Fürsten von der mit Gütern erkauften Lehnsmannschaft mehr und mehr verlassen wurden und eine ganz veränderte Kriegsweise diese ganz unzulänglich machte, benutzten die Städte sofort jede neue Erfindung auch im Kriegswesen, verbanden mit einer Stadt-



wehr für den Nothfall Söldner und sorgten für Kriegsbedürfnisse und Erhaltung ihrer Festungswerke.

Die Rechtspflege in den Städten wurde früh an gesetzliche Vorschriften geknüpft und so geordnet, daß sie den bei steigendem Handelsverkehr und größerer Verwickelung der Rechtsstreitigkeiten sehr veränderten Bedürfnissen entsprach, während übrigens im Territorium die Befugniß zu richten und Urtheil zu finden als Gegenstand des Handels und der Vergleichung und als Anhängel des umfassenderen Grundbesitzes behandelt wurde.

Dem frühen Mittelalter gehören in den Städten die einflußreichsten Policeianstalten an, während man in den Territorien an ein Zusammenwirken zu policeilichen Zwecken noch nicht dachte.

Was die Territorialherren neben ihren grundherrlichen Gefällen zu persönlichen — nicht Staatsbedürfnissen — bewilligt erhielten, hatte nach dem vorherrschenden grundherrlichen Systeme die Natur erhöhter Dominalgelasse, dagegen wurden in den Städten wirkliche, zur Ordnung und Erhaltung des Gemeinwesens bestimmte Steuern von Anbeginn eines Stadtreiments an gehoben.

Der Reichtum, zu welchem die Städte durch Handel und Gewerbe, die in der Verfassung eine festere Stütze hatten, sich hoben, verlieh ihnen die Mittel, theils fördernde Handelseinrichtungen und Anlagen im Innern der Städte zu treffen, theils den Aufwand zu bestreiten, welchen die Sicherstellung der Handelsstraßen erforderlich machte, besonders aber alle die Rechte und Befugnisse abzukaufen, mittelst welcher der Verkehr gestört werden konnte.

Schwaches Regiment, Vernachlässigung wichtiger Volksinteressen und eigennütziges, denselben entgegengesetztes Widerstreben haben jeder Zeit Einigungen zur Bewältigung der Schwächen und Bosheiten hervorgerufen. Die Städtebündnisse waren eine nothwendige Folge der Zerrissenheit des deutschen Reichs und der Unkunde deutscher Machthaber, die, was Noth that, nicht zu fassen vermochten und aus den erbeuteten Trümmern des Reichsstaats keine Einzelstaaten zu schaffen verstanden.

Die Städte bilden in jenen wilden dunkeln Zeiten den Glanzpunkt besonders in Beziehung auf Zweckmäßigkeit ihrer Verfassung und Politik. Die größeren selbständigen Städte standen in allen ihren Einrichtungen mit einander in Uebereinstimmung. Hier kann ich zwar nur nach Urkunden des Archivs der Stadt Braunschweig speciellere Nachweisungen geben, sie aber zeigen auf solche Uebereinstimmung hin, und prüfe man nur, was andere städtische Archive ergeben, um meine Behauptung bestätigt zu finden<sup>1</sup>.

\* \* \*

<sup>1</sup> Hier bricht das Fragment unvollendet ab. Ich lasse einen Theil des zweiten Abschnitts aus dem ersten Buche folgen, der von den Zuständen der Sächsischen Städte im 13. und Anfang des 14. Jahrhunderts handelt.

Die reicheren Handelsstädte hatten schon im 14ten Jahrhundert eine feste tief eingreifende Militärordnung, nach welchem in der Stadt Braunschweig Kriegshülfe geleistet werden mußte. Jeder Bürger und waffenfähige Einwohner war zum Kriegsdienste verpflichtet, und davon wurde auch bei denen keine Ausnahme gemacht, die sonst ihres Amtes wegen von öffentlichen Lasten befreiet waren. Auf den ersten Ruf mußten sich die Mannschaften auf ihren Marktplätzen mit der vorgeschriebenen Rüstung stellen. Sie zogen mit ihrem Banner, angeführt von einem der Rathsherren, der, sobald der Zug die Thore hinter sich hatte, das Kriegsgeßetz handhaben durfte, aus, nachdem gleichzeitig mit Aufstellung der Mannschaft alle den Bürgern angehörigen verfügbaren Wagen mit Gespann und alle Reitpferde vorgeführt waren. Die Stadt hatte einen Stamm von Reissigen und Hauptleuten, und wenn Kriegshülfe erforderlich wurde, vermehrte man die Mannschaft, besonders die Reiterei durch Aufruf nach außen hin. Es stellten sich Ritter- und Reiterfährlein, gewöhnlich aus einem Anführer und 3 Mann bestehend; sie schlossen sich den Hauptleuten an, auch waren die Bedingungen, unter welchen diese mit Lanzen dienenden Reiter eintraten und für Verluste an Pferden Vergütung fordern konnten, statuarisch festgestellt. In der Mitte des 14. Jahrhunderts schon vertauschte die Stadt ihr altes großes, zum Sturme auf Festen eingerichtetes und damals verzeichnetes Kriegsgeräth mit Feuereschützen, auch unterschied sich bald der zu Pferde dienende Lanzenknecht dadurch von dem zu Fuße dienenden Schützen, daß dieser mit Handbüchsen versehen wurde, die in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts schon in Braunschweig selbst angefertigt wurden.

Die Städte, die in allen ihren Einrichtungen Uebereinstimmung erstrebten und schnell ergriffen, was sich mit Vortheil nachahmen ließ, erlangten durch ihr staatsgemäheres Kriegssystem das, was die Fürsten in ihrer Weise und durch eigenes Verschulden nicht erreichen konnten. Die so gerüsteten Städte stiegen nicht nur in ihrem Werthe als Bundesgenossen, sie schlangen sich zugleich zu einer Selbstständigkeit empor, deren sie je mehr die Verwirrung zunahm je mehr bedurften.

8. Die Kriegseinrichtungen gaben der Selbstständigkeit der Stadt den Anhaltspunct, und dieser mußte gewonnen werden, da er im Staate in einem die welfischen Lande umfassenden geordneten Gemeinwesen nicht gefunden wurde.

Die Rechte des landesherrlichen Vogts innerhalb der Stadt waren schon nach den ältesten Stadtgesetzen beschränkt, mehr noch geistlich 1296, in welchem Jahre die in dem Vertrage vereinbarten Beschränkungen dem richterlichen Amte allen fiskalischen Werth nahmen und danach die dauernde Erwerbung der Advocatie, an welche damals so manche tief eingreifende Befugnisse geknüpft worden, erleichterte. Gleichzeitig suchten andere Sassenstädte sich in den Besitz der Vogtei zu setzen und ihre Bürger von allen den Anforderungen zu befreien, die damit verbunden waren.

Es war die von den Städten allgemein befolgte Politik, keine

Art von richterlicher Gewalt innerhalb ihrer Mauern von anderen zur Anwendung bringen zu lassen. Für den Fall, daß erhebliche Streitigkeiten zwischen den Bürgern entstehen würden — nicht Streitfachen der Einzelnen, bei welchen der Vogt mit seinen Schöffen Urtheil finden mußte — war in Braunschweig ein Friedensgericht geordnet, das seit dem Anfange des 14. Jahrhunderts sich thätig zeigte und den Zweck hatte, die Berufung auf den Richterspruch des Landesherrn oder gar kaiserlicher Hofgerichte ganz auszuschließen. Die aus den verschiedenen Weichbildern der Stadt gewählten Richter wurden eingesperrt, bis sie entweder den Frieden hergestellt oder über eine Entscheidung sich geeinigt hatten<sup>1</sup>.

Vor allem suchten die Städte der Einwirkung der westfälischen Stillgerichte sich zu entziehen. Niemand sollte vor einem solchen bei Strafe der Ausweisung aus der Stadt sich einlassen; denn auch sächsische Bischöfe und Herren hatten sich bei den Gerichten betheiligt, und ihre Städte durften nichts Gutes von dieser Stellung erwarten. Welchen Ursprung die Fehngerichte auch genommen haben mögen, die Rohheiten und der schon verwilderte Zustand im 14. Jahrhundert war ihrer Thätigkeit zuträglich und vermittelte ihnen die Gunst der Kaiser, wie Karl IV., die Besseres nicht an die Stelle zu setzen vermochten und sie auch, als dem Eigennutze dienstbar, ausbeuten zu können glaubten. Ehe die Städte dem gefährlichen Institute noch

<sup>1</sup> Inter pascha et pentecosten absque dilatione ulteriori semper duobus annis revolutis apud fratres (im Kloster der Franziskaner) eligendi, et jurare debent ad concordiam quatuor de antiqua civitate, duo de Indagine, duo de nova civitate, de vetere vico et de Sacco tantum unus, et juxta formam sui juramenti prestiti perdurabunt in officio faciendi concordias per duos annos continuos, et dicti electi eligent alios suo termino expirante, et tales sunt scribendi ad locum certum et notum. Quicumque autem juraverint, hec infra scripta observare jurabunt, et Consules debent eis assistere:

In welkeme wicbilde tweyinge wert under borgern, der seal de rad des wicbeldes sik der tweyunge underwinden to likende de tweyinge en si also dat dar eyn vestinge to høre. Weret aver dat de, under den de tweyinge were, de voresproken rad eder erer sülves vründ nicht kunde vorliken unde dat se de rad sende vor de, de to der söne sworen hebbet, de scolden den na de tyd, dat se vor se ghesant worden, binnen ver weken vorliken. Weret dat der nicht enschulde, so scollen desülven de ghesworen hebbet gan uppe de Müntsmede, unde enscolden dar nicht uthkomen se en hedde se vorliket an vrüntscop eder an rechte. Vorbat wenne se aldüs eyn recht eder eyne vrüntscop ghesproken hebbet und gheheten to holende under den de tweyinge is, welke denne des rechts edder dere vründscop nicht wolde holden, de scolde unser stad vestich mark gheven, unde man scolde ene vorfesten. Were he aver also arm, dat he des gheldes nicht gheven ne mochte, so scolde man one vorfesten, un he scolde evelecken buten der stad wesen also lange wente he dat ghelt gheve unde helde de vrüntscop eder dat recht, unde wes de meiste menye der sönclide over eyn komet, datse olen de andern volgen. Disser ding wil de rad instan.

Wanne de persone to der eindrechticheyt ghekomen sin un da dith gnelesen is, so seal upstan de de des rades wort holt un seal en staven den edh in dysser wise: Dat ju hir is ghelesen, dat gi dat holden twey jar umme also gi best kunnen unde moghen; dat ju god so helpe unde de hilghen.

In Vereinen entgegenzutreten, führten manche derselben ein ähnliches Verfahren gegen Raub, Brandstiftung, Diebstahl und andere grobe Verbrechen ein, die ganz an der Tagesordnung waren, und gegen welche die ordentliche Rechtspflege nicht ausreichte. Das „Vemeding“ wurde in Braunschweig nach dem Ermessen zweier Bürgermeister, die zwei der geachtetsten und einsichtvollsten Männer der Stadt dabei zuzuziehen hatten, verkündet. Die zu dem Gerichte gehörigen Personen waren der Vehmegräf (Vemegrebe), der Vemeschreiber, die Vermahrer der Vemenoten, die Büttel, der Scharfrichter und der Henker. Zwischen 1332 und 1362 wurden 13 solcher Vehmengerichte gehalten; der Hergang war dabei folgender: Die Herren, welche die Gerichtssitzung beschlossen hatten, versammelten sich um Mitternacht auf dem Martini-Kirchhofe und beriefen dahin auch die übrigen Rathspersonen. Die Thore wurden dann geschlossen und besetzt und mit Hülfe des Vemenoters, der das Verzeichniß der vorgekommenen strafbaren Handlungen zu führen hatte, und der Vemeschreiber das Verzeichniß ergänzt. Die Bannermeister hatten zugleich in den Häusern anzufagen, daß die Bewohner, wenn mit der großen Glocke geläutet werde, auf dem Markte sich zu stellen hätten. Im Gefolge des Geläuts fanden sich auch die zum Gerichte gehörigen Personen an und nachdem dreimal ein Sturmgeläut gehört war, begab sich die ganze Versammlung in den Vemegraben am Petrihore. Der Vemegräf mit seinen Gehülften nahm auf der einen Seite des Wallgrabens Platz, das Volk stellte sich an der gegenüber belegenen Böschung auf. Dem Vemegrafen zur Seite wurde eine Monstranz aufgestellt, an der andern Seite aber von den Bütteln und dem Henker ein Feuer angezündet und Eisen glühend gemacht. Dem Volke wurde vom Vogte die Eidesformel vorgelesen, die sie nachsprechen mußten. Zunächst wurden dann die VERAUBTEN vorgefordert, die den Dieb namhaft machen, oder, daß sie denselben nicht kannten, mittelst Eides erhärten mußten. Der Angeklagte konnte sich das erstemal mittelst Eides reinigen, die zweite Anklage entkräftete er nur durch sieben Eidesleister, bei der dritten aber wurde er verpflichtet, das heiße Eisen unverletzt neun Fuß weit zu tragen, wodurch denn von dem Gerichte abhängig wurde, unverbesserliche Diebe und Räuber wie auch andere Verbrechen völlig unschädlich zu machen. Ein Diebstahl unter 4 Schillingen durfte nicht vor dieses Gericht gebracht werden, mit feierlichen Formen aber, an welche das Verfahren geknüpft war, suchte man im Geiste der Zeit auf den rohen Haufen zu wirken; auch setzten sich die einer besonderen Untersuchung und Bestrafung aus, welche der Berufung nicht Folge geleistet hatten.

Als Zeichen der Zeit verdienen solche Auswege in der Geschichte des Städtewesens und der Verhältnisse, unter welchen die Städte endlich zum Theil als Staaten im Staate sich ausbildeten, eine Stelle. Die Rohheit zeigte sich auf allen ihren sie charakterisirenden Abwegen, besonders auch in der Spielsucht, der strenge Statute gegen das Doppeln entgegengestellt waren.

Die Gebrechen des 13. und 14. Jahrhunderts erhielten noch bedeutenden Zuwachs durch Uebergriffe der Geistlichkeit im Allgemeinen und besonders auch in die weltliche Gerichtsbarkeit. Der Einfluß der Kaiser auf die Ernennung der Bischöfe und ihr Verfahren war schon durch den Ausgang des Investiturstreits 1122 und durch fernere Nachgiebigkeit sehr geschwächt, doch blieb allen Erfahrungen nach schwer zu unterscheiden, ob die streitigen Rechte von der geistlichen oder der weltlichen Macht am eigenmächtigsten ausgebeutet wurden. Die Städte, welche es zu einiger Selbständigkeit gebracht hatten, bemühten sich, fremden Einfluß auch auf ihr Kirchenwesen thunlichst zu entfernen. Auch dies war eine durch Mißbrauch aufgedrungene Politik, bei deren Befolgung Habsucht und Käuflichkeit der Päpste und ihrer Helfer zu statten kamen. Heinrich der Löwe hatte, wie in seiner Grundherrschaft, so auch in seiner Provinz Sachsen mit großer Unumschränktheit verfügt, von ihm hatten die welfischen größeren Städte wichtige Rechte in ihren kirchlichen Angelegenheiten eingeräumt erhalten. Schon in den ältesten Stadtrechten der Braunschweiger war denselben vorbehalten, ihre Parochialgeistlichen selbst zu wählen; sie hatten den Gewählten nur dem Fürsten zur Bestätigung zu präsentiren<sup>1</sup>. Das Recht wurde nachmals vielfältig angefochten, aber ohne Erfolg, weil die Stadt es selbständig zu schützen vermochte. Es deutete auf sträfliche Parteilichkeit der geistlichen Gerichtsbehörden, daß man die Bürger gesetzlich anweisen ließ, um in Klagesachen gegen Geistliche die Sendgerichte zu umgehen, zur Selbsthilfe, zur Einziehung der Person des betreffenden Pfaffen und seiner Güter ermächtigte, bis er eingegangene Verbindlichkeiten erfüllt haben würde<sup>2</sup>. Um solchen Scandalen vorzubauen, erkaufte die Stadt Braunschweig von dem Papste das Recht, einen Official in ihre Mauern zu ziehen und ihn von der Seite des Bischofs, dem dieser Beamte in weltlichen Angelegenheiten und bei Ausübung der Gerichtsbarkeit diene, zu entfernen. Es gelang dann bald, ihn für die Interessen der Stadt zu gewinnen und damit einen wichtigen Schritt zur Befreiung von der bischöflichen Gewalt zu thun, die rein kirchlichen Angelegenheiten selbst aber unter eine aus den Prälaten der Stifter und den Plebanen — den ersten Geistlichen der Pfarrkirchen — zusammengesetzte Union zu stellen. Stifter und Klöster, die im 9. und 10. Jahrhundert so segensreich wirkten, waren durch den Mißbrauch der geistlichen Strafgewalt und die Einnischung in weltliche Angelegenheiten, der von Kaisern und Fürsten kein Einhalt geschehen konnte, mit Mißtrauen beachtete Anstalten geworden. Kirchenbußen und Interdicten suchten die Magna-

<sup>1</sup> Sweliken prester unse borgere keset, dhene solen se vor unsen herren bringen, unde he sal ine de kerken lygen. So heißt es schon in den ältesten von H. Otto dem Kinde bestätigten Stadtschreiben.

<sup>2</sup> Is en pape enen borgern seuldich, man mot ine vol opholden oder sinen wagen oder sin gut dat men nenen seandh (kein Sendgericht) darumbe soken ne darf. Ältestes Braunschw. Stadtschreib.

ten durch immer größere Nachgiebigkeit zu entgehen, die reichsten Güter wurden einem Irrglauben geopfert, und kirchliche Strafen selbst das Mittel, Klostergüter zu vermehren und dem Volke Dienste und Gaben für die Klöster abzupressen. Nur in Städten benützte man früh schon die noch einzigen Gegenmittel: Ankauf von Privilegien in Rom. Dadurch wurden allgemeine, den ganzen Ort treffende Interdicte und willkürliche Excommunicationen der Bischöfe untersagt. Die Städte erlangten gegen den Einspruch der Stifter und Klöster dem Bedürfnisse entsprechende Schulen und selbst Unterrichtsanstalten für höhere wissenschaftliche Ausbildung, namentlich zu einem gründlicheren Unterrichte in der lateinischen Sprache. Die häufiger vorkommenden Reisen der Kaufleute in fremde Länder machten dies nothwendig, da man in den Geislichen entfernter Gegenden Dolmetscher fand, die, wenn man im Lateinischen sich auszudrücken vermochte, den Vermittler machen konnten. Alle in Rom gewonnenen Privilegien wurden mit Gelde erkauft, von den nachfolgenden Päpsten zwar oft wieder genommen, um abermals Kaufgelder zu erlangen, und von Bischöfen und anderen Geislichen beharrlich bestritten; doch eben durch solche schwankende Verhältnisse wurden die Städte immer mehr von der Nothwendigkeit überzeugt, nur der eigenen Macht zu vertrauen und die Mittel zur Gegenwehr in Bereitschaft zu halten.

Die alten geistlichen mit einer Disciplinargewalt über Kirchendiener und mit dem Rechte, kirchliche Vergehen der Laien zu bestrafen, ursprünglich ausgestatteten Gerichte, die Sendgerichte, machten den Städten viel zu schaffen. Sie gehörten von Alters her der hierarchischen Ordnung an. Die Bisthümer zerfielen in Archidiaconate, und die diesen vorgesetzten Erzpriester hatten ihre Sprengel, aus welchen sie die Bewohner an bestimmten Tagen zusammenberufen konnten. Sie machten sich nach und nach von der Autorität des Bischofs unabhängiger und überschritten ihre Amtsbefugnisse in eigennütziger und der Moralität, der sie aufhelfen sollten, schädlicher Weise. Die Stadt Braunschweig beschwerte sich beim Papste, daß Ladung so vieler, besonders weiblicher Personen, vor auswärtige geistliche Gerichte zu übertriebenem Scandal die Veranlassung gebe. Das weibliche Geschlecht habe besonders gefährliche Anläufe zu bestehen, und wie die Stadt im Allgemeinen schon das Privilegium erlangt hatte, daß ihre Bewohner nicht vor auswärtige Gerichte gezogen werden sollten, so erhielt sie es nun auch in Beziehung auf die Sendgerichte. Diese mußten innerhalb der Stadt Platz nehmen, der Magistrat aber nahm die Sendwroger in Eid und Pflicht dahin, daß sie dem Gerichte nichts anzeigen dürften, was nicht zur Kompetenz desselben gehöre, auch veröffentlichte die Behörde die Vergehen, für welche die Kompetenz allein anzuerkennen sei. Der Umstand, daß ein Official in der Stadt selbst den Sitz hatte und auch ihm eine Cognition in solchen Fällen zugestanden wurde, die sonst vor das Sendgericht gezogen worden, beschränkte die Thätigkeit der letzteren<sup>1</sup>. Auch

<sup>1</sup> In dem nach dem Aufsturr 1384 von den wieder eingesetzten alten

die Auswüchse, die an Buße und Absolution sich knüpften, wußten die Städte, wenn sie dieselben auch nicht ganz abschneiden konnten, doch zum Gemeindewohl auszubenten. Wege und Brückenbauten wurden bußfertigen Sündern überwiesen, um dabei ihre Vergehen ohne Geldzahlung durch Arbeiten zu büßen. Eine Brücke in der befahrenen Straße auf Hildesheim, Hannover u. bei Bechelde wurde gegen Ablass erbauet, und ebenso in allen Hauptstraßen um Braunschweig Steindämme angelegt. Die Bischöfe versahen den Magistrat mit Ablassbriefen, und wenn diese nicht ausreichten, da die Bischöfe Ablass immer nur auf 40 Tage zusagen durften, so wurden später neue Ausfertigungen erlangt. So wurde herabgewürdigt und verhöhnt, was ursprünglich so wichtigen Zwecken diente, und selbst die Interdicte und Excommunicationen, die aller Privilegien ungeachtet immer wieder versucht worden, wußte man dadurch zu entkräften, daß man irgend eine der Stadtkirchen oder ein Kloster für die religiösen Bedürfnisse der Bürgerschaft offen erhielt. Der Widerstand, den man schon im 14. Jahrhundert der Einrichtung von Klöstern in den Städten, namentlich den der Bettelorden, entgegenstellte, die Bedingungen, welche man bei der Aufnahme solcher Mönche schon machte, als besonders noch das Landvolk und auch Fürsten in den Banden der Geistlichkeit lagen, zeugen von einer gesunderen Politik der Städte und dem Vertrauen, welches sie in ihre schon errungenen selbstständigeren Verhältnisse setzten. Sie sahen, daß das Gut der Stifter und Klöster Pfründnern anheimfiel, die nicht mehr ihrem ursprünglichen Berufe lebten; das Vermögen der städtischen Kirchen und Stiftungen wurde daher fast überall unter Provisoren, aus der Bürgerschaft gewählt, verwaltet und gegen Eingriffe der Bischöfe und anderer Geistlichen sorgsam geschützt.

Das Gedränge, in welches im 13. und 14. Jahrhundert die Handels- und Gewerbeanstalten geriethen, die Vernachlässigung aller Polizeieinrichtungen zum Schutze der Straßen, Brücken und zur Erhaltung der Sicherheit auf den betretensten Handelswegen im Gefolge der unbegrenzten Zerstückelung des Reichs, regte die größeren Städte, auch Sachsen, zu verdoppelter Anstrengung auf. Die Reichsgesetze über Zölle, Geleit, Münzwesen u., welche in das Leben der Städte tief einschnitten, blieben unbeachtet. Jeder die Reichsmittelbarkeit in Anspruch nehmende Magnat suchte seine Klasse durch Ausbeutung von Rechten zu bereichern, die, sollte Ordnung erhalten

Magistratsmitgliedern erlassenen Rechenschaftsberichte (heimelik rekenscop) heißt es: Vort mer 383 mark 3 f. (serdinge  $\frac{1}{4}$  der Mark) hefft das gekostet, dat me neymende von desser stad ynnewonern buten der stad laden scholde vor geistlik gerichte myt der ordinarinse breven (mittelft schriftlicher Ladung der Bischöfe oder Diaconen); ferner heißt es: Item by 200 marken hefft dem rade ghekostet verley privilegien unde fryheide der stad; to dem ersten, dyt me neymede ut Brunswik laden schal vor werlik richte utgenomen den keyser. Item des romischen königs confirmatie uppe der stad privilegia twe schole unde sacramente to nemende von fremmeden perners wenne cynes eghenen perner to banne kundighet.

werden, immer dem Reiche verbleiben mußten. Zölle an Land- und Wasserstraßen wurden mit größter Willkür vermehrt, die vielen Gebiete aber, durch welche Frachter und Schiffer ihre Ladungen hindurchführen mußten, wurden eben so viele, nur mit willkürlich auferlegten Gaben zu überschreitende Barrieren. Die den Zoll- und Geleitsgeldern entsprechende Pflicht, für Erhaltung und Sicherheit der Straßen zu sorgen, fand keine Anerkennung. Bei dem so sehr erschwerten Landtransporte waren die an Flüssen belegenen Städte bemüht, zu ihrem umfassenderen Verkehre der Flußschiffahrt sich zu bedienen. Die an der Elbe und Weser belegenen Städte hatten in dieser Hinsicht große Vorzüge, aber auch die kleine, Aller, Oker und andere geringere Flüsse wurden bei damals höherem Wasserstande zu Schiffstransporten mehr als später benutzt, und Kanalbauten kamen im 14. Jahrhundert schon zu Hülfe; dabei trat aber der Mangel eines von oben her ordnenden Regiments in seiner ganzen Bedeutung hervor. Was von den Reichsstraßen zu Lande galt, sollte auch auf Flußstraßen Anwendung finden; diese wie jene ermangelten eines kräftigen Reichsschutzes. Braunschweig war um 1232 in dem Besitze einer Flußfahrt auf Bremen mittelst der Oker, Aller und Weser. Die Stadt hatte vom Kaiser Otto IV. 1199 das Privilegium der Zollfreiheit durch ganz Deutschland erhalten, allein die Berechtigung ging schon mit der Macht dieses Kaisers unter. In der Mitte des 14. Jahrhunderts sparte die Stadt keinen Aufwand, um den Wasserweg, besonders zur Kornausfuhr auf Bremen, sich wieder zu eröffnen. Sie wurde ermächtigt, die der Wasserfahrt hinderlichen Mühlen anzukaufen, das Holz an den Ufern hinweg zu nehmen, Schleusen anzulegen und Leinpfade einzurichten. Für die Strecke bis Celle wurde ihr Zollfreiheit zugesichert, und den beteiligten Müllern ließ H. Magnus torquatus andeuten, daß ihnen das Mahlen nicht weiter zugestanden werden würde, wenn sie die Mühlen nicht verkaufen wollten. Die Unruhen nach H. Magnus Tode und dem Aussterben des älteren Lüneburgschen Hauses hinderten das Unternehmen, und auch in der Folge traten ihm getheilte Interessen und der Anhalt, den andere Handelsstädte darin fanden, hemmend entgegen. Allgemeine Klagen veranlaßten die Belästigungen, welche die Flußfahrt durch jeden Herrn erlitten, der mit seinem Territorium das Ufer eines schiffbaren Flusses, wenn auch nur auf ganz kurzer Strecke, erreichte, und nicht nur Zollerpressungen waren es, mit welchen man den Kaufmann drückte, sondern auch die Grundrur — das Recht auf den Grund gerathene Schiffe ihrer Ladung zu berauben — wurde auf die Flußschiffahrt in Anwendung gebracht. Nach dem alten otkonischen Stadtrecht wurde Braunschweig gegen solche Ansprüche geschützt<sup>1</sup>; allein wie vieler Herren Gebiete mußten bald nachher

<sup>1</sup> Swelich man schepbrokich wert twischen hir unde dere solten se, swaz he sines godes uth gewinnen mach, dat is sin, unde dar ne mach neman op vordern.



berührt werden. Wie man ein solches Recht ausbeutete, liefert die Bremer Chronik den Beweis. Der Beamte des Erzbischofs hatte die über einen Graben oder ein unbedeutendes Gewässer führende Brücke verfallen lassen. Die Folge davon war, daß der Wagen eines Kaufmanns hindurch fiel, der Beamte die reiche Ladung an sich nahm und dem Erzbischofe mittheilte, er werde mit dem Werthe der Waaren einen Theil seiner Schulden abführen können. Der geistliche Herr schämte sich indeß eines solchen, durch wahrscheinlich absichtliche Vernachlässigung vorbereiteten Raubes, der Beamte erhielt für dasmal die angemessene Weisung, der Kaufmann aber seine Güter zurück. Daß ein solcher Ausgang nur auf persönlichen Ansichten beruhte und nur als Ausnahme von der Regel angeführt werden kann, beweisen die Chroniken dieser traurigen Zeit auf allen Seiten<sup>1</sup>.

Der Großhandel der Sassenstädte hatte am Ende des 13. und im Anfange des 14. Jahrhunderts schon hohen Aufschwung erhalten. Die Zollrolle der Stadt Braunschweig aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts läßt die verschiedenen damaligen Handelsartikel dieser Stadt übersehen; Frachter gingen aus allen Richtungen ab und zu, da so viele Straßen sich hier durchkreuzten. H. Heinrich der Friedsame von Braunschweig suchte der Stadt die von Alters daselbst zusammenlaufenden Reichsstraßen, wie es in der Urkunde vom Jahre 1433 heißt: „uth Wissen, Doringhen, uthe dem Magdeburgschen Lande, in dat Norden und dat Westen“ zu erhalten, und gab ihr darüber urkundlich Zusicherung. Die Sicherstellung aller dieser Wege blieb aber Sorge der Stadt, und sie erhielt eben dadurch hohen Werth für einen großen Theil deutscher Handelsstädte, durch den dadurch aber sehr gesteigerten Verkehr die Mittel, den erforderlichen großen Aufwand zu machen. Alle bei dem Großhandel theilhaftigen sächsischen Städte hatten zwar in ihrem Bereiche Sicherheit gegen Beraubungen zu schaffen, Raubritter und Schnapphähne im Zaume zu halten, ihre Burgen zu brechen und sich derselben in Güte oder mit Gewalt zu versichern, Braunschweig traf aber in dieser Hinsicht die größere Last, weil die Stadt so viele Wege zu hüten hatte. In dem Bilde der Zeit nimmt das, was hier geschah, einen erläuternden Platz ein.

Mit großem Kostenaufwande mußte sich die Stadt schon im 14. Jahrhundert zur Sicherstellung der auf Erfurt über Halberstadt, Quedlinburg und Misersleben laufenden Straße der Burgen Jerzheim, Vogtsdahlum, Schöningen und Hesseu versichern. Die Straße auf Magdeburg wurde durch die Johanniterritter zu Supplingenburg gedeckt, die vertragsmäßig der Stadt ihr Schloß offen halten und für

<sup>1</sup> Die Geschichte dieser Art von Räuberei ist in der Bremischen Chronik des Gerhard Rhymsberch und des Herbold Schene, mitgetheilt in J. M. Lappenberg's Geschichtsquellen des Erzstiftes und der Stadt Bremen. Bremen 1841. 8. S. 81 enthalten. Der Erzbischof Jonas von Bremen wird eben in Beziehung auf diese Geschichte als besonders rechtlicher Mann gerühmt. Er regierte in den ersten Jahren des 14. Jahrhunderts.

dieselbe Reiter in Bereitschaft halten mußten. Helmstedt war zwischen Magdeburg und Braunschweig beiden Städten wichtiger Stationsort, und weiterhin nach Magdeburg zu legten die beiden Städte eine gemeinsame Burg in Erbleben an und versahen dieselbe mit 40 Reitern, die das Geleit geben und die Straße rein erhalten mußten. Auf derselben waren eine Zeit lang Räubereien und Mordthaten so gewöhnlich, daß das Kloster Lüdgeri vor Helmstedt sich bereit finden ließ, eine am Wege belegene Holzung „im Mordthale“ ganz auszurotten, um den Räubern den Hinterhalt im Dickicht zu nehmen.

Ein anderer Handelsweg lief von Braunschweig aus in die Altmark und bei Tangermünde über die Elbe. Die Stadt Braunschweig gewann zum Schutze derselben die Burg Campen, wo sie lange Zeit für Besatzung zu sorgen hatte, dann auch Vorsfelde.

Die wichtige Straße auf Lüneburg, Lübeck, Hamburg, über Uelzen wurde durch Niederbrennen der Raubburgen Thune und Lavesbüttel, dann durch den Pfandbesitz des Schlosses Neubrück und die der Stadt eigenthümlich zugehörig gewesene Erdburg an der Oker unweit Beltenhof, sicher gestellt; auch besaß die Stadt in ihrer Nähe die Werneburg.

Die Straßen auf Hannover und Bremen sowie auf Hildesheim und am Harze hinaus auf Goslar veranlaßten die Stadt Braunschweig, um in ihrem Bereiche Sicherheit zu gewähren, die an- und umliegenden Schlösser und Burgen pfandweise oder eigenthümlich zu erwerben, darin Besatzung zu unterhalten oder unter der Bedingung andern in Nutzung zu geben, daß ihre Mannschaft die Straßen rein zu erhalten und den Braunschweigern die Vesten jeder Zeit offen zu erhalten hätten. So erwarb die Stadt an diesen Wegen das Schloß Bechelde pfandweise mit bedeutenden Zubehörungen, die vom Kloster Bergen vor Magdeburg lehnweise eingethan waren, die Burg Schladen, in welcher die Stadt 10 Reiter und andere Dienstleute zu unterhalten hatte, Antheil an der Burg Lichtenberg. Die Affeburg war früh schon der Stadt Feste, und auf kürzere oder längere Zeit besaß sie selbst das Schloß Wolfenbüttel und die Burgen zu Gifhorn und Hornburg. Wurden auch solche Vesten zurückgegeben, so erwarb man doch dafür bald andere, und im 15. Jahrhundert kamen noch feste Plätze der Art hinzu. Der große Aufwand konnte nur durch entsprechenden Handelsgewinn und ein zweckmäßiges Steuersystem übertragen werden. Die Affeburg wurde der Stadt mit einem Aufwande von 32000 Goldgulden gewonnen, und die Zahl der in den Burgen unterhaltenen Ritter überstieg 300. Um nachtheiligen erprobten Rittern den städtischen Dienst in den Burgen angenehm und wünschenswerth zu machen, ließ die Stadt schöne Pferde im Auslande aufkaufen, die den Hauptleuten in den Vesten zu bestimmten Preisen angerechnet und überwiesen wurden.

Alles dieses mag beweisen, wie beschwerlich das war, was man im 14. Jahrhunderte zu leisten hatte, um die Nachtheile eines ganz gestörten, regellos gewordenen Staatslebens auszugleichen. Wohin

es jetzt schon gekommen war, zu welcher Schwäche Reichs- und Territorialregiment herabgesunken waren, beweiset wohl klar genug, daß Kaiser Siegesmund sich an Städte wie Magdeburg und Braunschweig wenden mußte, um den Wegelagerungen und Räubereien in ihrer Gegend zu steuern, daß er solchen Städten die Berechtigung zugestand, die Räuber über die Grenzen ihres Gebiets hinaus in fremde Länder zu verfolgen.

Besonders zuträglich war dem Aufblühen der Handelsstädte, daß sich weder Kaiser noch Fürsten um die polizeilichen Angelegenheiten der gewerblichen Ansiedlungen bekümmerten. Es hatte sich ein Stadtre Regiment von innen heraus gebildet, das, als dasselbe sich den Fürsten bemerkbar zu machen anfang, schon eine Festigkeit erlangt hatte, in der es Widerstand zu leisten vermochte. R. Friedrich II. trat demselben zwar in empfindlicher Weise entgegen, suchte die städtischen Behörden in Abhängigkeit von den Fürsten zu bringen, um ein Hinderniß bei der Ausbildung der Einzelstaaten hinweg zu räumen, aber um so mehr ohne Erfolg, da von den Fürsten die ihnen zuge dachte höhere Stellung nicht eingenommen wurde. Die Städte fuhrten demnach fort, ihre inneren polizeilichen und Handelsangelegenheiten selbständig zu ordnen.

Vor allem war den Städten und ihrem Handelsverkehr die Münzverfälschung höchst nachtheilig, welche besonders die geistlichen Machtthaber, selbst mit dem Münzrechte begnadigte Klöster, sich zur Schuld kommen ließen. Ihre Münzen von Silberblech — die Bracteaten — waren, wie der Erzbischof von Magdeburg selbst zugestand, so leicht und gehaltlos geworden, daß ein Hauch sie hinweg blasen konnte. Dazu kam, daß solche schlechte Münzen — Silberpfennige — jährlich, in manchen Territorien, wie z. B. im Magdeburgschen — halbjährig, widerrufen und auf  $\frac{3}{4}$ tel ihres Nominalwerthes herabgesetzt wurden. Es mußten dann neue Pfennige eingehandelt werden, und der Ertrag der dazu eingerichteten Wechselbänke reizte zu neuen Verfälschungen, denen die Kaiser, die ganz staatswidrig ein so wichtiges Recht lange schon zerplittert hatten, vergebens ihre Verbote entgegenstellten. Mit solchem unsichern und verfälschten Gelde war kein Handelsverkehr zu unterhalten; eine nahe liegende Gegenmaßregel war daher, daß die Städte Silberstangen und Silbermarken gießen, den Silbergehalt derselben sorgfältig kontrolliren und die Massen mit dem Zeichen der Stadt und der des Goldschmiedes versehen ließen, welchen sie bei der Bereitung solcher Silberstücke benutzten und dazu vereideten. Es war dies ein Verfahren, welches man nicht als Eingriff in die Münzgerechtsame der Territorialherren ansah; indeß, da R. Friedrich II. den Gebrauch solchen Silbers im Handel ausdrücklich untersagte, weil er voraussetzte, daß seinen Geboten zur Herstellung guter und vollwichtiger Münzen Folge gegeben werden würde, so suchten die Städte sich in den pfandweisen oder endgültigen Besitz der Münzgerechtsame zu setzen. Die welfischen Fürsten, die dem von außen her eingedrungenen Münzverderben nicht

zu steuern vermochten, gaben darin nach. Im 14. Jahrhundert bereiteten daher vorzugsweise die sächsischen Handelsstädte gestempelte Silbermarken und zur Ausgleichung, auch für den kleinen Verkehr, Silberpfennige. So wurde von den Städten die Einheit im Münzwesen ersetzt, die das Reich nicht mehr darbot. Sie einigten sich über einen festen Gehalt ihres Handelssilbers und erhielten dadurch den Großhandel in fremde Länder und Städte aufrecht.

Andere Gegenstände polizeilicher Fürsorge, die von oben her gleichfalls ganz vernachlässigt worden, fanden in den Städten die strengste Beachtung. Ohne bekannte feste Gemäße und Gewichte war der Großhandel noch weniger aufrecht zu erhalten als die Krämerei und der übrige Gewerbebetrieb.

Die Städte hatten ihre normalen Hinten und geringere Gemäße für trockene Gegenstände. Wahrscheinlich fand darin eine allgemeinere Uebereinstimmung der Handelsstädte statt, die so lange fest gehalten worden, als sie noch ohne Hindernisse in Uebereinstimmung handeln konnten. Es war im 14. Jahrhundert die Berechnung nach Scheffeln gebräuchlich. Ein solcher enthielt 10 Hinten, und der Hinten war das Gemäß, mit welchem alle Kornarten gemessen wurden. Zu Abweichungen in diesem Gemäß gab der Umstand die Veranlassung, daß das Getreide mit dem Haufen gemessen werden mußte und der gefüllte Hinten nicht gestrichen werden durfte. Die Ungleichheit, welche durch diese Art zu messen leicht eintreten konnte, veranlaßte schon im 14. Jahrhundert die Anstellung vereideter Kornmesser in den Städten. Da auch dadurch Streitigkeiten nicht vorgebaut werden konnte, so wurden in manchen Städten die Kornmesser veranlaßt, den Inhalt des Haufens genau zu bestimmen. Sie setzten auf den Normalhinten einen Ring, der so viel Getreide enthielt, als auf den Haufen zu rechnen war, und konnten nun des Streichholzes sich bedienen. Das Verkennen der alten Art zu messen, in Verbindung mit der an sich schwierigen Ausmittlung des Körnergehalts des Haufens, hat große Verschiedenheit des Hintenmaßes in großen und kleinen Städten zur Folge gehabt, und wenn in manchen Städten und Ländern der Scheffel Hafer zu 12 gestrichenen Hinten gerechnet wurde, so rührt dies daher, weil diese Getreideart — meistens wohl noch rauher Barthhafer — die Bildung eines größeren Haufens zuließ, der auf 10 zu 2 Hinten berechnet wurde. Als man später auch in den Territorien Maß und Gewicht zum Gegenstande der Gesetzgebung machte, wurde häufig auf die Normalgemäße der Handelsstädte in der Nähe verwiesen. Noch bis in die neueste Zeit hat, um Streitigkeiten zu entscheiden und Berichtigungen auszuführen, auf die alten Verhältnisse Rücksicht genommen werden müssen, und deshalb habe ich mich hier ausführlicher darüber geäußert.

Eben so hatte man in den Städten Normalgemäße für Flüssigkeiten, für Butter und andere Fettwaaren.

Das Gewicht, nach welchem man im 14. Jahrhundert abwog,

war allen Umständen nach ein den Handelsstädten gemeinsames, von Köln entlehntes. Braunschweig hat es in seinen Gedenkbüchern eingetragen, und annoch sind als geringstes Gewicht 20 Weizenkörner angenommen, und die schwereren Gewichte sind bis zum Schiffsfunde fortgeführt. Dies Gewicht wurde sowohl bei der Silberbereitung als bei dem Waarenhandel zum Grunde gelegt, und daß die Städte deshalb in Uebereinstimmung standen, scheint aus dem Umstande hervorzugehen, daß man in Verträgen des 14. Jahrhunderts über die Mischung des Handelssilbers zwar diese genau bestimmte, aber des Gerichts nicht weiter erwähnte nach welchem die benutzten Metalle gewogen werden sollten.

In Beziehung auf solche statutarische Anordnungen könnte man nun auch andere Polizeiordnungen geltend machen, z. B. über das Gewicht des Brodes, wonach sich die Kornpreise im 14. Jahrhundert bestimmen lassen.

In allen größeren sächsischen Städten befanden sich seit dem 13. Jahrhundert Anstalten zur einstweiligen Aufbewahrung ein- und durchgehender Waaren; die Zoll- und Niederlageordnung solcher Städte beweisen, daß sie eine richtige, auf Förderung des Handels berechnete Politik befolgten. Die Durchfuhr war sehr erleichtert, Abgaben für die Stadt hob man besonders nur von den im Innern verbrauchten Gegenständen. Der Gewinn davon, von der Ziese oder Accise, bildete früh die bedeutendere städtische Steuer, neben dem Schosse, einer ursprünglich allein auf den Grundstücken haftenden Abgabe. Durch diese beiden Steuern wurden die Städte in den Stand gesetzt, ihr Gemeinwesen zu fördern und die zum Ankaufe aller der Gerechtsame erforderlichen Gelder herbeizuschaffen, die erforderlich waren, um durch eine wüste wilde Zeit sich hindurch zu schlagen. Beide Abgaben waren nach den Bedürfnissen leicht zu erhöhen und herabzusetzen; war indeß ein ganz außerordentlicher Aufwand, z. B. zum Ankaufe einer dem Verkehre schädlichen Burg, erforderlich, so wurden außerordentliche Sammlungen veranlaßt, bei welchen man meistens die Zuschüsse zum Schosse zum Grunde legte.

In kornreichen Gegenden kam die Brauerei schon im 14. Jahrhundert in hohen Flor, die der Landschaft so gedeihliche Ausfuhr an Korn und Bier zog sich über Bremen und Hamburg dem Norden zu nach Bergen in Norwegen, schwedischen und englischen Häfen. Der Eigenhandel hatte schon durch die Weberei und Ausfuhr mehrerer Arten von Tuchen und Feinwand wie auch durch Metallarbeiten großen Zuwachs erhalten. An Rückfracht fehlte es bei dem ungeheuren Bedarf an Fischen nicht, die bis in das Innere des Reichs Abnehmer fanden.

Im 14. Jahrhundert hatte sich schon eine festere, Förderung des Handels und der Gewerbe bezweckende Verbindung auch der Sassenstädte angeknüpft. Sie trat in den gemeinsamen Münzeinrichtungen hervor. Sie äußerte sich in gemeinsamen Maßregeln zum Schutze der Handelsstraßen, in den übereinstimmenden inneren Regi-

mentseinrichtungen, verläugnete aber auch ihren selbstfüchtigen Charakter nicht. Die Reichs- und großen Handelsstraßen wurden Zwangsstraßen. Für Geleit auf denselben und Sicherheit war gesorgt; die Kaufleute, welche andere Wege benutzten und neue Straßen bilden wollten, fanden in den Handelsstädten keinen Beistand. Einen „rechten“ Kaufmann, einen solchen, der einer der Handelsinnungen der größeren Städte angehörte, „niedergeworfen“ zu haben, war, wenn es auf einer der geleiteten Straßen geschehen war, ein Vergehen, welches die dem Straßennetze angehörigen Städte zu rächen hatten. Ein solcher wurde für vogelfrei erklärt und festgenommen, sobald er in einer der Städte sich betreten ließ. Wer den Verdacht, ein solches Vergehen begangen zu haben, auf sich gezogen hatte, mußte sich bindigst reinigen und zu dem Zwecke in der betreffenden Stadt Einlager halten. Solcher Proceßse enthalten die Gedenkbücher der Stadt Braunschweig mehrere.

Wer sicher reisen wollte, verschaffte sich einen von einer der Städte untersiegelten Begleitschein, dadurch nur erlangte er Aufnahme und Sicherheit in allen befreundeten Städten und auf den von ihnen geschützten Straßen. Diesen zahlreich ausgestellten Bescheinigungen war denn auch im Geiste jener dunkeln Zeit hinzugefügt, daß der Betreffende ächt und recht — nicht unehelich — geboren, kein Wende oder Slave, kein Schächer, Schinder oder Spielmann und nicht Sohn eines solchen sei. In andern Zeiten wurden auch andere Gewerbe zu den geachteten gezählt. Solche städtische Pässe waren für Künstler und Gewerbetreibende, für Förderung der Kunst und neuer Entdeckungen von hohem Werthe. Ein Schmied Marquard zu Braunschweig, der daselbst die erste Thurmuhre aufstellte, trat mit seiner warm empfehlenden Bescheinigung Reisen von Stadt zu Stadt an, und fand überall willkommene Aufnahme und Förderung.

Die Städte und die verschiedenen Innungsgeossen sorgten selbst dafür, daß nur preiswürdige Producte in den Handel gebracht wurden. Meistens wohnten die Meister eines Gewerbes auf Einer Straße zusammen, und Ueberbaue in derselben, das Hervorragen des zweiten Stockes über den unteren, gestatteten, die Handelsproducte, wenn sie an der Straße offen ausgelegt waren, gegen Beschädigung zu schützen. Man hatte Schauanstalten, welchen auswählte besonders bewährte Meister und Sachverständige vorstanden. Das mangelhafte Product wurde von ihnen ausgeschieden, und wenn Streitigkeiten zwischen Käufer und Verkäufer, zwischen Bauherren und Werkmeistern entstanden, waren es jene, deren Gutachten den Entscheidungen zum Grunde gelegt wurden.

Im 14. Jahrhundert hatten die Handelsstädte vereidete Makler für die verschiedenen Gegenstände des Großhandels, die als städtische Diener verpflichtet waren, besonders auch beim Kornhandel und zur Erleichterung des Verkehrs zwischen Stadt und Land thätig zu sein.

Von hoher Bedeutung waren im 14. Jahrhundert und noch später die in den Städten gefertigten Metallarbeiten. Die Becken-

schläger, deren Product für Dome, zahlreiche Klöster und Parochialkirchen gesucht wurde, die für entfernte Länder sich Absatz zu verschaffen wußten, erhielten in den häufig geforderten Grabdenkmälern von Gropengut schwierige, aber vorzüglich einträgliche Aufgaben. Die Gewerke dieser Art suchten dadurch ein reiches Einkommen sich zu erhalten, daß sie aus einem weiten Kreise mit einander in Verbindung traten, ihre Arbeiten unter Kontrolle stellten, den Ertrag gewisser größerer Werkstücke in eine gemeinsame Kasse zogen, die Aufnahme unter die Zahl der Meister beschränkten, und auf ihren Erzeugnissen, namentlich den angefertigten Taufbecken, zur Kontrolle darüber, daß sie von einem der im Verbanke stehenden Meister angefertigt worden, die Zeichen, nicht nur der verbündeten Werkmeister einer Stadt, sondern auch die der Städte, in welchen sich Genossenschaften der Art fanden, hinzufügten<sup>1</sup>.

Die Autonomie, welche den Innungen in Beziehung auf das Gewerbe noch zustand, das Recht der Vorsteher einer Gilde, die Mitmeister zur Beachtung der Gildeordnung durch Straferfügung anzuhalten, die Gewalt, welche den Meistern über Gesellen und Lehrlinge noch eingeräumt war, die durch Verweisung derselben an die ordentlichen Gerichte nicht zu ersetzen ist, war der Erhaltung der Ordnung im Gewerbewesen feste Stütze, die auch von den Stadtbehörden stets anerkannt und nach einer konsequenten Politik nicht als Eingriff in obrigkeitliche Rechte angesehen wurde.

Die Städte wußten Drangsale zu überwinden, die in dem Aberglauben des Volks und durch das Streben verwilderter, ihren Beruf verkennender Mönche und sonstiger Geistlichkeit tief Wurzel geschlagen hatten. Größte Plage jener Zeit, neben den ihr eigen thümlich gewesenen, auf das Furchtbarste entstellenden Hautkrankheiten,

<sup>1</sup> Die Ordnungen der Gropengießer und Beckenschläger aus dem 14. Jahrhundert beweisen, mit welcher Umsicht diese Gewerbe geordnet waren. Ein Vertrag, das Gropengut betreffend (Gedb. I. fol. 14 des St.-A.), darf zur Erläuterung hier aufgenommen werden: MCCCLXI. Dor meyner unt willen hebben we Rademanne der Stede Lübeck, Wismar, Rostock, Grypeswalde, Stetin overeyn gedreghen, dat de gropengetere scollen gheten gropen vom wekeme koppere ghemenget und rechter mate. Also to dem scheppunde wekes koppers de helfte gropenspise, ichte 4 lisspunt tennes ane bly, und eyn juwel scal syne merk merken mid synes Rades merke un mid syner sülves merke. We aver de gropenspise anders mengede eder gote wen hir screven steit, dat scal man richten vor valsche unde scal darum wedden syner stad teyn mark sülvers un vor wandelbar 3 mark sülvers. Un de eanengetere scollen don to dem scheppunde tennes vis lisspunt blyes un de schotteln un de vlaschen un de ampellen vom clareme tenne. Dit ys de rechticheyt in allen den steden de hir vor bescreven sün. Un ok hefft me twe mestereyde dar to de dar ere eyde to ghedan hebben un de beset de groperie. Zu diesem Verbanke trat auch Braunschweig bei. Aus dem Vertrage und den oben angeführten Ordnungen erläutert sich, welche Verwandniß es mit den Umschriften alter Taufbecken hat, über welche mancherlei Ruthmationen aufgestellt sind. Die Meister der verschiedenen Städte waren verpflichtet, den größern Werkstücken die Zeichen — Anfangsbuchstaben — der Städte und auch die eigenen hinzuzufügen. Man mußte danach erkennen, daß die Arbeit der Genossenschaft angehörte, die gewisse Werkstücke für eine gemeinsame Kasse abgab.

waren die überall sich verbreitenden pestartigen Krankheiten, die oft, und namentlich in der Mitte des 14. Jahrhunderts, die halbe Bevölkerung der Stadt hinwegnahmen. Man rief in solchem Unglück die Schutzheiligen an, veranlaßte Processionen und ordnete mehrtägige Fasten an. Daß dadurch die Leiden nicht gehoben, im Gegentheil noch vermehrt würden, erkannte man in den Städten, wenn auch in der Noth dem Aberglauben noch nachgesehen werden mußte. Längst waren Hospitäler für Wanderer, und besonders in der Zeit der Kreuzzüge für Kreuzfahrer, eingerichtet, in der Mitte des 14. Jahrhunderts aber kamen zur Aufnahme Pestkranker errichtete Hospitäler zu älteren Siechenhäusern hinzu. In den Städten befanden sich zahlreiche, zum öffentlichen Gebrauche bestimmte Stoven — Badstuben —, deren Inhaber sich, neben Mönchen, als Empiriker, mit den Curen, besonders der an Hautkrankheiten Leidenden, beschäftigten. Werthvolle eingreifende Hülfe wurde aber erst dann erlangt, als die Städte, nach Errichtung von Hochschulen auch in Deutschland: 1346 Heidelberg, 1388 Köln, 1389 Erfurt u. — wissenschaftlich gebildete Aerzte und Wundärzte herbei zu ziehen angingen. Braunschweig bestellte wenigstens 1429 schon einen „Meisterarzt“. Er nannte sich Meister in den Künsten und Baccalaureus in der Arznei, und ihm stand schon 1429, als Chirurg, Eckerengreve zur Seite, der, wie es in der Bestellung heißt, der Stadt 10 Jahre lang mit 'eirurgien' und anderen Künften dienen sollte. Wie schwer es hielt, Wissenschaft und Kunst in jener Zeit gegen Aberglauben und Ränke der Mönche zu schützen, beweisen gleichzeitige, auf die gegen den Wundarzt ausgestoßenen Beleidigungen von dem Bischofe von Halberstadt an den Abt des Klosters Egidii und den Official zu Braunschweig ergangene Befehle. Ob früher schon wissenschaftlich gebildete Aerzte hier angestellt gewesen, läßt sich nach den vorliegenden Urkunden nicht entscheiden, doch war wahrscheinlich damals schon auch eine Apotheke vorhanden, die man aus Antwerpen und Frankfurt am Main mit Arzneimitteln versah.

Um zu einem begründeten Urtheile zu gelangen, welche Verhältnisse die Sassenstädte nicht nur zu einem oppositionellen Verfahren gegen die Territorialherren, sondern auch zur Sonderung aus jedem versuchten Staatsverbande trieben, wurde eine ausführlichere Nachweisung darüber erforderlich, welche Anhaltspunkte für das Städteleben in Reichs- und Territorialeinrichtungen zu finden waren. Es mangelten nicht nur solche Anhaltspunkte gänzlich, sondern im Gegentheile, die Mißbräuche, welche mit der Reichs- wie mit der Territorialhoheit getrieben wurden, die Ohnmacht, in welcher das Reichs- wie das Territorialregiment sich zeigten, ließen keine anderen Wege als Sonderung und gemeinsame Vertheidigung der von den Territorialherren noch ganz verkannten städtischen Interessen offen. Es waren aber nicht äußere Verhältnisse allein, gegen welche die Städte anzukämpfen hatten; der gefährlichste Feind, ein ununterrichtetes, leicht verführbares, nur nach Gewinn ohne Arbeit trachtendes Proletariat,



war mit den Städten aufgewachsen, und blieb davon unzertrennlich. Wie es zu den Aufständen kam, unter welchen alle Stassenstädte anhaltend litten, erfordert hier eine ausführlichere Erörterung.

Der Landmann war in jenen Zeiten und lange nachher ein schwer gedrücktes Lastthier. Zwar hatte auch der Bauernstand, als ihm und seinen Höfen mehr Freiheit ermittelt worden, seine Rangsucht und einen Dünkel, der z. B. bei der Abneigung gegen Verheirathung aus einer begüterten in unbemittelte Klassen sich kund giebt; allein in der Lebensweise der begüterteren und ärmeren Landarbeiter, ihrer Nahrung und Kleidung, ihrer Beschäftigung war wenig Verschiedenheit bemerkbar. Ganz anders gestalteten sich die Verhältnisse in den Städten. Umsicht und Betriebsamkeit führten hier schnell zu Reichthum und zu einem gemächlicheren, genußreicheren Leben. Es bildeten sich nicht nur nach Verschiedenheit der Gewerbezwäge und des Vermögens schroffere Abstufungen, auch die Ordnung des Stadtreiments führte einen Rang und eine Rangsucht herbei, die der Landmann nicht kannte, dessen genossenschaftliche und Gemeindegerechtfame durch Beamte und Gutsherrn schon zu leeren Formen hinabgedrückt waren.

Die Verfassung der selbständigeren schon im 14. Jahrhundert in dem Besitze der Vogtei und einer Autonomie befindlichen Städte war volksthümlich geordnet. Die Bürgerschaft zerfiel in politischer Hinsicht in zwei Hauptklassen, die der Gilden und die der übrigen Gemeinde. Beide wurden durch Vorstände, die sie selbständig zu wählen hatten, vertreten, die Gemeinde gewöhnlich durch Vertreter unter der Benennung Hauptleute. Von diesen Klassen gingen die Rathswahlen aus. In einigen Städten wurden Rathsherrn nur auf eine bestimmte Reihe von Jahren — gewöhnlich drei Jahr — gewählt, in anderen hatte man die Wahl auf Lebenszeit oder bis sich Unfähigkeit zeigen würde, erstreckt, so daß nur von drei zu drei Jahren Ergänzungswahlen stattfanden. Die Zahl der Rathsherrn war so festgestellt, daß sie von Jahr zu Jahr im Regimente abwechseln konnten, und daß ein Herr, der ein Jahr in Thätigkeit gewesen war, erst nach Verlauf von 2 Jahren wieder zutrat. Bei den Berathungen in öffentlichen Angelegenheiten waren stimmberechtigt die Gildemeister, die Hauptleute mit der übrigen Gemeinde und der Rath. Die Bürgermeister wurden von den Rathsherrn aus deren Mitte gewählt, auch in der Zahl, daß Wechsel im Regimente stattfand; sie hatten die nach der Verfassung für einzelne Geschäftszwäge zu benutzenden Diener: in Braunschweig z. B. den engeren s. g. Küchenrath, die Kämmerer u. zu wählen.

Danach scheint die Verfassung in den Städten eine demokratische gewesen zu sein; gleichwohl wird den patricischen Geschlechtern das Streben nach bleibendem Uebergewicht wie Herrschaftsucht zur Last gelegt, und meistens setzt man die wiederholten Aufstände in den Städten damit in Verbindung. Es leuchtet aus mehreren Erscheinungen im Treiben der Städter hervor, daß gewisse Geschlechter sich in unmittelbarer Weise die höchsten Stellen bei der Stadtver-

waltung vorbehielten und zu diesem Zwecke wirkfame Einrichtungen unterhielten. Näheres findet ſich darüber beſonders in der Geſchichte der Stadt Braunſchweig.

Die höchſten ſtädtiſchen Stellen waren daſelbſt die der Bürgermeiſter und der Rämmerer. Im 14. Jahrhundert findet man einen Verein, der vorzugsweiſe aus ſolchen Perſonen beſtand, die, oder deren Vorfahren, eines jener Aemter bekleideten. Die Aufnahme in den Verein war von der Genoffenſchaft abhängig, wurde mit Opfern für die gemeinſame Sache erkauf und war ſo geſucht, daß reichere Bürger noch auf dem Sterbebette bedeutende Summen ausſetzten, um nur ihren Namen in das Verzeichniß der Genoffen aufgenommen zu ſehen. Dieſe ſchloſſen ſich enge aneinander, hatten ihre regelmäßig wiederkehrenden und außerordentlichen Feſte, bildeten den erſten Stand, und wurden dadurch mehr noch von anderen Ständen abgeſondert, daß die Frauen und Töchter an den Gaſt- und Tanzgelagen Theil nehmen und ihren kleinlicheren Sinn für Neußerlichkeiten hier geltend machen konnten. Weil anſcheinend die Geſellſchaft ſich nur zu Gelagen und Tanzluſtbarkeiten zuſammen fand, ſo erhielt ſie die Benennung der Lagbrüder, auch Klippgeſellſchaft; geheimer Zweck aber war der, über öffentliche Angelegenheiten Abrede zu nehmen, gemeinſame Interereſſen gemeinſchaftlich zu fördern und ſich Antheil an dem Stadregimente zu erhalten. Zu den Gelagen wurden, wenn Uebereinkommen zu treffen und wichtige Angelegenheiten der Stadt zu fördern waren, benachbarte Fürſten und Adliche gezogen. Hierher wurde in ſolchen Fällen die höhere Geiſtlichkeit eingeladen, und zur Anordnung der Feſtlichkeiten, wozu Häuſer in und vor der Stadt, auch das Rathhaus der Altstadt, benutzt wurden, wählte man älteren jüngere Mitglieder der Genoffenſchaft, unter der Benennung Konſtabel. Ueber die Perſonen, welche die Bürgermeiſter- oder Rämmererwürde bekleideten, oder zu den fungirenden 12 Konſtabeln gehörten, führte man fortlaufende Verzeichniſſe, die zugleich eine Nachweiſung bilden, welche Perſonen zu den ſtädtiſchen patriciſchen Geſchlechtern gerechnet worden. Das Inſtitut beſtand vorzugsweiſe für die Altstadt, doch wurden auch einzelne aus dem Regimente der übrigen Weichbilder aufgenommen.

Es mag ſein, daß die Geſchlechter, welche in den Städten des Regiments ſich bemächtigten, in einigen Städten ablichen, vom Lande in die Stadt überſiedelten Familien, oder den der Burgherren angehörten, die in der Feſte, in deren Umgebung Anſiedlungen ſich bildeten früher ſchon haufeten; in Braunſchweig und in andern Faſſenſtädten war das Patriciat eines ſolchen Urſprungs nicht Aus den Innungsregimente entſtand, wie oben bemerkt worden, das allgemeynere Stadregiment. Die alten zur Wahl berechtigten Gilden erhielten ſich in dieſer Berechtigung, ſie wählten aus ihren Genoffenſchaften Rathsherren, und auch die nicht im Gildeverbande geſtandenen Stadtbewohner erhielten die Berechtigung, aus ihrer Mitte und unter ihren Hauptleuten Rathsmitglieder zu ernennen. Es finden ſich

noch Urkunden über die erste Einigung zur Wahl einer oberen, allen gemeinsamen Stadtbehörde, die Art und Weise, in welcher die Anerkennung eines gemeinsamen Regiments erfolgte, und die Verhältnisse, unter welchen die Wahlen geschahen, schließen indeß die Annahme aus, daß man sich eingewanderten Landadel oder Burgmännern unterwarf. Die ersten Einwanderer wurden, da es noch keine Geschlechtnamen gab, meistens nach den Ortschaften benannt, woher sie kamen; das so häufig vorkommende „von“ vor den Ortsnamen, den der Einwanderer erhielt, hat keine weitere Bedeutung. Auf viele Meilen um Braunschweig ist kein alter Ort zu finden, nach welchem sich Braunschweiger Bürger nicht nannten, obwohl sich nicht nachweisen läßt, daß an solchen Orten einst Adelsitze sich befanden, und, wenn sich daselbst vorfanden, sie mit den Bürgern gleiches Namens nicht in Verhältnissen standen, vielmehr nach wie vor der Sitz der adlichen Familien blieben. Andere Zunamen wurden von der Art des Gewerbes, von der Stelle an welcher ein Ansiedler sich festsetzte, selbst von Gebrechen entnommen, wie alte Bauerschafts- und Bürgerregister zur Genüge nachweisen. Der allgemeine Ursprung des Patriciats war und blieb die dauernde Verwaltung eines höheren städtischen Amtes, wie das der Bürgermeister und Rämmerer, in Verbindung mit den Anstrengungen der zur Herrschaft gelangten Familien die Nachfolger in solchen Aemtern ihren Geschlechtern zu erhalten. Das in Braunschweig zu diesem Zwecke bestandene Institut der Ragsbrüder gab sich in seiner Tendenz erst dann kund, als der alten Verfassung 1671 ein Ende gemacht wurde. Die Genossenschaft sprach sich über den Einfluß, den sie auf die Wahlen seit Jahrhunderten ausgeübt hätten, deutlich aus. Man wollte ihr zugestehen, ferner Einfluß auf die Bürgermeisterwahl auszuüben, allein das neue Regiment wurde ein ganz von der Landesregierung abhängiges, und damit wollten die Geschlechter nichts zu thun haben.

Die Geschlechter, aus welchen die wichtigsten städtischen Beamten gewählt wurden, bildeten den ersten Stand. Sie konnten zur Ritterwürde gelangen, und bei ihrer Wahl wurde immer auf Reichthum und das Vermögen selbständig zu leben Rücksicht genommen. Solche, welche in Vermögensverfall geriethen, wurden in dem Verzeichnisse über die Geschlechter gestrichen. Die Geschlechter bildeten das der Demokratie die Waage haltende aristokratische Element, das von jener zwar wiederholt und in allen Cassenstädten überwältigt worden, aber doch immer, zum Wohl der Stadt, sich wieder empor arbeitete. Die wahlberechtigten Innungsgenossen hielten es häufig mit den Geschlechtern und kehrten doch wieder zu denselben zurück, wenn sie sich auch zum Aufstande gegen dieselben hatten verleiten lassen. Sie erwogen, daß sie aus den Geschlechtern die kundigsten und genügsameren Beamten erhielten, und machten nur zu häufig die Erfahrung, daß das von eigennützigen Hauptleuten und deren Anhange aufgedrungene Regiment zum tiefsten Verderben führte. In den Geschlechtern erhielt sich eine mit den Interessen der Stadt fest verflochtene Politik.

Auch liefern städtische Archive den Beweis, daß schon im 14. Jahrhundert Söhne begüterter Bürgermeister unter Bartolus und Imola italienische Lehranstalten besuchten und zu einem höheren Berufe sich vorbereiteten. Die Geschlechter standen mit Fürsten und benachbarten Ritters in näheren Verhältnissen, und aus ihnen erhielten die Städte die einflußreichsten Vermittler. Dabei blieb es, bis später gelehrte Syndiken und Räte in den städtischen Dienst gezogen und bei wichtigeren städtischen Angelegenheiten vorzugsweise benutzt wurden.

Das aristokratische Element aus den Städten ganz zu entfernen und unter den selbstsüchtigen Führern der Volkshaufen ein demokratisches Regiment an die Stelle zu setzen, war der angebliche Zweck der an der Spitze der Aufständischen stehenden Ehrgeizigen, die nur sich in den Besitz der Gewalt zu setzen suchten. Um die Massen in Bewegung zu bringen, schämte man sich der niedrigsten Lügen nicht. Man gab der Obrigkeit Verschwendung und Mißbrauch der öffentlichen Gewalt schuld, klagte sie des Hochmuths an, und erfand andere, meistens offenbar aus der Luft gegriffene Beschuldigungen, die denn um so gefährlicher waren, als, was schon Livius von seinen Römern sagte: *Ista est natura multitudinis, aut superbe imperat aut humillime servit* — sich tausend Jahre nachher bewahrheitete und immer wieder bewahrheiten wird. Waren die Städte auch gegen äußere Feinde gerüstet, hatten sie auch im 14. Jahrhundert schon eine imponirende Macht begründet, so waren doch die Stadtoberkeiten sofort gelähmt, wenn diese Macht gegen sie aufgehetzt und in Thätigkeit gesetzt werden konnte. Das war nun das Unglück der Deutschen überhaupt, daß es an einer in Schranken haltenden oberen Macht gebrach. Die Kaiser, hatten sie aus den Händen gegeben, und die Fürsten hatten sich derselben, für ihre Territorien, nicht zu bemächtigen gewußt, im Gegentheil ihren landeshoheitlichen Rechten willkürliche und zur Willkühr führende Auslegung gegeben. Sie hatten zu dem Faustrechte gewaltsam aufgereizt und Städte wie Ritter in die Nothwendigkeit versetzt, sich zu bewaffnen. Daß diese Waffen endlich nach allen Seiten hin gemißbraucht worden, war die natürliche Folge der planlosen Zersplitterung des Reichs, des Mangels einer unparteiischen Reichsvertretung und Zutrauen erweckender Reichsgerichte.

Wie Rang- und Brunksucht in den Städten im 14. Jahrhundert schon tief Wurzel geschlagen hatten, beweisen die Polizeigesetze, besonders die Kleiderordnungen dieses Zeitraums. Sie bezwecken weniger, die Stadtbewohner von unnützem Aufwande zurück zu halten, als eine Rangordnung durch Aeußerlichkeiten zu begründen. Als diese Ordnung später völlig ausgebildet war, nahmen den ersten Platz Bürgermeister, Kämmerer und Rathspersonen ein, von welchen jedoch nur die ersten sich die Kleider mit Wardenfellen besetzen lassen durften. Die zweite Ordnung bildeten die den Geschlechtern angehörigen, aber noch nicht in den Rathsstuhl gewählten, auch besonders wohlhabenden Bürger und Bürgersöhne, sie durften keine Röcke mit goldenen Pofamenten oder mit Silber und Sammet besetzte Kleider tragen, hat-

ten aber mit Wolfs- Fuchs- und anderem Felle verbremte vor den folgenden Klassen voraus. Ob jemand den Geschlechtern angehöre, entschied über den Rang, der indeß viel sorgfältiger in den den Frauen und Töchtern vorbehaltenen Anzügen sich ausdrückte. Die den Geschlechtern angehörigen Frauen und Töchter zeichneten sich durch den Span von Gold und eine goldene Kette aus, die der Bürgermeister durften 2 solcher Ketten um den Hals winden und dammastene Röcke auch Unterröcke tragen. Viele andere eigenthümliche Kleidungsstücke unterschieden sie von dem zweiten Stande, dem „der weißen Ringe“, den der oben erwähnten zweiten Klasse angehörigen Frauen und Töchtern, und darauf folgte dann die Klasse der wohlhabenden Bürger, deren Frauen und Töchter silberne Ketten und Gehänge, dabei aber keine mit Sammt besetzte Unterröcke tragen durften. Solche Rang- und Kleiderordnungen bilden in den mittleren Jahrhunderten, und lange über dieselben hinaus, einen bedeutenden Theil der Gesetzgebung, hatten aber nur die Folge, daß die, welche die Geschlechter zu verdrängen und sich des Regiments zu bemächtigen suchten, darauf hinwiesen, und die immer heute- und tumultfüchtigen Volkshaufen auch damit aufzuregen suchten.

In der Altstadt Braunschweig waren die höchsten städtischen Aemter meistens aus reichen, der Gemeinde — nicht den Zünften — angehörigen Bürgern besetzt; die Rathsherren-Wahl der Zünftegenossen fiel größten Theils auf Goldschmiede und Wechsler, deren Gilden zu den wahlfähigen gehörten und die reichsten Mitglieder zählten. Andere Weichbilder hatten eine solche Wahlliste nicht, es wurden daher aus diesen nur einzelne in die Geschlechter aufgenommen, die auch Sitze in der Altstadt hatten. Die Bürgermeister erhielten keinen Gehalt, sondern nur Vergütung für Schreiber und Hülfsdienere anderer Art. Sie, und besonders die reicheren unter ihnen, hatten Fremde hohen Standes bei sich zu beherbergen; die hochbesoldeten städtischen Diener wurden erst später die Syndiken und Räte. Daß dennoch immer wieder Aufstände veranlaßt wurden, um die Geschlechter zu verdrängen, wird nur durch die beneidete Macht der Bürgermeister erklärlich, nach welcher sie über städtische untergeordnete Aemter und über Kassen verfügten, deren die Anführer der Aufstände sich bemächtigten, und über welche sie dann auch zum eigenen Vortheile verfügten. Eben der Umstand, daß man solche Erfahrungen zu machen bald Gelegenheit hatte und daß die Gildenmeister dann das alte Regiment zurück wünschten, führte schon eher wieder dazu, als die Städte gegen Aufwiegler gemeinsame Maßregeln nahmen. Indes bildeten die den Aufständen entgegen zu stellenden Maßregeln einen wichtigen Theil der nachmaligen Bundesverträge.

Der Umstand, daß den Söhnen reicher Geschlechter schon im 14. Jahrhundert eine höhere Bildung, selbst auf entfernten Lehranstalten vermittelt worden, wirkt gleichzeitig auf ein verfeinertes politisches Urtheil der Magistrate, aber auch auf eine halsstarrige Politik, die nur noch weiter von dem Wege abführte, in welchem geord-

netere Staatsverhältnisse gewonnen werden konnten, hatte indeß in anderer Hinsicht wichtige gezeihliche Folgen.

Man fing im 14. Jahrhundert an Archive zu ordnen, während man vorher die einzelnen Urkunden und Aufzeichnungen in Briefkisten, die gewöhnlich in den Gekrhäusern — den Sacristeien der Kirchen — niedergelegt wurden, verwahrte. Für einzelne Zweige der Verwaltung wurden Secretäre angenommen, die, was ihnen übertragen war, als abgesonderten Theil des Ganzen zu behandeln und in den ihnen anvertrauten Büchern zu registriren hatten. Man führte gesonderte Bände über die allgemeinen Angelegenheiten und täglich vorkommenden Handel, die, wo sie noch auf unsere Zeit gekommen sind, besondere Berücksichtigung verdienen. Sie enthalten wichtige Beiträge zu der Kulturgeschichte: über Verträge mit auswärtigen Staaten und Städten, im Auslande erlangte Privilegien, den Gebrauch des Feuerwgewehrs, die älteren Kriegsinstrumente, die Aushebungen zum Kriegsdienste, die angeordneten Deputationen zc. Es sind dies Gedegings-Bücher, in welchen man in der Kürze anmerkte, was man im Gedächtnisse behalten wollte. Das erste solcher für die Stadt Braunschweig angeordneten Gedenkbücher hebt um das Jahr 1340 an, und ist auch das älteste der auf Papier geschriebenen Bücher. Als Grundlage für die Rechtspflege trennte man, obwohl in unvollkommener Weise, die Polizeigesetze von dem alten Stadtrecht, legte gesonderte Testamentenbücher, Bände zur Eintragung der Urkunden über Rentenkäufe, Urtheilsbücher an, und fügte, z. B. in Braunschweig, den öffentlichen Documenten, bei welchen die Stadt als Korporation theilhaftig war, am Rande das Zeichen einer Hand bei. Man ließ in besondern Bänden die Urtheile und Rechtsgutachten verzeichnen, welche den Stadtbehörden vorzüglich wichtig waren, oder welche diese auf Anfordern anderer Magistrate mitgetheilt hatten (*libri Consulum*), auch sammelte man in Urkundenbüchern alle die Diplome, welche auf Güter und Gerechtsame der gesammten Stadt sich bezogen. So trennte man im 14. Jahrhundert in Braunschweig. Es findet sich aber ein ähnliches Verfahren auch in anderen Sassenstädten, und ist hier zu wiederholen, daß dieselben in allen ihren inneren Einrichtungen Uebereinstimmung zu begründen und zu erhalten suchten. Die Anlegung von Acten kam erst am Ende des 14. Jahrhunderts, als das Papier wohlfeiler wurde, in Gebrauch, und muß ich hier in Beziehung auf die Beweiskraft der Urkundenbücher, wozu man meistens noch Pergament benutzte, bemerken, daß man sie nicht den gewöhnlichen Kopialbüchern gleich setzen darf. In Braunschweig war statutarisch festgesetzt, daß die Urkunde nur wie sie den Büchern einverleibt worden Kraft haben solle, und daß untersagt sei, die Urschrift den Büchern anzuhängen. Diesen war gewöhnlich eine Ueberschrift gegeben, die den Zweck der Einrichtung des Buchs und für welche Art von Documenten es bestimmt ist, klar andeuten. Man bedurfte dabei der Beglaubigung durch ein Siegel, wie sie übrigens üblich war, nicht.

